

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.20 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2.50 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepackte Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Veretrie- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Sonnabend, den 6. Juni 1896. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Zur Einigung der französischen Sozialisten.

Paris, 2 Juni 1896.

Das Banket der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs war mehr als eine Festversammlung. Schon der Umstand, daß mit Ausnahme der Allemanisten, sämtliche Richtungen des französischen Sozialismus zum ersten Mal in brüderlicher Eintracht den gemeinsamen Wahlsieg der sozialistischen Partei feierten, verleiht der Kundgebung eine große politische Bedeutung. Die Einigung der Sozialisten erschien als eine handgreifliche, vollendete That. Nicht minder wichtig ist es jedoch, daß das Banket zum Ausgangspunkt einer prinzipiellen Klärung innerhalb der Partei geworden ist. Dazu hat, neben den Reden von Guesde, Faurel und Baillant, namentlich die Programme de Millerand's beigetragen.
Die wachsende Popularität des Sozialismus sowohl unter dem Proletariat wie in den Kreisen des Kleinbürgertums hat zur Folge gehabt, daß zur Wahlzeit in den großen Städten und namentlich in Paris jeder Kandidat, der nicht von einer der Selbstpartei unterführt wird, schlankwegs zum Sozialisten stempelt. Der eine nennt sich sozialistischer Republikaner, der andere sozialistischer Demokrat, ein dritter sozialistischer Revisionist oder revisionistischer Sozialist oder gar nationalistischer Sozialist u. s. f. Alle Welt will sozialistisch sein, weil dieser Titel die beste Aussicht auf einen Wahlsieg sichert.
Dieser Wahlzeit-Sozialismus ist gegenwärtig verlickert die mißlichste Folge des Nebeneinanderbestehens von verschiedenen durchaus selbständigen sozialistischen Partei-Organisationen. Die von diesen Organisationen anerkannte taktische Regel, wonach der im ersten Wahlgang weniger begünstigte sozialistische Kandidat sich in der Stichwahl zu gunsten des meistbegünstigten zurückziehen hat, leidet mitunter in der Praxis unter der buntschwedigen Mannigfaltigkeit der unabhängig von jeder Organisation sich hervorthuenden sozialistischen Kandidaturen. So wurde beispielsweise in den Pariser Gemeinderats-Wahlen durch die Ueberbreitung jener Regel der Sozialist Picau vom auch sozialistischen Freischützen Bos, einem Mitarbeiter des radikalen Blattes „Mappel“ verdrängt. Daß ferner die sozialistische Wahlpropaganda, die sozialistische Aufklärung der Masse arg geschädigt wird, so lange keine fest bestimmten und allgemein anerkannten prinzipiellen Merkmale den ehrlichen Sozialisten vom auch sozialistischen Stimmentwender unterscheiden lassen, braucht in diesem Blatte nicht erst betont zu werden. Im gegenwärtigen Augenblick erlebt gerade Paris das Schauspiel eines legitimen Wahlkampfes, in welchem die sozialistische Kandidatur Gabriel Deville's vom Gegenkandidaten Paul Degony, einem sonst sehr achtungswürdigen radikalen Politiker, nicht etwa vom Standpunkt der bürgerlichen Sozialreform, sondern im Namen des Sozialismus bekämpft wird!
Das Wort Sozialismus hat eben hier in der politischen Umgangssprache seinen realen begrifflichen Inhalt verloren. Wie

die Monarchisten in den letzten Jahren mehr und mehr sich in die Deputiertenkammer unter der republikanischen Flagge einzuschmuggeln suchten, wie die hartgesottensten republikanischen Konservativen und sogar Reaktionäre sich den Wählern als „Progressiven“ vorstellten, so nehmen die Radikalen, die Anhänger einer mehr oder minder weitgehenden Sozialreform in Namen und unter Aufrechterhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, den Titel Sozialisten für sich in Anspruch. Ja, sie erklären sich sogar für die einzig wahren Sozialisten. Nach und nach ist es dazu gekommen, daß für den Zeitungsschreiber wie für den Zeitungsläser Sozialismus und Kollektivismus aus zwei einander übergeordneten Begriffen, von denen der letztere den ökonomischen Kern des ersteren bildet, zu kontradictorischen, einander ausschließenden Begriffen geworden sind. Wenn die Fruchseli nach Voltaire ein Kompliment des Lafert's an die Tugend ist, so darf doch die Tugend nie zulassen, durch das Laster hinauskomplimentirt zu werden. Das Kompliment des Radikalismus an den Sozialismus zielt aber in Wirklichkeit auf die Verdrängung des Sozialismus ab.
Um der überwuchernden politischen Falschmügerei ein Ende zu machen, kam in den sozialistischen Kreisen immer mehr der Wunsch zur Geltung, die allen Richtungen gemeinsamen Grundprinzipien festzulegen, deren Anerkennung für jeden Sozialisten unerlässlich sein soll. Das ist nun geschehen durch Millerand's Programmrede auf dem Banket vom 30. Mai. Millerand war hierfür besser als die langjährigen Vorkämpfer des Sozialismus. Guesde, Baillant und Wrouffe, geeignet, weil er, keiner bestimmten Richtung angehörend, unbefangener und daher auch erfolgreicher das allen Richtungen Gemeinsame herausgreifen konnte. Als solche gemeinsamen Hauptpunkte, die die Grenzen der sozialistischen Partei scharf markieren, bezeichnete Millerand folgende drei Grundsätze: Allmähliche und fortschreitende Vergesellschaftlichung der kapitalistischen Betriebe in dem Maße, als diese sich zu einem Monopol einiger weniger Kapitalisten auswachsen; Eroberung der politischen Macht vermittelt durch das allgemeine Wahlrecht; internationale Einvernehmen (entente) der Arbeiter. Und zwar ist die Vergesellschaftlichung nicht etwa mit einer Verstaatlichung auf dem Boden der bestehenden Ordnung zu verwechseln. Millerand betonte ausdrücklich, daß das notwendige und hinreichende Mittel zur Verwirklichung der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel eben nichts anderes ist als die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei.
Der allgemeine Beifall, der seinen Ausführungen zu theil wurde, bewies, daß der hervorragende sozialistische Taktiker das Richtige getroffen hat. Das von ihm entworfene Programm kann in der That die Zustimmung aller sozialistischen Richtungen finden und andererseits die theoretische Konfusion beseitigen, die den Radikalen erlaubt, ihr halb kleinbürgerliches, halb staatssozialistisches Programm für Sozialismus auszugeben.
Es sei noch hervorgehoben, daß Millerand sein vereinigendes theoretisches Minimalprogramm im wesentlichen dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei entlehnte. Guesde hatte daher in seiner Ansprache nur hinzuzufügen, daß die fried-

liche Eroberung der politischen Macht vermittelt durch das allgemeine Wahlrecht einen revolutionären Vorgehen wird Platz machen müssen, falls die Bourgeoisie es wagen sollte, auf das einzige Befreiungsmittel Hand zu legen, welches gegenwärtig dem organisierten Proletariat zur Verfügung steht.
Der am 29. Mai vom Nationalrath der Arbeiterpartei den sozialdemokratischen Gemeinderäten gegebene Ehrenpunsch hatte übrigens gezeigt, daß von Paris abgesehen, die sozialdemokratische Richtung die Hauptkraft der sozialistischen Bewegung Frankreichs bildet. Der Ehrenpunsch versammelte die Vertreter der meisten und bedeutendsten sozialistischen Mittelpunkte der Provinz. Die Ausführungen Guesde's und Lafargue's auf der Festversammlung vom 29. Mai in bezug auf die wachsende Bedeutung der übrigen Richtungen durch die Sozialdemokratie haben auf dem Banket vom 30. Mai eine glänzende Bestätigung erfahren.
Die kollektivistischen Erklärungen Millerand's werden indes Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Kammergruppe veranlassen. Diese Gruppe umfaßt nämlich eine erhebliche Zahl Gefährts-Sozialisten, die sich nie zum Kollektivismus bekant haben. Einer derselben, Abg. Mirman, erklärt nun in einem offenen Briefe an Millerand, daß dessen Banketrede die Grundlagen der parlamentarischen „sozialistischen Vereinigung“ wesentlich verändere. Auf Mirman's Verlangen wird die Kammerfraktion über die Frage zu entscheiden haben, ob sie unter den alten Bedingungen weiter bestehen bleiben könne oder aber sich auf einer neuen Grundlage reorganisiren müsse.
Welches das Resultat der Fraktionsberatung sein möge, der französische Sozialismus kann durch die klare Feststellung der von allen seinen Vertretern unbedingt anzuerkennenden Grundsätze nur gewinnen. Jede Einigung, die nicht auf gemeinsamen Prinzipien beruht, ist innerlich schwach, weil der Raum der wechselnden politischen wie persönlichen Momenten unterworfen. Ist dagegen erst ein Einigungsprogramm zu Stande gekommen, dann wird auch die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Richtungen auf die Dauer nicht ausbleiben können.
Die sorgfältigen bürgerlichen Politiker, die bereits schadenfroh in Mirman's Protest den Anfang einer „Spaltung“ erblickten, bekennen dadurch wieder einmal ihre Verstandlosigkeit in bezug auf den Sozialismus. Was sie als eine „Spaltung“ im sozialistischen Lager betrachten, das ist vielmehr die engere Aneinanderfügung der rein sozialistischen Elemente und deren eben dadurch hervorgerufene prinzipielle Abgrenzung von den halben Sozialisten.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Juni.

Aus dem Reichstage. Wenn man mit dem Geschrei, das über den Vörsengehewirwurz seit Monaten schon gemacht wird, die Befegung des Hauses heute, wo die entscheidende dritte Lesung begann, vergleicht, dann kommt man zu dem Ergebnis, Freunde wie Gegner der Vorlage haben über die Bedeutung derselben schwer ge-

42 **Lenne.** (Nachdruck verboten.)
Roman von Nicolaus Krauß.
Noch nie hatte Lenne eine so schnelle Frühjahrsbestellung miterlebt. Jeden Abend sagte der Bauer: Wenn Ihr morgen mit dem und dem Stück zu Ende seid, ist Ruh. Eintheilen könnt Ihr's Euch, wie Ihr wollt. Aber ich will gute Arbeit sehen.
Und er ging selbst hinter dem Pfluge, zog mit der Schaufel die Wasserfurchen und Wiesengräben, prüfte und mischte den Düngerfall und den Guano und sah nach dem Komposthaufen, der sich in einer Ecke des Gemüsegartens erhob. Die Düngersätze war ausgemauert, das Taubenhaus auf die Seite gerückt, damit es nicht hinderte. Kein Tropfen der Jauche ging verloren, sie wurde von Zeit zu Zeit in ein großes Faß gepumpt und auf die Wiesen gefahren. Immer wieder mußte sich Lenne des verblühten Streicher-Hofes erinnern. Wenn sie die hohen lustigen Ställe betrachtete, deren Gemölbe auf Steinsäulen ruhten, die feineren Tränktröge, die aus Granit waren, wie der große Wassertrog am Rande des sauberen Pflohes, in den der Röhbronnen seinen armdicken Strahl goß. Dem Hoshund blieb die Qual und Marter der Kette erspart, frei lief er im Hofe umher. Die Tennen bestanden aus Lustziegeln, die man auf den Kopf gestellt hatte, und auf der einen stand eine Dampf-Drehschneidmaschine, die wie ein Ungethüm ausjah.
In der Charwoche holte der Bauer die Karpfen aus den von Quellwasser gespeisten „Kalteren“, in welchen sie überwintert hatten, that sie in Fässer und fuhr mit dem Großknecht und zwei Wagen nach Schönbach und Roszbach, um sie zu verkaufen.
Der Bauer am Bühl baute fast nur Frühkartoffeln. Wenn bei den anderen Bauern die Erdäpfel erst zu blühen begannen, stand er oder sein Großknecht schon mit einem Wagen neuer Knollen auf dem egrischen Wochenmarke, und verkaufte darauf los, nach dem Gewichte, nach dem Hohlmasse, wie man es wünschte. Ehe ihm die andern Konkurrenz bieten konnten, hatte er meistens ausverkauft. Dann fuhr er nach der Falkenauer Gegend und holte sich seine

Eß- und Viehkartoffeln in ganzen Wagenladungen, die waren dort gut und billig. Oft kaufte er auch mehr, als er brauchte, lagerte sie ein und machte an ihnen im Frühjahr noch einen guten Schnitt. Viel Erdäpfel wurden im Hofe selbst nicht verzehrt. In dieser Beziehung hielt es der Bauer mit den uralten Egerländern, die der Meinung gewesen, vom Kartoffeleffen werde man dickbäuchig und unbeholfen.
Der alte Bauer führte ein ruhiges, stilles Leben, das sich nur noch mit der Vergangenheit beschäftigte. Die Dienstboten sahen ihn gern, wenn er in seinen flatternden Gewändern um die Felder daher geschritten kam, einem von ihnen auf die Schulter tippte und zu ihm sprach in seiner langsamen, nachdrücklichen Weise:
„Siehst, Moidl, vor zwanzig Gauan is af dean Stück Hofan g'stand'n. Roan Mensch haut in dean Gaua oin baut, wei da Bana am Bühl. Drei Stöß haben ma aufricht'n müssen. Dös war a Numro! . . . U je! Wei d'Zeit vageht! . . . Eiza, na, möcht' nimmer wirtschafft'n. Ich will neg geg'n Kusler — so schrieb sich sein Schwiegerjohn — sag'n, aber umg'fährst hat er all's. Na, er versteht seine Sach', u haut meihara g'lerut, wie wir Alt'n, aber mitthun möcht' i nimmer. Ja, wei ich nu g'wirtschafft ho, u da Hiatanrich ba uns war . . .“
„n Hiatanrich teun ich“, warf einmal die Lenne ein.
„Sua! . . . Sua! . . . Dös mouß aber scho a stoanalt's Mann san . . . Na ja . . . Er soll ja da droben, wo Du auf'mach'n bist, Hiat san . . . Wennst a mal ja ihm kinnst, thou ihm ja schön grüß'n von mir . . .“
Wenn es das Wetter halbwegs erlaubte, ging der alte Bauer am Nachmittage nach Oberreuth zum Bier. Mit einigen anderen Alten, die Auszügler waren wie er, setzte er sich an einen Tisch zusammen, plauderte und trank seine fünf Halbe. Oft, wenn der Diskurs gar zu schön war, wurde es auch eine mehr. Dann stolperte der Alte auf dem Heimwege. Damit er bei so einer Gelegenheit nicht in den Bach falle, mußte ihn jeden Tag jemand aus dem Hofe abholen. Früher war das ein Knecht gewesen. Als die Lenne eingog, warf der alte Bauer sein Auge auf sie. Die Tochter des Wachschniters hatte überhaupt Glück — mit alten Leuten und Kindern. Ob es das ruhige, verständige

Gebaben, ob es das offene braune Auge und das erst schöne Gesicht war, das ihr das Vertrauen erwarb, darüber wußten wohl weder sie noch die andern im Ernst sich Rechenschaft zu geben. Ein sonderbares Paar war es ja, das da vor dem Dämmern die Wiesen hinausschritt und vorsichtig über den spihwinkeligen Schmalsteig fußelte. Und manch' einer von denjenigen, die mit ihrer Arbeit nicht fertig würden, und wenn sie bis Mitternacht auf dem Felde blieben, schrieb ihnen nach:
„Na ja! Die Grobe vom Bühl-Bauer is a Abg'feimte. A ganz an Alten hat sie sich ausg'sucht, der keine großen Sprüing' mehr machen kann . . .“
Wenn der Alte so etwas hörte, dann faßte er den Arm seiner Begleiterin schärfer und meinte:
„Laß' sie reden, Moidl! . . . Moidl, laß' sie kaspern! Du kriegst amal was von mir. In mein Testament steht d', wie 's Amen im Gebet.“ . . .
Im Sommer besuchte Lenne fast jeden zweiten Sonntag ihre Tante in Mählesen. Auf dem Wege lehrte sie immer in der Schmiede zu Hartesreuth ein. Die Wirthin war in den Jahren, seit sie Lenne zum ersten Male gesehen, gealtert, mit dem Laufen ging es nicht mehr recht, Gesicht und Gestalt waren noch voller als sonst, aber in den hellen Augen lachte die Freude am Leben. Die alte Frau war der jungen Magd mütterlich zugehen. Nur eines verdroß ihr: Lenne war zu ernst. Während die Alte noch lachen konnte, daß ihr die Thränen über die Waden kugelten, und sie sich die Seiten halten mußte, saß das Mädchen ganz ruhig neben ihr, zupfte an ihrem Schürzenband und verzog höchstens den Mund zu einem schnell verschwindenden Lächeln. Ordentlich zornig wurde die Wirthin, wenn sie das sah.
„Aber Moidl, was hast denn? Du machst ja a G'sicht, wie wennst Sauerkraut g'essen hät't. Haben Dir d' Hühner wirkli 's Brot g'numma? . . . Weißt, dös hat kein Zweck. Wer schnell ernst wird, is bald alt . . . Wennst jetzt in Dein schönsten Jahren net a weng lusti sein willst, was machst d' denn, wennst a alt's Mutterl word'n bist? Sterb'n mußst d', ob Du lachst oder greinst. . . Mir hat wo lan Pfarrer g'sagt, daß Lachen a Sünd is. . .“
(Fortsetzung folgt.)

flunkert. Die Bänke aller Parteien waren leer und nur die paar Kampfsöhne standen gerüstet zum Streit. Der mangelhafte Besuch mag sich übrigens auch daraus erklären, daß das Schicksal der Vorlage entschieden ist. Dieselbe wird angenommen, obwohl für eine der entscheidendsten Bestimmungen, nämlich das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels, keine Majorität vorhanden wäre, wenn nicht die Angst vor den Agrariern die Majorität des Zentrums fürre gemacht hätte.

Ohne dieses Verbot, dessen ausgesprochener Zweck nur ist, den Getreidepreis künstlich zu treiben und damit die Brotpreise zu erhöhen, würde auch unsere Fraktion für die Vorlage gestimmt haben. Diesen unseren Standpunkt legte Genosse Singer klar, er that aber noch mehr; er setzte nämlich den Hauptschreier des Bundes der Landwirthe, Herrn v. Plöy, auf das Armeubücherbänkchen und hielt ihm eine Standrede, wie sie einem Mitgliede des Reichstags wohl noch nie gehalten worden ist. Seit Jahren toben von Plöy und seine Freunde gegen den Giftbaum der Börse, von dem Juden und Judengenossen die goldenen Früchte einheimen. Unser Genosse Singer bezichtigte nun Herrn v. Plöy, daß er selbst jahrelang von den Früchten dieses Giftbaumes genascht und nicht nur dies, sondern daß er auch bis zum vorigen Jahre sich an dem jetzt so verpönten Termingeschäft in Getreide betheiligigt habe. Unser Genosse nannte Daten und Firmen und erbot sich, wenn von Plöy etwa leugnen sollte, die Behauptungen außerhalb des Hauses zu wiederholen, um so den Angegriffenen zur Klage zu zwingen.

Unter solchen Umständen blieb dem Führer der Landwirthe, der noch am 28. April auf bezügliche Andeutungen hin die Stirne hatte, von „ganz gemeinen lügenhaften Berichten“ zu sprechen, nichts übrig, als ein Schuldbeständnis abzulegen. Herr v. Plöy, der Börsen- und Judenfeind, der sich in seinen Bauernversammlungen nicht genug thun kann im Fahren über den unlauteeren und sündhaften Gewinn an der Börse, er mußte zugeben, daß er jahrelang selbst an der Börse gespielt habe, und daß sein Bankhaus 1887 sein Schuldfonio ausbezahlt habe. Herr von Plöy mußte auch bestätigen, daß er, der Bauernretter, noch bis zum Jahre 1895 sich an der wucherischen Getreidespekulation betheiligigt habe. Und wie es vielen Verbrechern geht, wenn sie erst einmal ins Gefesthen kommen, so erzählte auch Herr von Plöy, wonach er gar nicht gefragt war, daß er auch an diversen industriellen Gründereien betheiligigt war, nur sei daraus in der Regel nichts geworden, da die Gründer eine Provision verlangten, so hoch, daß der wadere von Plöy sie nicht zahlen wollte oder konnte. Zu seiner Entschuldigung wußte der Börsianer und Gründer von Plöy nur anzuführen, daß er nur immer mit verhältnismäßig kleinen Summen betheiligigt war und daß es von seinen früheren Geschäftsfreunden von der Börse nicht hübsch sei, daß sie seine kleinen Beziehungen zu ihnen ausgeplaudert haben.

Die Rechte war durch die Erklärung ihres Führers niedergebournet; gruppenweise standen die Herren von und wozu bei einander und beratschlagten, Herr v. Plöy aber saß allein auf seiner Bank, gemieden von seinen Freunden, die er zu sehr blamirt hatte.

Nach der Hammerstein'schen Blamage, einen solchen Reifall mit v. Plöy; sie haben wirklich Pech unsere „Edelsten und Besten“!

Morgen ist Fortsetzung der Berathung des Börsengesetzes.

Die Ansichten einer Vereinsgesetz-Reform. Wie die „Staatsbürger-Zeitung“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, lehnt die preussische Regierung eine Neuordnung des Vereins- und Versammlungsrechts von Reichswegen ab und beharrt auf dem Standpunkt, daß diese Materie den Einzelstaaten überlassen bleibt. Es ist sonach außer Zweifel, daß auch der Bundesrath seinen Beschluß in diesem Sinne fassen und den vom Reichstag in zweiter Lesung angenommenen Gesetzentwurf über ein neues Reichs-Vereinsgesetz mit großer Mehrheit ablehnen wird.

Es ist hieraus nicht klar ersichtlich, ob die preussische Regierung sich auch gegen das geplante Nothgesetz zur Regelung des Vereinswesens von Reichswegen entschieden hat. Ein solcher Widerstand wäre schwer verständlich, da selbst die besten Freunde der gegenwärtigen Regierung, zu denen man doch die bornirten Inspiratoren der „Hamb. Nachrichten“ nicht rechnen kann, sich der Einsicht, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist, nicht verschließen. So schreibt die „National-Zeitung“:

Wir begreifen vollkommen die ablehnende Haltung der Regierungen gegenüber dem Vereinsgesetz-Entwurf der Kommission. Da in einer Anzahl Einzelstaaten die bestehende Vereinsgesetzgebung als an manchen Punkten unzulänglich zur Verhütung von Ausschreitungen erachtet wird, ist es nur natürlich, daß der Bundesrath nicht einem Reichs-Vereinsgesetz zustimmen will, welches kaum das Mindestmaß der allen einzelstaatlichen Vereinsgesetzen gemeinsamen Vorkehrungen gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts verallgemeinern würde. Aber warum die Regierungen an dem Verbot der Verbindung von Vereinen festhalten sollten, ist unverständlich; es kann nichts beitragen zur Festigung der Staatsordnung, aber es kompromittirt sie ebenso, wenn es angewendet wird.

Für Zustände, die unter allen Umständen kompromittiren, haben nun allerdings Naturen von der Verfassung des verflochtenen Herrn v. Koller durchaus kein Verständnis. Sollte der Geist des edlen Junkers sich doch noch in dem heutigen Ministerium erhalten geblieben sein?

NB. In unsere gestrige Notiz über das gleiche Thema hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Es muß nämlich im Eingangssatz heißen: „Das Nothgesetz für politische Vereine, für das, wie der „Vorwärts“ gestern mittheilte, bereits (nicht: leider) im Reichstage eine Mehrheit gesichert ist.“

Der Dreibund ist ein zartes Treibhauspflänzchen, das den Aufzug öffentlicher Erörterung schwer vertragen kann. Sowie irgend ein begeisteter Freund dieses diplomatischen Kunstprodukts seinepraktische Verwendbarkeit erörtert, kommt sicher irgend einer der offiziellen Treibhaus-Wächter und warnt ein verehrliches Publikum, ja nicht das empfindliche Ding zu berühren. Da hatte neulich der Kaiser von Oesterreich vor den Delegationen seines an beiden Ufern der Leitha belegenden Doppelstaates sich in einer der üblichen, mit wohlwollenden, ausichtsreichen, aber um so inhaltsloseren Redensarten aufgeputzten Thronrede über die auswärtige Lage geäußert. Er hatte darin gesagt:

Das feste und zielbewusste Auftreten des Dreibundes in allen wichtigen, das europäische Interesse tangirenden Fragen

hat viel dazu beigetragen, daß der europäische Friede, trotz mancher im vergangenen Jahre im Orient ausgetauchten beunruhigenden Symptome, nicht gestört wurde. Die von meiner Regierung im engen Einverständnis mit unseren bewährten Bundesgenossen diesfalls entsfalteten Bemühungen erfreuten sich der sympathischen Mitwirkung aller Großmächte. Sie förderten speziell in bezug auf die Erhaltung des status quo auf der Balkan-Halbinsel eine Einmütigkeit zu tage, deren zu erhoffende Fortdauer die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen gewärtigen läßt.

Darauf brach die „Neue Freie Presse“, das Hauptorgan des vertrackten österreichischen Liberalismus in helle Jubeltöne aus, sie deutete die Rede Franz Josef's dahin, der Dreibund habe ein orientalisches Programm, welches zudem vollständig übereinstimme mit den alten Forderungen der österreichischen Monarchie, die nichts wolle als Selbstständigkeit der Balkanländer, die Unabhängigkeit der Nationen, den Schutz der Verträge. Für dieses Programm solle künftig nun auch der Dreibund seinen ganzen Einfluß einsehen.

Nunmehr, nachdem mehrere Tage vergangen sind, scheint irgend ein offiziöser Dreibunds-Schuhmann in der „Kölnischen Zeitung“ den unbedachten Dreibunds-Bewunderer der „Neuen Freien Presse“ durch folgenden Anschauzer in seine Schranken zurück:

Wir wissen nicht, welches Ziel das Wiener Blatt damit verfolgt, daß es jetzt plötzlich und grundlos der deutschen Regierung einen Programmwechsel andichtet. Der Dreibund hat sich innerhalb der Grenzen, in denen er seit nun bald fünfzehn Jahren abgeschlossen worden ist, nach allseitiger Ueberzeugung für alle verbündeten Reiche wie für den europäischen Frieden so gut bewährt, daß kein Grund vorliegt, ihn über diese Grenzen hinaus auszudehnen und ihn dadurch auf eine verhältnismäßig schwankende und unsichere Grundlage zu stellen.

Andere Offiziöse in Deutschland reden in gleicher Tonart. Das ist jedenfalls schmerzlich für so ein Wiener liberales Blatt, daß es aus dem Kummer über die eigene Parteimisere nicht einmal vorübergehend sich durch spekulative Kammergereien über die Dreibundsherrlichkeit herausreißen kann.

Energisches Vorgehen der Regierung gegen das Duell — in Spanien. Aus Madrid wird telegraphirt: Der Ministerrath beschloß, Marschall Campos und General Borrero sollten bis auf Widerruf Hausarrest haben um jedes Duell zu verhindern. Wie es heißt, hätte General Borrero das Kommando des 7. Armeekorps niedergelegt.

Wenn man berücksichtigt, daß Marschall Martinez Campos die einflussreichste Persönlichkeit Spaniens ist, so erscheint das Vorgehen der Regierung höchst anerkenntenswerth.

Uns in Deutschland kommen diese Nachrichten ganz spanisch vor.

Die Wichtigkeit der englischen Meldung von der Ermordung des deutschen Instruktions-Offiziers Kraus in Ranking wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in folgenden Worten bestritten:

An dieser Stelle ist von diesem Vorgange bisher nicht das mindeste bekannt, und da die Meldungen des „Bureau Dalziel“ an notorischer Unzuverlässigkeit krankten, so wird auch wohl die Erwähnung der Glaubwürdigkeit entbehren.

Wie erklärt sich aber die plötzliche Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Ranking?

Einen Versuch zur Rechtfertigung der Fikstrier Jameson und Konjorien macht die sonst anständige englische Monatsrevue „Nineteenth Century“, indem sie den Nachweis zu führen sucht, daß Deutsche in Transvaal mit Krüger konspirirt hätten; und daß es sich für Jameson darum gehandelt habe, im Interesse Englands das Präventiv zu spielen. In einer großen Volksversammlung zu Bradford am 30. Mai entwidelte Liebknecht das Unsinige dieser Behauptung. Was gehe es Deutschland an, wenn ein paar deutsche Abenteuerer ähnlichen Kolonialunfug getrieben hätten, wie Jameson und seine Leute? Es seien gewissenlose Abenteuerer, für die Deutschland nicht verantwortlich gemacht werden könne. Und daß solche Intrigen — vorausgesetzt, sie haben wirklich stattgehabt, ohne alle praktische Konsequenz gewesen wären, das mußte Herr Jameson wissen.

Dieser letztere versuche umsonst, sich ein ideales Ziel zu geben, er habe als bezahlter Agent einer der niederträchtigsten kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaften, der Chartered Company, gehandelt, und sei nichts als ein gewissenloser Abenteuerer.

Diese Ausführungen fanden für mich und ein stimmigen Beifall, und wurden von englischen Rednern noch verstärkt.

In allen Meetings, die Liebknecht hielt, und in denen auch tausende von Nichtarbeitern waren, zeigte sich mit bezug auf die Transvaal-Angelegenheit genau dieselbe Stimmung.

Der „Talles“ scheint bei den Anarchisten sehr groß zu sein. Die von Most herausgegebene wöchentlich erscheinende „Freiheit“ mußte leßthin eine Nummer ausfallen lassen, weil das Geld fehlte, den Papierhändler und Drucker zu bezahlen, und die von Max Baginsky in Chicago herausgegebenen „Sturm-Bloden“ haben schon nach der dritten Nummer ihr Erscheinen wieder eingestellt, weil, wie Most schreibt: „Zeitungen schändliches Geld kosten und das bei denjenigen, welchen „Sturm“ wie Musik in den Ohren klingt, stets das wenigste ist.“

Zu Puttkamer's Zeiten stand das besser mit den anarchischen Organen. So konstatirte die Denkschrift über die Ausführung des „Kleinen“ vom 19. November 1885, daß die „Freiheit“ in 5000 Exemplaren gedruckt wurde, von denen 4500 nach Europa d. h. nach Deutschland und Oesterreich kamen. Wer diese große Auflage aber bezog und bezahlte, wurde 1894 in einem Prozeß gegen unseren Genossen Kremmel aufgedeckt, wobei sich ergab, daß ein gewisser Polizeikommissar Mößlig aus Aachen, die „Freiheit“ packetweise über die Grenze schmuggeln ließ und dafür bezahlte. Bekannt ist auch, daß zeitweise die Herstellungskosten der „Freiheit“ sogar direkt aus Mitteln gezahlt wurden, welche von der Polizei zum Zwecke der politischen Spionage geliefert wurden. Heute scheinen für solche Zwecke keine Gelder mehr flüssig zu sein. Für gewisse Leute Grund genug zur Wuth über den Grafen Caprivi, der den Weisensfonds abschaffte und damit die Mittel zur Korruption beschchnitt.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath überwieß in seiner heutigen Sitzung den Antrag Preußens, betreffend Zulassung von Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit,

dem zuständigen Ausschusse. Ebenso wurden die Beschlüsse des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Wahlen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvertretungen, sowie der Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1896/97 und die Vorlage betreffend die Ausprägung von Kronen, den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Was die Konkurrenz alles macht! Eine Lokalkorrespondenz schreibt!

Am Donnerstag früh konnten wegen des ausgebrochenen Ausstandes die Briefe seitens der Privatpost zunächst mangels Personal nicht bestellt werden. Die Direktion ordnete sofort an, daß sämtliche Briefe mit Reichspost-Marken versehen und der Reichspost zur Bestellung übergeben werden. Nach den für Berlin geltenden Bestimmungen wurden die ersten 15 Briefe mit 10 Pf., die folgenden mit je 5 Pf. frankirt und am Schalter aufgeliefert. Die Briefe wurden auch abgenommen. Dies geschah morgens 8 Uhr. Abends 7 Uhr kamen sämtliche Briefe wieder zurück, da die Reichspost die Bestellung verweigerte! Durch alle Hilfskräfte, Fahrrad-Dienstleute und so weiter ließ die Direktion der Privatpost nun noch die Bestellung der Briefe selbst vornehmen. Das veranlagte Porto für die verlebten und auch abgekempften Briefmarken will die Reichspost der Privatpost zurückerstatten. Angeblich beruht diese Rückweisung auf Verfügung der Ober-Postdirektion.

Wenn man diesen Vorgang mit der Erwägung erklären wollte, Stephan wolle den Streikenden einen Dienst erweisen, so würde man natürlich auf falscher Fährte sein. Aber wenn die leidige Konkurrenz nicht wäre!

Das Duell Wagner-Stumm ist bekanntlich nicht mit scharfer Waffe zum Austrage gekommen, sondern hat sich in eine fortgesetzte Preßschelte aufgelöst, in der hauptsächlich die „Post“ für den König Stumm Klopffechter-Dienste verrichtete. Der evangelisch-soziale Kongreß hatte der „Post“ die erwünschte Gelegenheit geboten, Professor Wagner abermals anzurempeln. Anlaß dazu bot ihr eine gelegentliche Bemerkung des christlich-sozialen Professors, daß er lieber mit Bebel als mit Stumm seinen Namen unter ein Zirkular (es handelte sich dabei um ein Zirkular zu Gunsten der Beschaffung von Sigen für Fabnerinnen) setzen wolle. So etwas grenzt, nach Ansicht der „Post“, natürlich an Hochverrath. Prof. Wagner hat nun in einer Zuschrift an das „Volk“ Veranlassung genommen, sich über Herrn v. Stumm auszusprechen. Er sagt da:

Jedenfalls will ich lieber in einer solchen guten Sache mit einem persönlich achtungswerthen Namen wie Bebel als in irgend einer Sache auf einem Zirkular je mit einer Persönlichkeit wie etwa dem Herrn v. Stumm zusammenstehen. Das war und ist wohl verständlich und noch deutlicher nicht gegen den Sozialpolitiker Stumm, und lautet es für den Sozialpolitiker Bebel, sondern es vergleicht die menschlichen Persönlichkeiten beider. Ueber meine Stellung zu beiden sonst habe ich mich nicht einmal andeutungsweise geäußert, wie mir die „Post“ insinuirt. Soll ich es aber thun, so sage ich offen: Bebel ist mir nicht ein „erklicherer“ Gegner als Herr v. Stumm, wohl aber ein „ehlicherer“. Ob überhaupt aber noch ein „erster“, d. h. ein erst zu nehmender Gegner in Herrn v. Stumm zu sehen ist, darüber sind die schon im vorigen Jahre bei mir und anderen aufgetauchten Zweifel mittlerweile allerdings noch gestiegen. Ton und Inhalt seiner Angriffe gegen Christlich-Soziale, Evangelisch-Soziale, Pastoren, Professoren, Beamte, überhaupt alle Andersmeinenden, lassen immer mehr bezweifeln, ob man es mit einer noch völlig für seine Aeußerungen verantwortlichen Persönlichkeit bei Herrn v. Stumm zu thun hat. Die jüngsten Vorgänge, seine Reden und Ausfälle in Saarbrücken, haben wohl in weiten Kreisen diese Zweifel befestigt. Schon deswegen verzichte ich darauf, ihm und seinen Organen, „Post“, „Schleifstein“, eine Abwehr ihrer Verunglimpfungen unserer guten Sache und unserer Personen zu theil werden zu lassen.

Wegen eines Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, das er am 1. Mai ausgebracht hat, wurde der Zigarrenmacher Otto Broche am 2. Juni vom Schöffengericht zu Mülhausen in Thür. zu 10 M., bezw. 2 Tagen Haft verurtheilt. Dieser an sich nicht mehr ungewöhnliche Urtheilsspruch erhielt durch die richterliche Begründung doch noch einen besonderen Beigeschmack. Der Angeklagte hatte zu seiner Rechtfertigung geltend gemacht, daß die betreffende Versammlung als eine sozialdemokratische angemeldet und auch nur Sozialdemokraten dort anwesend gewesen seien, bei denen dieses Hoch kein Vergerniß erregt habe. Der Gerichtshof begründete indes sein Urtheil mit der Ausführung, es sei anzunehmen, daß auch Nichtsozialdemokraten, d. h. Neuzierige dort anwesend gewesen seien, außerdem könnten sich auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch ärgern, da, wie selbst Reichstags-Abgeordnete im Reichstag ausgeführt, ein Theil der Sozialdemokraten bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gesetzlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern.

Die wackeren Schöffen von Mülhausen konnten sich indes darüber beruhigen. Kein Sozialdemokrat wird Aufstoß daran nehmen, wenn ein Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht wird. Jades verurtheilt muß ja werden, sei es mit dieser, sei es mit jener Begründung.

Karlsruhe, 3. Juni. (Fig. Ber.) Der badische Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen der Wahlordnung an. Danach müssen sich die Wähler sowohl bei den Wahlmännern, als Abgeordnetenwahlen in einen der Beobachtung unzugänglichen in unmittelbarer Nähe des Wahllokals sich befindenden Raum begeben, wo sie ihren Stimmzettel in einen amtlich gestempelten Umschlag legen und so dem Wahlkommissär übergeben. Stimmzettel, welche nicht in diesem Umschlag sind, müssen vom Wahlkommissär zurückgewiesen werden, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, welche den oben angeführten Raum noch nicht betreten haben. Die Annahme dieses Gesetzentwurfes bedeutet ja gewiß eine Verbesserung des Wahlgeheimnisses. Allein das badische Volk verlangt mehr als ein solches Linsengericht. Den vor zwei Jahren von der Kammer fast einstimmig gefassten Beschluß, Einföhrung direkter Wahlen nach dem Proportionalssystem, hat der Minister Eisenlohr vollständig ignoirirt. Das badische Volk wird diese Forderung so lange aufstellen und mit allem Nachdruck vertheidigen, bis man dem einmüthigen Wunsche entsprechen wird.

Oesterreich.

Wien, 5. Mai. Bei der Berathung des Zuckersteuer-Gesetzes im Steuer-Ausschuß erklärte der Finanzminister, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß es sich im vorliegenden Falle um ein Nothgesetz handele, welches berufen sei, einen wichtigen Export zu schützen, aber nur ein Jahr dauern solle, weil Hoffnung vorhanden sei, daß auf diplomatischem Wege die Abschaffung der Exportprämien herbeigeführt werde. Da die Angelegenheit dringend sei und die Verhandlungen mit Ungarn schwierig gewesen wären, bitte er, keine Änderungen vorzunehmen.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. Das in der „La France militaire“ veröffentlichte Schreiben des Generalintendanten Baratier an den früheren Kriegsminister Cavaignac wußt letzterem Persidie vor. Cavaignac hatte als Kriegsminister den Generalintendanten Baratier zur Disposition gestellt, weil letzterer den An-

eber eines der Unterschleifs beschuldigten
Offiziers bestraft hatte.

Paris, 4. Juni. Die in meinem letzten Bericht angekündigte
Beratung der sozialistischen Kammerfraktion fand
gestern statt. Das Ergebnis der Beratung hat die „Spaltungs-“
Prophezeien der Bourgeoisie gründlich entlarvt. Das gemein-
same Vorgehen der Fraktion auf dem Boden „der parlamentarischen
und politischen Aktion“ wurde einstimmig aufrechterhalten.
Was das von Millerand entworfene Einigungs-„Pro-
gramm“ betrifft, so gelangte dasselbe zur Annahme mit
26 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 8 Abwesenden. Die
jenem Programm gemäß formulierten Prinzipien „Er-
klärung“ besagt: „Die Kammerfraktion erklärt unum-
wunden, daß sie, in Übereinstimmung mit dem Grund-
gedanken der Sozialisten aller Länder und mit der
französischen sozialistischen Ueberlieferung seit der Re-
volution, danach strebt, das kapitalistische Regime ab-
zuschaffen und der Ausbeutung des Menschen durch den
Menschen ein Ende zu setzen, und zwar vermittelt der Eroberung
der politischen Macht durch das Proletariat, der Ersetzung des
kapitalistischen Eigentums durch das gesellschaftliche Eigentum
und des internationalen Einvernehmens der Arbeiter.“ Dem-
nach hat sich die Fraktionsmehrheit, die die Vertreter
aller sozialistischen Richtungen (mit Ausnahme der Alleanisten,
die von jeher abseits von der Kammerfraktion stehen) umfaßt,
auf sozialdemokratischen Boden gestellt, ohne daß dadurch die
sozialistische Einigung im weiteren Sinne des Wortes irgendwie
geleidet wäre.

Belgien.

Brüssel, 5. Juni. Infolge der Auslassung des Sozialisten
Demblon in der Repräsentantenkammer, welche die Mitglieder
der Rechten als gemeine Verleumder und Mörder bezeichnet,
fordert der Kammerpräsident Vermeir eine Umänderung
der Geschäftsordnung. Die Reglements sollen
verändert werden. Vorliegende Mitteilung der bürger-
lichen Blätter muß lüdenhaft sein, denn es ist nicht anzunehmen,
daß Demblon seine Äußerung ohne jede Einschränkung ge-
macht hat.

Norwegen.

Christiania, 4. Juni. Das Obersting nahm heute einen
Gesetzesentwurf an, welcher bestimmt, daß alle Männer das
kommunale Stimrecht haben, welche im letzten Jahre
vor der Wahl direkte Vermögens- oder Einkommensteuer an den
Staat oder die Gemeinde bezahlt haben und die letzten zwei
Jahre vor der Wahl festen Wohnsitz in einer Stadt gehabt
haben; ausgenommen hiervon sind die Diensthoten. Ferner wird
in dem Gesetzesentwurf bestimmt, daß jeder, der 400 Kronen jähr-
liches Einkommen hat, Gemeindesteuern zahlen soll. Der Entwurf
wurde mit 44 Stimmen der Linken gegen 41 Stimmen der
Rechten angenommen.

Italien.

Rom, 4. Juni. Die Deputiertenkammer nahm in geheimer
Abstimmung mit 214 gegen 88 Stimmen das Budget des
Juniern an.

Rom, 4. Juni. In der Villa Corsini fand heute eine
Garibaldifeier statt. Die Polizei verbot den
Sozialisten, mit der Fahne in Rom einzuziehen.
Infolge dessen kam es zu einem Handgemenge, wobei ein
Polizist verwundet wurde.

Der sozialistische Abgeordnete Agnini hat
in der Kammer die folgende Interpellation eingebracht:

Der Unterzeichnete interpelliert den Ministerpräsidenten, den
Minister des Innern und die Minister der Finanzen und der
Justiz, um zu erfahren, ob sie es nicht für nötig halten, die
Handlungsweise jener Industriellen für strafbar zu erklären,
welche, um unbegründete Reduktionen der Einkommensteuer zu
erlangen, ihre Fabriken zeitweise schließen und hunderte und
tausende von Arbeitern auf die Straße werfen.

Rußland.

In Minsk hat der Ordnungstag ebenfalls
einen traurigen Abschluß gefunden. Im Gouvernementsgarten
brach, wie einem hiesigen Blatte aus Petersburg telegraphiert
wird, während des Volksfestes am Abend das Geländer einer
Brücke über den Swislotch-Fluß ein. Infolge des großen
Volksandranges stürzte eine Menge Menschen ins Wasser: viele
von ihnen ertranken.

Türkei.

Kretensische. Ueber Athen kommen folgende
Mitteilungen: Der von Methymno nach Canea zurückgekehrte
Kreuzer „Cosmas“ berichtet, daß die Türken in der Umgebung
von Methymno zwei Dörfer verbrannten. In Canea sind zwei
englische Panzerschiffe eingetroffen.

Die Nachricht, auf Kreta sei der Belagerungszustand pro-
klamiert worden, wird für unbegründet erklärt. — Es hat sich
hier ein Nationalkomitee gebildet, um alle Hilfsleistungen zu
gunsten der Kreter zu vereinigen.

Amerika.

New-York, 4. Juni. Die demokratische Kon-
vention von Kentucky in Lexington nahm heute eine Reso-
lution an zu gunsten einer freien und unbeschränkten Prä-
gung von Silber und Gold im Verhältnis von 16 zu 1 un-
abhängig vom Vorgehen irgend eines anderen Landes.

Hawaii.

Aus Honolulu vom 28. v. M. wird gemeldet, der
hawaiische Senat und die Kammer hätten Resolutionen ange-
nommen, in welchen ausgesprochen wird, daß das Parlament und
die Wähler noch für die Annexion durch die Vereinigten Staaten
seien.

Afrika.

Wieder eine europäische Niederlage in
Afrika. Aus Braz (an der Nigermündung) wird telegra-
phiert: Die auf dem Wege nach dem Niger begriffene
französische Expedition unter dem Lieutenant Salage
ist im Lande Borgu vollständig geschlagen
worden. Drei Europäer und viele eingeborene Soldaten sind
durch vergiftete Pfeile getötet worden. Der Rest der Expedition
kam am 12. Mai in Niama an. Die Nigerkompanie hat von
Shafiso aus Hilfe gefordert.

Kaystadt, 4. Juni. Der Premierminister Sprigg bezifferte im
Kap-Parlament den Ueberschuß des vergangenen Finanzjahres auf
1 1/2 Millionen Pfund Sterling, welche hauptsächlich für öffent-
liche Arbeiten und für die Herabminderung der Staatsschuld be-
stimmt seien. Der Betrag von 100 000 Pfund solle zur Er-
richtung von Bauten für Vertheidigungszwecke in der Tafelbay,
der Algoabay und in East-London verwendet werden. Der Ueber-
schuß des laufenden Finanzjahres werde auf 828 000 Pfund ge-
schätzt, wenn nicht die völlige Beseitigung der Kinderpest Ge-
sundheitsmaßnahmen bedinge.

Partei-Nachrichten.

Zum Stadgemeinderath wurde in Markranstädt
bei Leipzig Genosse Franz Kändler mit einer Stimme Majorität
gewählt, während der Kandidat der Hausangarier nur
21 Stimmen auf sich vereinigten und durchfiel. Es ist dies der
erste Genosse, der hier in den Gemeinderath einzieht.

Unser Parteigenosse Bergarbeiter Meher, der, wie wir
neulich mittheilten, im Zuchthaus schwer erkrankte, ist nach uns
zugegangenen Mittheilungen wieder hergestellt.

Der Kongress der romagnolischen Sozialisten (Provinzen
Ferrara, Bologna, Ravenna und Forlì) trat am 2. Juni in
Forlì zusammen. Vertreten waren 37 Sektionen, Gruppen u. s. w.
mit 66 Delegirten. Zu Ehrenpräsidenten wurde der zu Zwangs-

domizil verurtheilte Genosse Gaetano Benzi und der zu Ge-
fängnis verurtheilte Genosse Gaetano Girardini ernannt; in
Wirksamkeit führte den Vorsitz der Advokat Balducci.
In der Vormittags-Sitzung wurden Tagesordnungen über die besten
Organisationsmethoden votirt; zum Sitz der Bezirkskommission
wurde Bologna und zu Mitgliedern der Kommission wurden
Sassi (Bologna), Chiarini (Ravenna), Baraldi (Ferrara) und
Schiavi (Forlì) gewählt. Zum Vertreter der Romagna bei dem
demnächst stattfindenden Nationalkongresse wurde der Advokat
Balducci ernannt, da der ursprünglich ernannte Vertreter Andrea
Gosia nach dem Parteistatut als Abgeordneter ohnehin an dem
Kongresse theilnimmt. In der Nachmittags-Sitzung wurde über die
Wohltätigkeit debattirt. Es wurde bestimmt, daß die Sozialisten
nur in bestimmten Fällen schon beim ersten Wahlgange für den
Kandidaten einer nahestehenden Partei stimmen dürfen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Bernhard Garbaum ist endlich am
2. Juni aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Aus dem
Besitz der Maidemontstrasse heraus wurde unser Genosse am
1. Mai vormittags verhaftet und nach kurzem Ver-
hör auf dem Polizeibureau in Neustadt in Unter-
suchungshaft genommen wegen bringenden Ver-
dachts der Beihilfe zur Kaiserbeleidigung.
Wegen einer zu erwartenden hohen Strafe hielt das
königliche Amtsgericht die Inhaftirung wegen Fluchtverdachts
begründet. Eine von Garbaum hiergegen eingelegte Beschwerde
wurde vom königlichen Landgericht zu Magdeburg zurückgewiesen.
Das königliche Oberlandesgericht zu Rammberg hat jedoch
den Haftbefehl mangels ausreichenden
Fluchtverdachts aufgehoben. Das Oberlandes-
gericht hat angenommen: Die Thatfache, daß Genosse
Garbaum Verleger der „Volkstimme“, verheirathet, Vater
eines Kindes ist, spricht eher dafür, daß er sich der
Strafverfolgung durch die Flucht nicht entziehen wird.
Wir haben die gleiche Behauptung bereits früher erhoben. Gar-
baum, welcher vom 1. Mai bis 3. Juni in Untersuchungshaft
gesehen hat, ist sonach in unsere Reihen zurückgekehrt und von
seinen Freunden, seinem Weibe und Rinde herzlich begrüßt
worden.

Wegen Veranstaltung einer Zellerfamm-
lung gelegentlich einer Versammlung im Eisenpark in Magdeburg
standen am Montag drei unserer Genossen in Magdeburg
vor den Schranken des Amtsgerichts. Der Rechtsanwalt
beauftragte selbst Freisprechung, da eine
Zellerfammlung in einer Versammlung als
eine öffentliche Kollekte nicht angesehen
werden kann. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen
des Anwalts an und legte außerdem noch die Kosten des
Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Der Redakteur Rauffmann vom „Volkblatt“
in Harburg ist wegen Aufforderung zur Unterstützung freilebender
Arbeiter auf Grund des alten hannoverschen Polizeistrafgesetzes
von 1847 in Verbindung mit § 120 des Reichsstrafgesetzes mit
21 M. Geldstrafe bedacht worden. Dieses alte Strafgesetz ist in
seiner Verhandlung, selbst nicht in Hannover, erhältlich.

Sächsisches. Fast kein Tag vergeht, an dem vor
den Dresdener Gerichten nicht gegen Sozialdemokraten
prozeßirt wird. Heute beschlagnahmte das Gericht wieder einmal
zur Abwechslung ein verbotener Umzug. Streikende
Metallschläger, die Genossen Brüder Schreiber, Tritschler,
Wirkmann, Wünder, Röhne und Gebauer gestatteten sich am
Nachmittag des 29. April einen „Bummel“ nach dem wegen
seiner Naturschönheiten bekannten Schooner Grund. Als
sie am Abend gegen 1/8 Uhr durch das Dorf Cotta
fuhren, wurden sie plötzlich von dem hinzueilenden Gendarmen
Schlager, der in diesem Trupp einen „Umzug“ sah, „aufgelöst“
und nach dem Gemeindegasthof geführt. Auf dem Wege dahin
schlossen sich etwa 30 andere Arbeiter an und sangen. Ein
Metallschläger hatte auf dem Wege einen alten Blechtopf, der
vielleicht früher als Bonbonenverpackung gedient haben mag und
wie eine Trommel angewandt war, gefunden. Auf diesem Topfe
soll er mit den Fingern getrommelt und dadurch die „öffentliche
Ordnung“ gestört haben. Ein anderer hatte eine Geige mitge-
nommen. Geige und Trommel wurden konfiszirt und lagen in
der heutigen Verhandlung, in der sich die 7 Metallschläger wegen
Vergehens gegen § 15 des sächsischen Vereinsgesetzes (nicht ge-
nehmigter Umzug) und wegen groben Unfugs verantworten mußten,
als corpus delicti auf dem Tische des Hauses. Als die Ge-
schichte von der Auffindung des alten Blechtopfes erzählt wurde,
stellte der Staatsanwaltsvertreter den An-
trag, gegen den Finder das Strafverfahren
wegen Diebstahls und Fundunterschlagung
sogleich zu eröffnen. Es konnte dies aber nicht „sogleich“ ge-
schehen, weil sich der betreffende Angeklagte nicht damit ein-
verstanden erklärte. Aber noch Verzögerung des Vorsitzenden,
Unterrichter Dr. Weingart, wird es noch geschehen! Auf dieselbe
Prozessur sind wir gespannt. Man bedenke, eine alte wertlose
Büchse, wie man sie zu hunderten auf manchen Schuttbergen
finden kann, die von ihrem einstigen Besitzer verächtlich weg-
geworfen, wird noch eine so große Rolle in einem sächsischen
Sozialistenprozesse spielen! Der als Zeuge vernommene Diener
des Hermandas erklärte, daß er singen gehört habe, und daß
müßten unbedingt die 7 Angeklagten gewesen sein, wenn
er sie auch mit Rücksicht auf die „Finstigkeit“
nicht habe mit dem „Wanke“ wackeln sehen können. Die An-
geklagten verweigerten, daß die Arbeiter, die ihnen in Cotta nach-
gegangen seien, nicht zu ihnen gehört haben. Eine Jugin er-
klärte unter ihrem Eide unter anderem, daß der Ankläger
erst durch das Eingreifen des Beamten hervor-
gerufen worden sei. — Trotz dieser Aussagen wurden
5 Angeklagte verurtheilt, und zwar 1 zu 30, die
übrigen zu 20 M. Geldstrafe. Zwei wurden nur um
deswillen freigesprochen, weil sie vor dem Dorfe sich ein-
wenig verweilt und dann erst ins Gemeindegasthof gekommen waren,
wo man sie im übertriebenen Pflichteifer ausgeschrien hatte. —
Also sieben Mann ein verbotener Umzug! Dies
Urtheil ist wieder einmal eine löstliche Perle in dem Kranz
den Sächsen der heiligen Justitia windet.

Die be-rühmte sächsische Fingigkeit in bezug auf Auf-
lösungsgründe für Versammlungen ist jetzt von einem preussischen
Verwaltungsbeamten doch noch überboten worden. Herr Graf
von Kiewitow aus Preech erklärte nämlich eine Versammlung, die
unser Genosse in dem Lokale „Sophten-Höhe“ in Gaarden bei
Riel abhielten, deshalb für aufgelöst, weil die Schläger an den
Thüren den polizeilichen Vorschriften nicht
genügen. Das geht doch noch über die offenen
Fenster, durch welche die Versammlung zu einer solchen
unter freiem Himmel geworden sein soll. Unsere Leser
werden nun neugierig sein, was denn die Saal-
thüren polizeiwidrig an sich hatten? Der Herr Graf hat diese
Anküstern gegeben. Das Gebäude ist noch ziemlich neu und die
Thüren sind in bester Ordnung, nur — und das soll der Grund
der Auflösung sein — die Niegel sind statt außer-
halb, innerhalb der Thüren angebracht. Gut ab
vor solcher Fingigkeit! Uebrigens sei bemerkt, daß sofort nach
der aufgelösten Versammlung eine öffentliche Tanz-
musik in dem Lokale stattfand, die polizeilich in keiner Weise
gestört wurde.

Die Ehrung der Opfer des Dresdner Mai-
Kaufmannes — Grober Unfug! Der Staatsanwalt hat
gefunden, daß die Art der Pietätsbezeugung der Dresdner Ge-
nosse „Grober Unfug“ sein soll. Die Genossen Lange und
Zimmermann erhielten auf Antrag der Staatsanwaltschaft am-
richterliche Strafbefehle über 75 und 100 M., weil sie am 9. Mai
1896 vormittags gemeinschaftlich dadurch die öffentliche Ordnung
verlezt haben sollen, daß sie auf dem Trinitatis- und Annensfriedhofe
je einen Lorbeerzweig mit einem Meter langen und 15 Zentimeter

breiten, fenerrothen (!!) Schleifen an einem Lebensbaum in einer
Höhe von 2 1/2 Metern befestigten beziehungsweise auf einem
Grabstein niederlegten, was geeignet gewesen sein soll, die dort
vorübergehenden Besucher der genannten Friedhöfe ungebühr-
licherweise zu befähigen und den öffentlichen Frieden zu stören.
So, also trauernde, leidtragende Friedhofsbesucher, die ebenfalls
gekommen sind, an unvergeßliche Tode zu denken, sollen sich nach
Rückst des Staatsanwalts geirrt haben, weil andere Leute
von gleichem Gefühl befehl waren und dies in ihrer Weise
zum Ausdruck brachten! Wir wären wirklich neugierig,
diese „in ihren Gefühlen verletzten“ Leute kennen zu
lernen. Wahrscheinlich ist es weiter niemand als die
beiden als Zeugen angegebenen Polizisten. — Die beiden
Genossen haben natürlich richterliche Entscheidung an-
gerufen. Vielleicht sitzen dann pietätlose Bourgeois zu Gericht
und erkennen, daß die Ehrung ihrer Todten grober Unfug ist.

Die „Thüringer Tribüne“ wird weiter konfiszirt.
Am Mittwoch Nachmittag wurden in ihrer Expedition die Be-
sitzer von Nr. 92 der „Thüringer Tribüne“ und Nr. 91 des
„Nordhäuser Volksblatt“ wegen „Beleidigung“ konfiszirt.

Die „Thüringer Tribüne“, das meist konfiszirte Blatt
Deutschlands, wird bald das Jubiläum ihrer 50. Konfiskation
feiern können. An Hoch auf die Pressefreiheit wird es dabei
nicht fehlen.

Soziale Uebersicht.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat sich dies-
mal in erfreulichster Weise beeilt, die Ergebnisse ihrer letzten
Erhebungen möglichst schnell der Öffentlichkeit vorzulegen. Nach-
dem in diesen Tagen der Bericht über die Verhandlungen und
Erhebungen über die Kleidungskonfektion veröffentlicht wurde, ist
gestern das Protokoll über die Verhandlungen der Kommission
für Arbeiterstatistik vom 28. bis 30. April und die Vernehmung
von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Wäsche-
konfektion erschienen. Öffentlich schreiben die Arbeiter
auch weiter in gleicher Macheit fort. Am Reichstag und Bundes-
rath liegt es dann allein, daß dem gedruckten Proletariate in den
Konfektionsindustrien gegebene Versprechen rasch und ganz ein-
zulösen.

Zum Feldzug gegen den Fabrikinspektor Wörtschöffer.
Der Niedorauer Fabrikdirektor Went ist mit seiner Klage gegen
Fabrikinspektor Wörtschöffer abgefahren. Die „Straß. Post“
schreibt darüber aus Karlsruhe unterm gestrigen Datum: „Vor
dem Verwaltungsgerichtshof kam heute die Vorfrage zur Ent-
scheidung, ob gegen den Vorstand der Fabrikinspektion, Ober-
Regierungsrath Dr. Wörtschöffer, eine Privatklage wegen Be-
leidigung erhoben werden dürfe, und zwar auf Grund einer Stelle
seines Fabrikinspektionsberichts, durch welchen sich eine dort
nicht mit Namen genannte große Anlage für Seilfabrikation in
Mannheim, bezw. deren Direktor für beleidigt erachten wollte.
Der Verwaltungsgerichtshof hat nicht darüber zu entscheiden, ob
eine Beleidigung vorliegt oder nicht, sondern auf Antrag des
Ministeriums nur darüber, ob sich der mit der Klage angelegene
Beamte einer Uebertretung seiner dienlichen Pflichten schuldig
gemacht hat oder nicht. Der Gerichtshof verneinte die Vorfrage
und schnitt damit die Weiterverfolgung der Privatklage ab.“

Bei der Orts-Krankenkasse Berliner Gastwirthe waren
in den drei Monaten Juli, August und September 1895 durch-
schnittlich 2472 Kellnerinnen gemeldet. Für diese Kassen der
Kasse in den drei Monaten 7765,56 M. an Eintrittsgeld und
Beiträgen zu. Dagegen beanpruchten und erhielten die Ge-
nannten in dem gleichen Zeitraum an statutenmäßiger Unter-
stützung als Krankengeld, Verpflegung, Arzt und Arzneikosten
9948 M. 5 Pf. Hierzu die Verwaltungskosten mit pro Kopf für
3 Monate 1,26, ist 8961,82 M. Auf das Jahr berechnet, er-
gibt sich für die 2472 Kellnerinnen eine Mehrausgabe von
22 217 M. 64 Pfennig zu ungunsten der anderen
Kasseneinheiten. Durch diese Thatsache veranlaßt, will die
Kasse von den Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes,
welche besagen, daß bei verschiedenen Betriebsarten in ein und
derselben Kasse, je nach der Erkrankungsgefahr, verschiedene
Prozentsätze als Beiträge ausgerechnet werden dürfen, Gebrauch
machen. Weiter wird angeführt, daß im Durchschnitt 40 bis
45 pCt. beschäftigte Kellnerinnen überhaupt nicht gemeldet
werden. Die unter bedeutendem Kostenaufwande vorgenommenen
Necherchen haben ergeben, daß in 14 Geschäften im Laufe eines
Jahres insgesamt 604 überhaupt nicht und 345 mit unrichtiger
Angabe des Antrittstages gemeldet wurden. Von allen für die
Kassen in betracht kommenden Arbeitgebern wurden 276 ermittelt,
welche sich ihrer Meldepflicht ganz oder theilweise entzogen hatten.
Gewiß ein Beweis von der Achtung, welche die Herren Gast-
wirthe vor dem Gesetz haben.

Gewerkschaftliches.

Zum Berliner Hutarbeiter-Streit. Um allen falschen
Parabeln gegnerischer Blätter entgegenzutreten zu können,
sehen wir uns veranlaßt, die Entstehung des Streiks, sowie die
bis jetzt gepflogenen Verhandlungen nochmals zu schildern. Am
6. Mai wurde von der Firma Silber u. Brandt ein Ver-
trauensmann gemahregelt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen
legten hierauf sofort einmüthig die Arbeit nieder und
forderten die Wiedereinstellung des betreffenden Kollegen.
Nach Verlauf einer Woche brachte man in Erfahrung, daß
sämmliche Wollstofffabrikanten, die sich zu einem Ring zusamen-
geschlossen haben, ihre Fabriken schließen würden, wenn die
Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma S. u. B. auf ihre
Forderungen bestehen bleiben. Dies bewog den gemah-
regelten Kollegen G., um nicht die Veranlassung zu einer
solchen Aussperrung zu geben, auf seine Wiedereinstellung bei
der Firma S. u. B. zu verzichten und erfolgte eine dahingehende
Erklärung in einer Versammlung, die am 17. Mai abgehalten
wurde. Jedoch kam man in dieser Versammlung zu
keinem eigentlichen Beschluß, wohl aus dem Grunde, weil
das Verzichten des Kollegen G. auf Wiedereinstellung
etwas überraschend kam. Man berief deshalb zum nächsten
Tage eine Sitzung der Vertrauenspersonen sämmtlicher
Fabriken und des Vorstandes, um endgültig zu beschließen, ob die
Arbeit nunmehr bedingungslos wieder aufgenommen werden solle.

Zu dieser Sitzung wurde alleseitig eingesehen, daß es nur darauf
abgesehen war, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu provozieren, und
man beschloß deshalb, diesen uns ausgezwungenen Kampf abzu-
wehren und der Fabrikanten-Kommission bei der nächsten von ihrer
Seite einberufenen Sitzung die Erklärung abzugeben, daß, nach-
dem der Kollege G. auf die Wiedereinstellung verzichtet hat, die
Arbeiter und Arbeiterinnen der Silber u. Brandt'schen Hutfabrik
die Arbeit wieder aufnehmen werden, jedoch mit der ausdrück-
lichen Erklärung: daß wir die Entlassung des Kollegen G. nach
wie vor als eine Maßregelung betrachten und die Ber-
liner Hutarbeiter-Gesellschaft gegen jede Entlassung, in der
sine eine Maßregelung erblickt, mit derselben Energie
protestiren wird, wie in diesem Fall. Trotz dieser, auch den
Fabrikanten nicht unbekannt gebliebenen Erklärung prangte am
nächsten Tage in sämmtlichen Räumen aller Fabriken folgende
Bekanntmachung:

„Laut Mittheilung ihres Mitgliedes Gustav Schulze hat sich
die Juchler-Kommission der Arbeitnehmer aufgelöst, ohne den
freiwilligen Fall Silber u. Brandt erledigt zu haben; laut
gleicher Mittheilung hat G. in öffentlicher Versammlung erklärt,
er wolle bei der Firma Silber u. Brandt nicht wieder eintreten;
damit fällt jeder Vorwand zur Fortsetzung des Ausstandes bei
dieser Firma. In der außerordentlichen Generalversammlung des
Fabrikantenvereins wurde deshalb folgender Beschluß gefaßt:
Falls der Firma Silber u. Brandt bis Mittwoch, den 20. Mai, irg-
end die Möglichkeit gegeben ist, ihren Betrieb wieder aufzunehmen,
so schließen sämmtliche Fabriken der Vereinsmitglieder am Sonn-

—

abend, den 23. Mai, abends; die Wiedereröffnung der Fabriken findet nur auf Vereinsbeschluss statt.

Es heißt in dieser Bekanntmachung: die Kommission der Arbeitnehmer habe sich aufgelöst; dieselbe besetzt aber nach wie vor, und man hat wohl diese Unwahrheit nur deshalb erfunden, um nicht mehr mit den Arbeitern verhandeln zu brauchen. Nunmehr war es der gesamteten Gutarbeitervereins Berlin klar geworden, daß die Fabrikanten auf alle Fälle einen Kampf herbeiführen wollen und daß sie denselben nur hingezogen haben, um ihre Pfingstkommissionen zu erledigen.

Zugleich hatte ein Teil der Ausständigen von der Firma Silber u. Brandt am Dienstag, den 19. Mai, brieflich die Aufforderung erhalten, falls sie am Mittwoch, den 20. Mai, sich nicht zur bestimmten Zeit zur Arbeit einstellen, sich als entlassenen zu betrachten. Da nun festgestellt wurde, daß ein Teil derselben keine Zuschrift erhalten hatte und eine Verständigung sämtlicher Kollegen und Kolleginnen bis dahin unmöglich war, so wurde der Fabrikantenverein brieflich benachrichtigt, daß die Arbeit aus den angeführten Gründen unmöglich am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag wieder aufgenommen werden könne. Der Arbeiterausschuß der Fabrik Silber u. Brandt wurde am Mittwoch früh zur festgesetzten Zeit in der Fabrik vortrefflich, um die Verlängerung der Frist bis Donnerstag zu erbitten. Sie wurden aber kurzer Hand abgewiesen, mit dem Bescheid: da sie sich nicht zur Arbeit eingefunden haben, so seien sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, gleichviel, ob sie die Aufforderung erhalten haben oder nicht, entlassen, es sei nicht mehr Sache der Firma, darüber zu bestimmen, sondern die des Fabrikantenvereins. Dieser Bescheid hatte denn doch die Gebuld der Arbeiterschaft bis aufs äußerste getrieben und man legte am Mittwoch Nachmittag und Donnerstag früh in sämtlichen Fabriken Berlin die Arbeit nieder, um den Herren Fabrikanten nicht noch den Gefallen zu thun, die Pfingstaufträge fertigzustellen, damit sie die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Pfingsten umbesorgt auf Strochensplaster werfen könnten. Zugleich wurden von den nunmehr Ausständigen folgende Forderungen aufgestellt: Neunstündige Arbeitszeit, 10 pCt. Lohnzuschlag für Alfordarbeiter, ein Minimallohn von 18 M. für männliche und 12 M. für weibliche Arbeiter, Anerkennung des von der Organisation errichteten Arbeitsnachweises, sowie Freigabe des 1. Mai.

Der Kampf ist nun entbrannt, die Gutarbeiter Berlin werden fest geschlossen ausstehen, denn sie sind sich bewußt, daß, wenn sie unterliegen, ihre Organisation zerstört und mit dem Augenblick den Fabrikanten wiederum die Macht gegeben ist, nach Herzenslust Abzüge vorzunehmen. Gerade diese Angriffe auf unsere Organisation seitens dieser Herren, wodurch sie zeigen, wie sehr sie ihnen im Wege ist, belehrt die Arbeiter, daß sie nur durch die Organisation dem Kapital Widerstand leisten können.

Die Berliner, sowie die gesamtete deutsche Gutarbeitererschaft hat sich stets im vollsten Maße den anderen Gewerkschaften gegenüber solidarisch gezeigt, indem sie stets nach ihren Kräften Unterstützung gewährt hat, und sie ist daher auch fest überzeugt, daß, möge der Kampf auch noch so lange dauern, sie nicht im Stich gelassen wird.

Es ist dies seit dem 25. jährigen Bestehen unseres Vereins das erste Mal, daß die organisierten Gutarbeiter sich an die Allgemeinheit wenden, da der Verein, dem sämtliche Berliner Streikenden angehören, außerdem seit Monaten 250 Streikende in anderen Orten unterstützte und noch zu unterstützen hat. Gegen 1000 Streikende mit gegen 700 Kinder sind zu unterstützen; hervorheben wollen wir noch, daß unter den 1000 circa 500 Arbeiterinnen mit in dem Kampfe stehen. Ueberzeugt, daß wir durch schnelle thatkräftige Unterstützung zum Siege verholfen werden, zeichnet mit solidarischen Gruß

Die Ortsverwaltung.

G. L u n d, Prenzlauer Allee 11.

Zuschriften, sowie Geldsendungen sind an G. Kempe, Weinstraße 12, zu richten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Achtung, Holzarbeiter Berlin! Die Aussperrung der Sauterberger Kollegen ist noch nicht aufgehoben. In einer Reihe deutscher Städte wie München, Mülhausen i. G., Neu-Yen-burg etc. dauert der Streik unverändert fort. In Rigozzi ist eine Anzahl Kollegen zu unterstützen, da dieselben durch die Wortbrüchigkeit einzelner Unternehmer gezwungen waren, in einen Abwehrstreik einzutreten. Auch sind infolge des Klavierarbeiterstreiks noch größere Summen notwendig. Wir dringen deshalb den Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung auf Zahlung von 80 Pf. pro Woche zum Streikfonds in Erinnerung. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung! Tischler, Bau- und Glasler! In Leipzig sind die Rahmen- und Blankglasler wegen Nichtbewilligung des Loxis im Ausstand. Jedemfalls werden die Meister versuchen, von auswärts Gesellen heranzuziehen. Es ist Pflicht der Kollegen, Zugang nach Leipzig fernzuhalten. Anfragen und Sendungen sind an das Streikbureau der Glasler Leipzig, „Flora“, Bindmühlenstraße 14/16, zu richten.

Zugleichzeit theilte den Kollegen mit, daß wir im Herbst jedenfalls in eine Lohnbewegung treten werden. Jeder Kollege, welcher noch fern steht, schließe sich unserer Organisation an und komme zur nächsten öffentlichen Versammlung, welche am Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Holz, Alte Jakobstr. 75, stattfindet. Aufnahme zum Verband findet auch in unserem Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Herberge bei Stramm, Ritterstr. 123, zu jeder Tageszeit statt. Die Vertrauensmänner der Berliner Glasler, J. A.: W. Starke, Boechstr. 34, S. 1 Zr.

An die Arbeiterschaft Deutschlands! Seit dem 20. April befinden sich die Maurer Berlin in der Lohnbewegung. Bis 2. Mai verharteten wir im partiellen Streik. Der Erfolg war, daß auf 848 Bauten mit 4100 Kollegen unsere Forderungen: 9stündige Arbeitszeit und 55 Pf. Lohn durchgesetzt wurde, ungefähr 2500 arbeiteten noch zu den alten Bedingungen; da die Arbeitslosigkeit noch ziemlich umfangreich war, so wurde am 8. Mai vom Streik zu Bausperrn übergegangen mit dem Bemerkten, zur geeigneten Zeit wiederum offenst vorzugehen.

Unseren Herren Meistern vom Bunde der Bau-, Maurer- und Zimmermeister ist aber das Vorgehen und noch mehr der Erfolg der Gesellen ein Dorn im Auge. Zunächst versuchten sie, uns in ihrem Organ leitzuschweigen. Da trotzdem aber die bösen Gesellen ruhig weiter lebten und energisch ihre Forderungen verfolgten, mußten die Herren wohl zu anderen Mitteln greifen. In Nr. 42 der „Baugewerkszeitung“ erschien nun das Reklamé einer veranstalteten Umfrage bei 300 Baugeschäften. Hiernach sollte nur auf 90 Bauten in Berlin 9 Stunden gearbeitet werden. „Somit sei festgestellt, daß die Behauptung der Maurer-Lohnkommission falsch und nur eine eigene Selbstverherrlichung und Täuschung des Publikums sei.“

Am 2. Juni veranstalteten die Maurer eine gründliche Feststellung im Streikgebiet Berlin. Dieselbe ergab: Kontrolliert wurden 596 Baustellen mit 6629 Maurern. Davon wird auf 392 Baustellen mit 4063 Maurern 9 Stunden gearbeitet. Auf 204 Baustellen mit 2646 Maurern wird noch 10 Stunden gearbeitet. Vierzehn Tage müßten sich die Herren im Schwitze ihres Angesichts, um die Gesellen zügel strafen zu können; das Resultat war: Unfähigkeit, eine Erhebung veranstalten zu können, oder Unterschlagung der Tatsachen, um der öffentlichen Meinung und dem bauenden Publikum Sand in die Augen zu streuen. Dieses Vorgehen des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlin und ihres Organs, übergeben wir hiermit der Öffentlichkeit. Die Arbeiterschaft Deutschlands aber wird wissen, welchen Werth das Geschreibsel der „Baugewerkszeitung“ hat und was man von ihrer Wahrheitsliebe zu halten hat. Noch sei kurz bemerkt, welchen

Einfluß der Bund auf die Berliner Arbeitsverhältnisse im Baufach hat. Nach dem Mitgliederverzeichnis vom 1. April 1896 gehören denselben 282 Mitglieder an. Davon beschäftigt nur 61 Mitglieder Maurer, und zwar auf 111 Baustellen mit 1433 Maurern.

Davon wird auf 43 Baustellen mit 649 Maurern 9 Stunden und auf 68 Baustellen mit 784 Maurern 10 Stunden gearbeitet. Die übrigen Herren vom Bund sind Feldherren ohne Soldaten.

Vom 8. Juni cr. ab werden wir wahrscheinlich wieder den partiellen Streik aufnehmen. Wir richten nun an alle Arbeiter die Bitte, für Fernhaltung des Junges nach hier zu sorgen.

Der Ausgang unseres Kampfes wird Euch nicht gleichgültig sein. Siegen wir, so ist der Verkürzung der Arbeitszeit im Bau-beruf die Bahn im ganzen Lande geöffnet. Unser Sieg ist Euer Sieg. Darum wirke jeder in seinem Kreise und halte den Zugang von Maurern nach hier fern.

Hoch die Solidarität der deutschen Arbeiter!

Hoch der Neunstündentag!

Mit Gruß und Handschlag: Die Lohnkommission der Berliner Maurer.

J. Silbermann, Neue Friedrichstr. 44, Restaurant Adlig.

Alle arbeiterfreundlichen Gewerkschafts- sowie politischen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Die Maurer Berlin gedenken am Montag aufs neue die Arbeit auf denjenigen Bauten niederzulegen, wo bisher wieder eine Verlängerung der Arbeitszeit stattfand oder der neunstündige Arbeitstag noch nicht zur Durchführung gelangt ist.

Die Zimmerer Berlin werden hiermit nochmals auf den Beschluß unserer Versammlung vom 31. Mai aufmerksam gemacht und erwarten wir, daß jeder Zimmerer, der in Berlin und der Umgegend seinen Wohnsitz hat, sich im Laufe dieser Woche in den Besitz einer Arbeitskarte setzen muß, gleichviel ob er in Arbeit steht oder nicht; in derselben muß sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Zeit, in welcher jeder in Arbeit gestanden hat, bescheinigt werden. Die Karten werden jedoch nur für solche Geschäfte ausgestellt, in welchen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist, welche mit dem Namen resp. Baugeschäft nicht übereinstimmen, sind ungültig und ist jeder berechtigt, derartig unrichtige Karten abzunehmen und der Lohnkommission abzuliefern. Die Arbeitskarten werden für Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg bei Bartel, Charlottenburg, Bismarckstr. 77, für Berlin und die übrigen Vororte im unserem Bureau, Neue Friedrichstr. 44, ausgestellt. In den Baugeschäften von Peudert, Pflügen und Fr. Preis, Sebastianstr. 7, sind die Differenzen wieder beigelegt und kann dort weiter gearbeitet werden. Des weiteren eruchen wir speziell die Arbeitslosen, genau auf die gestern im Inseratenteil verzeichneten Baufirmen zu achten. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlin und Umgegend, J. A.: Theodor Fischer, Danzigerstr. 88.

In der gestern laut Säulenaufschlag von der Direktion der Privatpost A.-G. mit ihren Angestellten abgetretenen „Unterhaltung“ hatte sich kein einziger Angestellter eingefunden, die Direktion war vollständig unter sich, und konnte so mit Ruhe über die Solidarität der Arbeiter Betrachtungen anstellen. Angehlich soll der Betrieb vollständig bis auf den Eppendorfer wieder aufgenommen sein, man frage aber nur nicht wie. Das Personal, das heißt die angeworbenen Streikbrecher, denen die Direktion jetzt täglich 3 M. bezahlt, während sie ihre alten Angestellten mit 2 M. entlohnt hat, besteht aus sehr gemischten, nichts weniger als zuverlässigen Personen. Die Herberge zur christlichen Heimath, der Alexanderplatz und die Zimmerstraße liefern dazu das Material. Viele davon wissen nicht einmal die Straßen, viel weniger, daß sie regelrecht bestellen könnten. Im Südosten stand gestern Nachmittag 4 Uhr noch an den Briefkästen: abgeholt wird von 8 bis 9 Uhr früh. Die Verbindungen mit den einzelnen Aemtern wurden gestern und vorgestern durch Droschken hergestellt. Die Direktion hat in ihrer Berichtigung über die 7stündige Arbeitszeit der Sammler ziemlich gesunkert. Von den alten Angestellten hat sich nur eine verschwindend kleine Anzahl zu Streikbrechern hergegeben. Der Geist der Streikenden ist ein ausgezeichneter und dürfte sich die Direktion sehr irren, wenn sie glaubt, die Angestellten würden zu Kreuze kriechen. Indem die Direktion alle Verhandlungen mit der Kommission direkt ablehnt, wird sie sich wohl kaum das Wohlwollen des Publikums erwerben. Die in bürgerlichen Blättern gemachten Mittheilungen, die Streikenden hätten sich zu Ausschreitungen verleiten lassen, sind nach unserer zuverlässigen Information unwahr; das Benehmen der Ausständigen darf als ein durchaus ruhiges bezeichnet werden. — Einige Verhaftungen, die vorgekommen sind, dürfen als solche bezeichnet werden, die in letzter Zeit regelmäßig von der Polizei bei Streiks erfolgen. Es handelt sich dabei meist darum, daß einer oder mehrere von den Streikenden vor den Betriebsämtern auf und abgingen. Das sind also die großen Ausschreitungen. C. Kahler.

Ueber den Streik in der Privatpost wird uns gemeldet: In den Kreisen der hiesigen Geschäftsleute macht sich bereits eine nicht ganz ungerechtfertigte Antipathie gegen die Gesellschaft bemerkbar, da man kein richtiges Vertrauen zu den neuen Briefträgern hat; in den Annahmestellen sind heute sehr wenig Wertzeichen verkauft worden, verschiedene kleine Geschäfte wollen sogar die Annahmestelle aufgeben.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin haben gestern Nachmittag beschlossen, den Streik für beendet zu erklären. Der Ausstand währte circa sechs Wochen und ist der Erfolg nur ein sehr minimaler gewesen, da nur einige Fabrikanten kleine Zugeständnisse machten, die übrigen aber bis gegenwärtig jede Forderung zurückwiesen.

Die Feilenhauer der Feilenfabrik in Artois, einem Orte im schwarzen Winkel Westfalens, befinden sich seit dem 1. Juni im Streik, sie fordern 10 prozentige Lohnhöhung und anständigere Behandlung seitens der Fabrikanten. Bisher wurde bei minimalen Löhnen 13—15 Stunden gearbeitet.

Die Heider (Federmesser-Arbeiter) in Solingen streiken.

Der Verein für kaufmännische Angestellte in Frankfurt a. M. soll bekanntlich, wie wir in unserer Nr. 127 mittheilten, wegen sozialdemokratischer Umtriebe auf Antrag des kaufmännischen Vereins zu Braunschweig aus dem deutschen Verbandsausgeschieden werden. Der Vorstand des sozialdemokratischen kaufmännischen Vereins in Frankfurt hatte nunmehr drei Delegirte beauftragt, auf dem Verbandstage den Braunschweiger Antrag zu unterstützen. Dagegen machte sich nun doch in den Kreisen dieses Vereins eine lebhaftere Gegenagitation geltend, welche denn auch in einer stattgehabten Versammlung die Oberhand behielt. Am Eingange zur Versammlung hatten die Gegner des Antrages folgendes Flugblatt vertheilt lassen:

„Vereinskollegen! Wegen seiner politischen Anschauung soll der Verein für kaufmännische Angestellte aus dem Verbandsausgeschieden werden. Seit wann aber denken sich Ansichten einzelner Personen in bezug auf Politik mit denen eines Vereines? Politik darf bekanntlich in unseren Körperschaften überhaupt nicht getrieben werden. Drum kann sogar an der Spitze unseres Vereines und des Verbandes ein Mann stehen, welcher gleichzeitig der hiesigen national-liberalen Partei als Präsident angehört. Mitglieder! Seid deswogen gerecht und protestirt gegen den ersten Versuch, Parteipolitik zu treiben. Die Freiheit der Meinung ist in Gefahr und schon mehrten sich die Zeichen, daß noch ganz andere Fragen aufgeworfen werden sollen. Tretet geschlossen für jenen Verein ein, der zwar unser Gegner, aber auch gleichzeitig unser Mitkämpfer ist. Auf der einen Seite steht Rücksicht und Gewissenszwang, auf der anderen Gesinnungs-

freiheit und Fortschritt. Die Entscheidung kann Euch nicht schwer fallen. Viele Mitglieder des kaufmännischen Vereins.“

Durch mehrere Redner wurde die in diesem Flugblatt ausgesprochene Ansicht heftig vertheidigt, worauf die Versammlung mit 72 gegen 46 Stimmen beschloß, der Ansicht der Braunschweiger nicht beizutreten und gegen den Verein für kaufmännische Angestellte nichts zu unternehmen. Als der Vorstand sich weigerte, diesen Beschluß auszuführen, wurde ihm mit 72 gegen 38 Stimmen ein Mißtrauensvotum ausgesetzt. Die Versammlung wurde nach 1 Uhr geschlossen und sieht der Rücktritt des Vorstandes bevor.

Der Streik in der Büstenfabrik von Peudberger u. Co. in München dauert noch immer fort. Die Haltung der Streikenden ist gut, und hoffen dieselben auf baldigen Sieg, wenn die Kollegen allerorts ihre Solidarität bezeigen und die Streikenden nach Kräften materiell unterstützen.

Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an: Ant. Raith, Schreiner, München, Klenzestr. 57, 3 Zr. Kollegen, bezeigt Eure Opferwilligkeit! — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses gebeten.

Die Metallarbeiter Nürnberg ersuchen wegen Lohn-differenzen, den Zugang von Metallarbeitern nach dem Blechspielwaarengeschäft von Hans Ebel (Inhaber Schwarzbauer), Schanzackerstr. 34, bis auf weiteres fernzuhalten.

Tabakarbeiterstreik in Bretten. Wegen Nichtbewilligung der Forderungen ist unter den Tabakarbeitern in Bretten (Baden) ein Ausstand eingetreten. Sämtliche der Organisation Angehörige haben hier die Arbeit niedergelegt und sind in den Streik eingetreten.

Zur Arbeiterbewegung in Stuttgart. Der Streik der Schmiede naht seinem Ende, es haben beinahe sämtliche Meister genehmigt, so daß nur noch ca. 20 Gesellen ausständig sind. — Die Wagner (Stellmacher) haben einmüthig ihre Arbeit am Montag niedergelegt, mit Ausnahme von zwei Geschäften, wo die Forderungen sofort bewilligt wurden. Der Geist der Ausständigen ist ein guter und ist auf einen vollständigen Sieg zu rechnen. — Die Drechsler wollen ebenfalls in eine Bewegung eintreten und haben ihre Forderungen den Prinzipalen eingereicht. Die minimalen Forderungen verlangen Abschaffung von Kost und Wohnung beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit und 15 M. Minimallohn, 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden, 100 pCt. für Sonntagsarbeit, sowie wöchentliche Lohnzahlung. Zugang von Bildhauern, Schmieden, Wagnern und Drechslern nach Stuttgart ist daher fernzuhalten.

Die ungarische Schuhmacher-Organisation hat in deutscher und ungarischer Sprache soeben einen Bericht über die zweijährige Thätigkeit des Zentral-Organisationskomitees der ungarländischen Schuh- und Hülsenmacher-Gesellschaften und Klein-gewerbetreibenden an den III. ungarländischen Fachkongress herausgegeben. Das Schriftchen dürfte auch für die deutschen Berufsgeoffenen nicht ohne Interesse sein. Es ist zu beziehen durch die Redaktion des „Csipez“ in Budapest.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt nach sechsmonatlicher Zwangspause seine erste diesjährige Versammlung am Mittwoch bei Brochnow ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ebrten die Versammelten ihr verstorbenes Mitglied Max Rixsch durch Erheben von den Plätzen, worauf mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie der Vorsitzende die Wiedereröffnung der Vereinsthätigkeit anregte. Genosse Vogtler referirte alsdann über „Die politische Lage“, wobei der stattgehabte Massenprotest, dem die Auflösung der Wahlvereine vorausging, gebührende Beleuchtung fand. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage beihelligten sich die Genossen Kahle, Wagner und Kortha an der Diskussion. Unter Vereinsangelegenheiten ersucht Kräker, den Vorstand nunmehr in seinen von neuem aufgenommenen Arbeiten zu unterstützen. Die Zahlstellen des Vereins werden demnächst im „Vorwärts“ mit dem Inserat für die im Juli stattfindende General-Versammlung bekannt gegeben werden.

Die ausständigen Musikinstrumenten-Arbeiter nahmen am Freitag Nachmittag bei Lips Stellung zu dem Bescheid der Fabrikanten auf den Einigungsversuch vor dem Gewerbegericht. Grundmann verliest einleitend folgenden Bescheid des Gewerbegerichts:

„Es gereicht Ihnen hiermit zum Bescheide, daß die uns bezeichneten Arbeitgeber es ablehnen, zur Beseitigung der Lohnbewegung in der Musikinstrumenten-Branche die Vermittelung des Gewerbegerichts als Einigungsamtes anzurufen.“

Das Gewerbegericht zu Berlin.

v. Schulz.

Auf Grund dieses Bescheides und der Thatsache, daß schon seit voriger Woche die Unterstützungsgelder zu Ende gegangen sind, die Noth der Streikenden sich bedeutend mit jedem Tage vergrößert, sehe sich die Kommission veranlaßt, auf Grund eingehender Prüfung der Verhältnisse den Kollegen die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Im Interesse der Organisation sei dieser Schritt notwendig. Jedoch empfehle er den Kollegen, darauf zu achten, daß sämtliche Ausständigen wieder an ihre früheren Arbeitsplätze gestellt werden und Lohnkürzungen, sowie Verlängerung der Arbeitszeit unmöglich zu machen. Seid und Wloßis empfehlen die Annahme dieses Kommissionsvorschlages, ersterer fordert aber die Versammlung auf, ihre „Großen“ in Zukunft für sich zu behalten und nicht für „politischen Kram“ auszugeben, da den Klavierarbeitern weder durch die Arbeiterpresse noch durch die Zentral-Organisationen genügende Unterstützung zu Theil geworden sei. Die übrigen Redner Krndt, Jisk, Klemm, Köhn, weisen diesen Standpunkt entschieden zurück und äußern sich zu der weiteren Taktik. Carow führt aus, daß es unbedeutend sei, den Gewerkschaften mangelnde Solidarität vorzuwerfen, vielmehr müßten sich die Klavierarbeiter bei einem späteren Kampfe vorher vergewissern, ob sie einen genügenden Kampffonds haben. Der Holzarbeiter-Verband habe sein möglichstes gethan. Nachdem die Debatte geschlossen, gelangte folgende Resolution gegen 23 Stimmen zur Annahme: Die Versammlung beschließt den Streik aufzuheben. 2. Die Vertrauensleute werden beauftragt, morgen mit ihren Arbeitgebern wegen Aufnahme der Arbeit zu verhandeln, um sofort Nachmittag der Kommission von der Verhandlung Bericht zu erstatten. Ferner werden die arbeitenden Kollegen verpflichtet, nach Kräften ihre Schuldigkeit zu thun, um die Gemahregelten in jeder Weise zu unterstützen und verpflichten sich, alle der Organisation beizutreten.

Allgemeiner Verein der Köpfer und Fernsoffengenossen Deutschlands. Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Gabriel früher Bernau, Rosenkaterstr. 27, Versammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet der Vorstand.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 6. Juni. (B. L. Z.) Die Revision der Redakteure Krause und Krug vom „Kleinen Journal“, welche am 28. März wegen Beleidigung des Staatsministers v. Puttkamer, begangen durch einen Artikel über die Tischordnung zu Völkau, zu je 3 Wochen Gefängnis verurtheilt worden waren, wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

Mannheim, 6. Juni. (B. L. Z.) Der Strafrechtslehrer Prof. ext. Dr. v. Kirchheim an der Universität Heidelberg wurde heute wegen Beleidigung des Oberamtsrichters Sautier und des Amtsgerichts zu Mosbach, begangen durch eine Eingabe an den Präsidenten des hiesigen Landgerichts, zu 400 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte eine mehrwöchige Haftstrafe beantragt.

Reichstag.

97. Sitzung vom 5. Juni 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Büttcher, von Verleysen, Reichsbank-Präsident Koch.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Börsengesetzes.

In der Generaldiskussion bemerkt Abg. Gamp (Rp.): Außer durch das Verbot des Terminhandels werde niemand geschädigt. Die Staatsaufsicht bestrebe schon, sie ist niemals in einer die Börseninteressen schädigenden Weise ausgeübt worden; ihre Ausdehnung kann also keinen Schaden anrichten. In der Protestversammlung im Berliner Börsegebäude sei behauptet worden, daß eine solche Gesetzgebung für die Börse allein diese beleidige und schädige. Die Wäckerordnung schädige die Wäcker vielmehr als diese Vorlage die Börsenbesucher. Redner verweist darauf, daß das Aktiengesetz verbiete, Aktien unter 1000 M. in den Verkehr zu bringen; diese Bestimmung sei im Interesse des kleinen Publikums getroffen. Aber die Kellereien der Kaufmannschaft in Berlin z. B. hätten gar nicht daran, diese Bestimmung auch auf ausländische Gesellschaften anzuwenden. Es werden Aktien in den kleinsten Beträgen zugelassen. Das Börsenregister wird getabelt. Man meint, daß diejenigen, welche sich eintragen lassen würden, weniger kreditwürdig sind. In das Handelsregister müssen sich auch alle Kaufleute eintragen lassen, welche sich unter das Handelsgesetzbuch stellen wollen. So müssen auch diejenigen, welche Termingeschäfte machen, sich in das Terminregister eintragen lassen. Man hat in der Presse gemeint, man könne über das Verbot leicht hinwegkommen, indem man den Terminhandel nach Rotterdam verlege. Davor sollten die Herren sich hüten, denn die Gesetzgebung kann es nicht zulassen, daß man ihr ein Schnippchen schlägt, und die Herren würden nachher keinen Grund haben, sich über weitere Maßnahmen der Gesetzgebung zu beschweren. In einer derartigen Entrüstung, wie sie in den kaufmännischen Kreisen herrscht, lag durchaus kein Anlaß vor, denn um einen Angriff auf die kaufmännische Ehre handele es sich in keiner Weise.

Abg. Frese (sf. Vg.): Herr Gamp wirft den Kaufleuten vor, daß ihre Klagen über die Vorlage aus dem Mangel an objektiver Auffassung entsprungen seien; ich meinerseits bin der Meinung, daß die Vorlage entsprungen sei dem Mangel an objektiver Auffassung der kaufmännischen Geschäfte. Die Vorlage wird die Stimmung in den kaufmännischen Kreisen verbittern. Der Jubel bei dem Verbot des Terminhandels hat seinen Widerhall in der agrarischen Presse gefunden; aber er wird bald verhallen und man wird sich hängen fragen, ob doch nicht etwas Schlimmes angeht. Die Klagen der Jantee's und die Holländer jubeln über die Beseitigung des Terminhandels in Deutschland, und der preussische Finanzminister wird mit Recht auf den Umsatz setzen, der im Auslande gemacht wird; denn was nützt ihm der Umsatz, wenn er ihn nicht besteuern kann! Redner wendet sich gegen die Einführung des Börsenregisters, welches keinen Schutz gewährt wird gegen die Lumpen, welche beim Differenzspiel nur Gewinne einheimen, aber ihre Verluste nicht bezahlen wollen.

Abg. Graf Arnim (L.): Die Börse war bisher ein noli me tangere für die Gesetzgebung; die Vorlage ist ein Anfang zu einer reichsgesetzlichen Regelung des ganzen Börsenwesens. Das wir Feinde der Börse sind, ist unrichtig. Die Mängel des Gesetzes sind sehr zahlreich. Es ist zu bedauern, daß mein Antrag wegen der Haftpflicht der Emissionshäuser als unannehmbar bezeichnet worden ist. Prüfen Sie die Vorlage darauf hin, ob auch nur eine der exorbitanten Anleihen, an denen wir sozial Geld verloren haben, daß wir davon sehr gut das Lehrerbildungs-Gesetz machen könnten, auf Grund derselben fern gehalten werden könnte vom deutschen Markt. Ein zweiter Punkt ist die Stellung der Aktien. Die Aktiengesellschaften beginnen zum großen Theil mit erheblichen Dividenden; nachher verschwinden die Dividenden und es zeigt sich erst wieder eine kleine Steigerung derselben, wenn junge Aktien ausgeben werden sollen. Ueber den Terminhandel hat sich die sozialdemokratische Volkskammer einmal dahin ausgesprochen, daß der Börsenschwindel eine gute Fille für den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft sei; deshalb solle der Staat nicht dagegen einschreiten. Der Fall Ritter und Blumenfeld zeigt, daß mehr Getreide verkauft wird, als vorhanden ist, daß die Preisbildung in Berlin also eine andere ist, als im ganzen Lande. Unsere Freunde in England begrüßen das Verbot des Terminhandels als einen gesunden Gedanken, der dazu dient, das ehrliche effektive Geschäft zu begünstigen. Die großen Getreidegeschäfte, die am Terminhandel beteiligt sind, schießen auf wie die Raketen und verschwinden dann, während die großen Geschäfte in der Provinz prosperieren. Die Preisnotierungen für Getreide sind derartig, daß sie zum Himmel schreien. Es werden Preise notirt, zu denen gar nicht gehandelt worden ist. Deshalb wird man Registerstellen einführen müssen für das Votogeschäft, um eine wirklich genaue Preisfeststellung zu erreichen. Redner verweist auf die englische corn return act, die in dieser Beziehung noch viel weiter geht. Redner empfiehlt die von ihm bezüglich dieses und einiger anderer Punkte gestellte Resolution. Wenn die Getreidebesitzer damit drohen, daß sie ins Ausland gehen würden, so muß festgestellt werden, daß im Auslande abgeschlossene Geschäfte unlagbar sind in Deutschland und daß Urtheile ausländischer Gerichte, welche in dieser Beziehung gefällt sind, in Deutschland nicht vollstreckbar sind. Durch die Börsenreform wollen wir verhindern, daß der Handel zu einem unsoliden Spiel wird.

Abg. Singer: Der Vorredner hat gemeint, seine Freunde in England freuten sich über das Verbot des Terminhandels in Deutschland. Es besteht also keine Verbindung zwischen den deutschen und englischen Agrariern, eine agrarische Internationale. Die Herren scheuen ihrerseits nicht internationale Verbindungen, während sie uns dieselben als Vaterlands- und Hochverrath anrechnen. Graf Arnim hat dann aus der Volks-Tribüne einen Artikel zitiert, in dem der Satz vorkommt, daß der Börsenschwindel ein werthvoller Bundesgenosse für die Sozialdemokratie bei der Abwirthschaftung der heutigen Gesellschaftsordnung sei; er hat daraus einen Schluß auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Börsenreform herleiten wollen. Hätte Graf Arnim in lokaler Weise im Zusammenhang vorgelesen, dann hätten wir vernommen, daß der Kritikerschreiber genau so wie ich, zu dem Ergebnis kommt, daß die Börse eine Sumpfpflanze ist, die nur auf dem Sumpfboden der heutigen Gesellschaft gedeihen kann und wie alle kapitalistischen Einrichtungen schließlich der Sozialdemokratie zum Siege verhilft, insofern sie die Zeit abkürzt, in der der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft erfolgen wird. Das ist eine rein theoretische Auffassung und Graf Arnim hätte die Haltung unserer Fraktion zum Ausgangspunkt seiner Kritik machen sollen. Wir haben uns stets zu dem Verhalten verhalten zu einer Börsenreform, die im Grunde ist, die Auswüchse, den Schwindel an der Börse einzudämmen. Wir bedauern nur, daß das Verbot des

Terminhandels es uns unmöglich macht, für dieses ganze Gesetz zu stimmen.

Herr Frese hat hier die Interessen des Handels in der einseitigsten Weise vertreten. Ich will sein Loblied auf den Handel nicht abschwächen, aber ich meine, daß auch der Handel sich Schranken gefallen lassen muß, wenn er Publikum und Massen schrankenlos ausbeutet. Er kann doch für sich keine Ausnahme verlangen, während Gewerbe und Industrie sich eine Aufficht des Staates gefallen lassen müssen. Herrn Gamp ist es wohl nicht gelungen, dieses Gesetz der Börse mündgerecht zu machen nach Art des Gesetzes, der den Regenwurm verschluckt und sagt, na, es thut ja nicht weh, es ist ja nicht so schlimm. Dieses Gesetz muß einschneiden, wenn es unerträgliche Mißstände beseitigen soll. Wir haben darüber keinen Zweifel gelassen, daß wir die Einführung des Staatskommissars, des Registerzwanges und weitere Bestimmungen für notwendig und richtig halten. Die Revisionsbestimmungen sind das werthvollste an dem ganzen Gesetz. Das man sich vor Thoreschluß bemüht, das jetzige Gesetz möglichst auszunutzen, beweist, wie notwendig solche Einschränkungen sind. Das Verbot des Terminhandels nöthigt uns aber, wie gesagt, gegen das Gesetz zu stimmen.

Charakteristisch ist das Schweigen der Regierungen. Sie haben nicht Kraft genug, ihrer eigenen Ueberzeugung den Herren von der Rechten gegenüber Ausdruck zu geben. Sie brauchen die Herren für die Geschäfte, die sie vorhaben. Nachher heißt es dann sehr schön: Wir beugen uns dem Willen der Volksvertretung. Niemand hat schärfer als die Vertreter der verbündeten Regierungen gegen das Verbot des Terminhandels gesprochen, jetzt aber liefert sich die Regierung mit gebundenen Händen den Agrariern aus. Die berechtigten Klagen über den Terminhandel hätten durch die Vorschriften über die allgemeinen Lieferungsbedingungen berücksichtigt werden können; Lieferung von Schand, Täuschung und Betrug muß allerdings vermieden werden. Den Herren kommt es aber auf etwas ganz anderes an. Graf Arnim hat es uns verfallen: sie wollen eine Steigerung der Getreidepreise. Wir aber, die wir die Interessen der Gesamtheit vertreten, können da nicht mitmachen, unsere Arbeiter haben von der Vertheuerung des Brotes keinen Nutzen, sondern Schaden. Das Verbot des Terminhandels wird zum Brotwucher führen und so dieselbe Wirkung haben, wie der Antrag Arnim haben würde. Sie werden begreifen, daß wir das nicht mitmachen. Dazu würde das Verbot des Terminhandels neben der natürlichen Steigerung der Preise infolge großen Angebots auf dem Marke noch der Willkür Thar und Thor öffnen; es wird neben den Großhändlern auch den Großgrundbesitzern die Möglichkeit geben, sich zu einem Ring zusammenzuschließen und den Walle die Brotpreise vorzuschreiben. Herr Bachem verfolgte in der zweiten Lesung eigentlich nur eine Politik der Vobheit, als er für das Verbot eintrat, und er wollte sich nicht den Vorwürfen der Agrarier aussetzen. Auch die erregtesten Anhänger des Verbots versprechen sich keinen großen Nutzen davon. Graf Arnim hat es auch nur als ein kleines Mittel zur Hilfe der Landwirtschaft angesehen; er warnte vor allen optimistischen Anschauungen über die Wirkung des Verbots auf die Erhöhung der Getreidepreise. Da haben die recht, welche meinen, das Verbot nütze den Agrariern nicht viel, schade aber durch Vertheuerung des Brotes gerade die Klassen, welche in ihrer wirtschaftlichen Lage am allerwenigsten im Stande sind, diese Mehrbelastung zu tragen. Die ganze Liebesgaben-Politik seit Jahren kommt nur den Kreisen zu gute, die Steuern aus der Haut der Armen schneiden.

Wollen Sie nur Ihren moralischen Empfindungen gegen die Börse Ausdruck geben, dann brauchen Sie nicht das Verbot des Terminhandels, sondern könnten sich mit den Bestimmungen der Regierungsvorlage genügen lassen. Die sittliche Entrüstung, die immer gegen die Börse zur Schau getragen wird, sollte doch, wenn sie echt wäre, auch getragen sein von der Sicherheit, daß die, welche so sittlich entrüstet über das Börsentreiben sind, sich selbst frei von jeder Schuld fühlten. (Heiterkeit.) Graf Arnim würde die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wenn er in den Kundenregistern der Bankiers und Mäler die Masse von Namen der Geistes der Nation sähe. In Salings' Börsenbuch finden Sie als Aufsichtsräthe von Aktiengesellschaften den Grafen Douglas, den Freiherrn v. Eckardstein, Herrn v. Gynner aus der nationalliberalen Partei (Heiterkeit). Graf Hensel v. Donnerstern und auch Herrn v. Kardorff, der im Aufsichtsrath der Schlesiens Zinkbäcker sitzt, eine Thätigkeit, die ihm jährlich 20 000 Mark einbringen soll. Die Gründerjahre haben schlagend bewiesen, wie die, welche sich immer als Vertreter der Moral aufstellen und nicht genug scharfe Worte für die Verurtheilung des Börsentreibens finden können, in den Reihen derjenigen standen, die aus solchen Geschäften Nutzen ziehen. Das ganze Geheimnis ist klar. Solange die Herren bei ihren Börsenspekulationen Geld verdient haben, haben sie die Gewinne eingestrichen, und sowie die Geschäfte mal umgeschlagen ist, fangen sie an zu schreien, aber nicht über die Unsolidität, welche sie veranlaßt hat, solche Geschäfte zu machen, sondern darüber, daß ihnen mal Geld abgenommen ist, während sie früher das Geld, das an Werden abgenommen ist, mit großem Behagen eingestrichen haben. (Rufe rechts: Beweise!) Daß die Herren über das Börsentreiben jetzt so entrüstet sind, erklärt sich daraus, daß sie vielleicht schwer gerupft sind an der Börse und nun alle Schicht machen wollen. In der zweiten Lesung habe ich in Bezug auf den Abg. v. Plöy, nicht um ihn persönlich zu verlegen, sondern um davon zu warnen, daß die Herren ihre sittliche Entrüstung ausschütten, während sie vor ihrer Thür ebenfalls reichlich zu lehren haben, bemerkt, daß die Spagen es von den Dächern pfeifen, daß Herr v. Plöy in Beziehungen zu dem hiesigen Bankhause Jean Fränkel steht. Herr v. Plöy hat das in einer persönlichen Bemerkung als gemeine Lüge bezeichnet und wollte am nächsten Tage daraus zurückkommen, wo aber ihm wie mir das Wort durch den Schluß der Debatte abgeschnitten wurde. Ich muß mich heute dahin beschränken: Herr v. Plöy steht nicht, sondern stand in Spekulationsbeziehungen zu Jean Fränkel. (Aha! rechts. Heiterkeit links.) O, meine Herren, diesen feinsinnigen Unterschied zu machen, haben Sie keine Veranlassung, denn ich will Herrn v. Plöy nicht persönlich angreifen, sondern nur feststellen, daß die moralische Entrüstung der Herren über das Börsentreiben nicht gerechtfertigt ist, weil sie es selbst mitgemacht haben; es kommt mir garnicht darauf an, ob Herr v. Plöy 1885 oder 86 oder 1892 oder 95 diese Geschäfte gemacht hat. Ich will Herrn v. Plöy nicht den Triumph vergällen, hier sagen zu können, daß die Verbindung ziemlich weit zurückliegt, aber die damaligen Entrüstungsbrufe der Rechten über meine Bemerkung gingen auch durch die Presse. Ein hiesiges Börsenblatt schrieb damals: „Singer hat einen formellen Fehler gemacht, wenn er von den Beziehungen als gegenwärtig sprach; die Verbindung des Herrn v. Plöy mit einem hiesigen Bankhause zum Zweck von Börsenspekulationen hat bestanden Jahre hindurch

und zwar mit dem Bankgeschäft Jean Fränkel, jedoch hat das letztere bereits seit mehreren Jahren jede Verbindung mit Herrn v. Plöy gelöst.“ (Heiterkeit.) Aus welchen Gründen ein Bankhaus solche Verbindungen löst, kann man sich ungefähr denken. (Heiterkeit.) Die Gründe, aus denen Herr von Plöy jetzt keine Spekulations-Geschäfte an der Börse macht (Rufe links: treiben kann!), werden dadurch nicht stilllicher, daß er, weil er keine Verluste mehr erleiden will, keine Geschäfte mehr macht. Und Herr v. Plöy ist einer, der Zetermordio über den Sündenpfuhl in der Burgstraße schreit. Herr v. Plöy ist auch einer der erregtesten Verteidiger des Verbots des Terminhandels, sein Organ, die Zeitung des Bundes der Landwirthe stimmte ein Jubelgeschrei über den Reichstagsbeschluss an. Aber die Entrüstung des Herrn v. Plöy über den Terminhandel kann auch erst neuesten Datums sein, denn Herr v. Plöy hat 1894/95 bei der hiesigen Firma May Arnhold, die jetzt den Namen Kreditanstalt Hamburg führt, in Getreide an der hiesigen Börse spekuliert (Hört! Hört! links), und er kann doch nicht die Geschäfte, die er selbst gemacht hat, als unsittlich bezeichnen. Sollte Herr v. Plöy diese Angabe bestreiten, so werde ich sie außerhalb des Hauses wiederholen, hoffentlich wird er dagegen klagen. Ich werde dann die Bücher von Jean Fränkel vorlegen und meinen Zeugen nennen. Es wäre ehrlös für uns, wollten wir die Beschlüsse der zweiten Lesung annehmen gegen unsere Ueberzeugung. Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her, dann werden wir für dieses Gesetz stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Paasche (natl.) weist den Vorwurf zurück, daß die Vorlage ein Schlag ins Gesicht des Kaufmannstandes, eine Beleidigung desselben sei. Das Verbot des Getreideterminhandels ist von der Kommission zuerst angenommen, dann wieder abgelehnt worden. Herr Singer meint, das Verbot vertheure das Getreide; dann kann es aber doch dem Landmann nicht schaden, denn es bessere Preise bringt. Die Sozialisten in Frankreich haben einen Antrag gestellt, ähnlich dem Antrag des Grafen Arnim. (Widerspruch Singers.) Wegen das Verbot des Terminhandels führt man an, daß die Berliner Börse doch ohnmächtig sei gegenüber dem Weltmarkt. Einen guten Theil des Weltmarktes für Weizen stellt die Berliner Börse; für Roggen aber giebt es nur einen Weltmarkt, nämlich Berlin. Die Vereinigung der Bremer Getreidehändler (Zuruf links: Nicht Handelskammer) hat den Senat von Bremen aufgefordert, für das Verbot des Terminhandels zu stimmen, weil sie ein solches Verbot mit Freuden begrüßen würde, weil der Berliner Terminhandel den Bremer Getreidehandel oft geschädigt habe. (Widerspruch links.) Und da sagt man: Der Getreidehandel könne den Terminhandel nicht entbehren. Die größten Getreidehändler in der Provinz haben sich gegen das Termingeschäft erklärt. (Zuruf links: In ihrem eigenen Interesse!) Auch in Mannheim verlangt man die Beseitigung des Terminhandels. Die Baare, die die Müller zur Deckung an der Berliner Börse kaufen, können sie gar nicht brauchen, sie müssen verkaufen, sie im Börsenspiel wieder an den Mann zu bringen. Die Berliner Lieferungspreise sind der Krebschaden für den Landwirth, denn ohne Rücksicht auf die Qualität wird nach diesen Preisen gezahlt (Zuruf: Bessere Qualität wird höher bezahlt!), die besseren Preise werden dem Händler, aber nicht dem Landwirth gezahlt. Wenn man den Terminhandel nach dem Auslande verlegt, nach Holland oder Amerika, dann bleibt das auswärtige Getreide wenigstens im Auslande und übt keinen Preisdruck auf das deutsche Getreide aus.

Abg. v. Plöy (L.): Ich hatte mich zum § 50 zum Wort gemeldet, weil bei diesem Paragraphen Herr Singer seine Angriffe vorgebracht hat. Er hat sie nicht bloß gegen mich gerichtet, sondern eine schwarze Liste derer vorgetragen, welche in den Aufsichtsrath eingetreten sind, um ihnen einen Maler anzubeden, um ihnen zu sagen: Ihr nehmt das Geld und schimpft nachher auf Börse, Aktien, Aufsichtsräthe u. s. w. Bei einem Herrn hat er die Summe genannt; dieser Herr wäre zufrieden, wenn er diese Extraeinnahme gehabt hätte; jedenfalls ist das nicht der Fall gewesen. Herr Singer hat es so dargestellt, als ob wir alles, was an der Börse geschieht, Ankauf und Verkauf von Papieren und Getreide, gewissermaßen für etwas Unsittliches halten; wer sich an die Brust faßt, muß sagen: Ein Spekulationsgeschäft an sich, sei es in Papieren, sei es in Effekten, sei es in Getreide, das ist niemals verboten und nicht unsäuerlich. (Große Heiterkeit links.) Ich freie mich, daß Herr Singer heute seine neuliche Behauptung, daß ich mit einem Bankhause heute noch in Verbindung stehe, modifiziert hat. Ich ging damals mit einem Zeugen gleich zu dem Bankhause Jean Fränkel, der Chef war leider verreist und im Bade, der erste Prokurist erklärte mir, er wundere sich, wie eine solche Notiz in die Oeffentlichkeit und in die Hände des Herrn Singer gekommen sei. Ich erhielt folgende schriftliche Erklärung: „Ich bestätige Ihnen gern, daß seit dem Jahre 1881 keinerlei börsenmäßige Geschäfte durch meine Firma für Sie ausgeführt wurden mit Ausnahme des Ankaufs resp. Verkaufs einiger kleiner Staatspapiere wie der Reiningers- und Barkettaloose, und daß am 30. April 1887 Ihr werthvolles Konto mit einem Saldobetrag von 4 M. beglichen wurde.“ Was vor 1881 geschehen, ist so lange her, daß man sich darum nicht zu bekümmern braucht; was ich damals gemacht habe, braucht das Tageslicht nicht zu scheuen. Herr Singer hat dann erwähnt, das Haus hätte mich abgestoßen, es wollte mit mir nichts zu thun haben, obwohl es nicht als sehr penibel bekannt wäre (Sehr richtig links); es habe abgelehnt ein Gründungsgeschäft mit mir einzugehen. Ich habe niemals einem Bankgeschäft, geschweige Herrn Fränkel einen derartigen Antrag gestellt; das wird der Herr bestätigen können. (Abg. Singer: aber Eugen Landau!) Das Bankgeschäft Landau kenne ich absolut nicht, weder aus dem mündlichen noch schriftlichen Verkehr. Ich möchte Herrn Singer bitten, nicht unbewiesene Behauptungen in die Welt zu schleudern; nach dem alten Sprichworte bleibt immer etwas daran hängen. Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte sind mehrermale Anträge an mich gekommen, meine industrielle Befähigung zu verkaufen. Die Verhandlungen darüber sind niemals zu einem Abschluß gekommen, ob ein Zwischenbankier bei Herrn Landau gewesen ist, geht mich nichts an, mit meinem Wissen ist es nicht geschehen. Herr Singer mag auf Landau deswegen gekommen sein, weil möglicherweise die Unterhändler auf die Gründung einer Aktiengesellschaft hinabschauten. Wir waren bereits einmal mit dem Geschäft beinahe fertig, am nächsten Morgen sollte die erste Anzahlung von 100 000 M. erfolgen; da hieß es: Nach der jetzigen Gesetzgebung dürfen wir keine Gründerspesen annehmen, das Geld liegt schon seit Jahren parat im Geldschrank; quittieren Sie doch 200 000 M. mehr, dann sind wir gesichert. Ich hätte allerdings mit Vergnügen verkauft und mich auch unter Umständen an der Aktiengesellschaft beteiligt; aber als ich das hörte, bin ich sofort von dem Geschäft zurückgetreten. Ich habe mich mein Leben lang nicht in große Getreidespekulationen eingelassen. (Zuruf links: Große!) Der Fall allerdings, den Herr Singer genannt hat, ist richtig; er betrifft das Geschäft von May Arnhold. Von diesem wird allerdings die Mittheilung nicht in die Oeffentlichkeit gekommen sein; er ist gestorben. Ich kann mir nicht denken, daß ein ehrlicher Geschäftsmann dies in die Oeffentlichkeit hinausbringt. (Große

Feiterkeit links. Abg. Singer: Ausgeschlossen! Ich habe den Herrn damals kennen gelernt und mit ihm sehr viel über Terminspeculation gesprochen und versucht, mich zu orientieren; wir haben uns lange darüber herumgestritten und er hat mir den Vorschlag gemacht, einen kleinen Versuch zu machen — dann würde mir die Sache schon klar werden. (Große Heiterkeit). Er hat mich nicht hineingelegt, wie es sonst wohl zu geschehen pflegt. Ich habe mit den kleinsten Summen gehandelt; ich habe es ein bis zweimal wiederholt und dann ist das Geschäft in aller Ruhe wieder aufgelöst. Das habe ich frei und offen zu erklären, mehr können Sie nicht verlangen. Seitdem, es sind über 2 Jahre, habe ich die Finger weg gelassen nach diesem kleinen Versuch. Schön ist es nicht, daß der Reichstag herangezogen wird, um solche Sachen zu verhandeln. Ich möchte Herrn Singer fragen, ob es ihm angenehm wäre, wenn ich das alles hier vorbringen würde, was man sich vielleicht von ihm erzählt. Persönliche Angriffe sollte man nicht so weit treiben. Nicht das kleine legitime Geschäft greifen wir an, sondern die Auswüchse des Börsengeschäfts. Wir werden in derselben Weise fortfahren und ich hoffe, daß die große Majorität der zweiten Lesung sich jetzt wieder finden wird.

Abg. Träger (St. Sp.): Es ist eine unannehmliche Aufgabe, an diesem Gesetze noch mitzuarbeiten. Wir haben und bemüht, mitzuarbeiten an der Beseitigung der Mißstände, welche an der Börse vorhanden sind; aber wir können uns nicht dazu entschließen, das Erwerbseinkommen einzuschränken, weil diese Maßregeln vollständig ihren Zweck verfehlen. Der Antrag des Grafen Rautz, welche die Regierungen auffordern, in Verhandlung zu treten mit den anderen Staaten wegen Beseitigung des Terminhandels, ist sehr naiv. Der Bundesrath soll entschlossen sein, das Verbot des Terminhandels anzunehmen, besonders mit Rücksicht auf die große Majorität, mit welcher es beschlossen ist. Abgesehen von dem schlimmen Beschluß ist das sehr erfreulich; denn ich hoffe, daß die Streiknahme des Bundesraths sich nicht bloß bezieht auf die Majorität dieses Reichstags und auf diese Majorität, sondern daß eine dauernde Praxis daraus wird. Das Verbot des Terminhandels wird nur zum Schaden den kleineren Geschäften gereichen, die großen aber stärken. Welche Begründung ist für die Einrichtung des Registers vorhanden? Da könnte man ja für jede Geschäftsbranche ein Register einführen. Der Vergleich des Herrn Camp mit dem Handelsregister trifft durchaus nicht zu. Alle Maßregeln helfen nicht so viel wie die Thatsache, daß an der Börse wie überall derjenige, der die Augen nicht aufmacht, den Centel aufmachen muß. Das ist die beste Erziehung. Eine falsche Erziehung ist es aber, wenn man die Leute in Sicherheit wiegelt, als wenn stets das Auge des Staates über ihnen wacht.

Abg. Bachem (3): Die Stellung des Zentrums hat sich seit der zweiten Lesung nicht geändert; ich will nur protestieren gegen die Ausführungen des Herrn Singer, als ob ich aus Vorbehalt für das Verbot des Terminhandels gestimmt hätte, um den Landwirthen zu zeigen, daß dasselbe wirkungslos ist. Ich habe allerdings auch die Bedenken und Nachtheile dargelegt, welche das Verbot des Terminhandels mit sich bringt; aber ich habe mich auch wie ein großer Theil meiner Freunde gegen den Terminhandel an sich als bedenklich ausgesprochen.

Darauf wird die weitere Verathung vertagt. Abg. Graf Rautz verweist darauf, daß bezüglich der Aeußerungen im „Hamburger Korrespondenten“ bereits eine Auseinandersetzung zwischen ihm und dem genannten Blatte stattgefunden habe. Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der dritten Verathung des Börsengesetzes und zweite Verathung des Depotgesetzes.)

Parlamentarisches.

Aus der Verathung, die die Kommission für den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches am Freitag vornahm, ist folgendes hervorzuhellen. Zum Titel „Dienstvertrag“ wiederholten unsere Herren einen Theil der von ihnen bereits in erster Lesung gestellten Anträge, soweit dieselben abgelehnt waren. Dasselbe Schicksal theilten ihre Anträge in zweiter Lesung.

Jedoch sollen einige Darlegungen der Regierung im Bericht Aufnahme finden, denen sich die Kommission anschloß und die einem Theil des Verlangens unserer Herren durch authentische Auslegung einiger angemeinerer Paragraphen Rechnung trugen. So wurde anerkannt, daß entgegen einigen gerichtlichen Entscheidungen, bei Akkordarbeiten, auch wenn der Anschluß jeglicher Kündigungsschrift vereinbart ist, im Zweifel (also, wenn keine entgegenstehende ausdrückliche Vereinbarung oder Branchen-gewohnheit besteht) anzunehmen ist, daß das Arbeitsverhältnis erst mit Fertigstellung des Stücks oder der Stücke, deren Herstellung im Akkord übernommen sind, aufgehoben werden solle. Weiter ist aus diesen Darlegungen anzuführen, daß der Antrag Frohme, Stadthagen: Von der Kündigung eines Dienstverhältnisses ab ist der Dienstverpflichtete verpflichtet, dem Dienstverpflichteten auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Auffuchen von Arbeitsgelegenheit zu gewähren, als überflüssig bezeichnet wurde. Denn es folge diese Verpflichtung entgegen hier und da, zum Beispiel in Berlin, bestehender Uebung zweifellos aus dem in das Gesetzbuch aufgenommenen Prinzip von Treu und Glauben. Die ausdrückliche Betonung dieser Pflicht, wie sie der Antrag verlangt, könne aber zu Mißverständnissen über andere Verpflichtungen auf diesem Gebiet und auf dem Gebiet des Miethsrechts führen. Nach dieser Erklärung der Regierung und nachdem konstatiert war, daß die Kommission allseitig derselben Ansicht ist, und daß dies im Bericht zum Ausdruck gelangen soll, begnügten sich die Antragsteller mit der Ueberweisung des Antrages an die Redaktionskommission. Gegen Bauschwindler und Lohnschwindler jeder Art, sowie gegen die Begünstigung dieser Sorte von Leuten, die die Früchte der Arbeit anderer durch Schwindel umsonst an sich reißen, durch die „gelehrte“ Rechtsprechung im Gegensatz zu der Rechtsprechung durch Laiengerichte, wendete sich folgender Antrag der Herren Frohme und Stadthagen:

„Für eine Arbeitsleistung für ein wirthschaftliches oder gewerbliches Unternehmen gekriegt, so haftet für die Entrichtung des Lohnes außer dem unmittelbar Vertrag schließenden derjenige, in dessen Nutzen die Arbeitskraft vom Arbeitnehmer verwendet ist, falls er wußte oder hätte wissen müssen, daß die Arbeitsleistung von dem Vertrags schließenden nicht bezahlt werden kann oder soll.“

Die Regierungsvertreter erklärten, daß durch den im Gegensatz zur ersten Lesung gemachten Zusatz „falls...“ allerdings ein großer Theil der früheren Bedenken beseitigt sei. Inbeh lasse die Tragweite des Antrages sich nicht übersehen. Unbedenklich haften aber Baugeldgeber, die wissen, daß der Arbeiter von dem Bauschwindler nicht bezahlt werden soll oder kann, aber Nutzen von der Arbeit haben, Eigentümer oder Baugeldgeber, die zwischen sich und den Arbeiter in der Absicht, die Früchte der Arbeit anderer mühelos und entgeltlos zu genießen, Kolonnenführer stellen, Ziegeleibesitzer, die die bekannten Verträge mit sogenannten Ziegeleimeistern schließen, Konfessionäre, die Schwindeleier zwischen sich und den Arbeiter schieben, durchaus entsprechend der Praxis des Berliner Gewerbegerichts zum mindesten bereits auf Grund der Bestimmung des § 810: „Wer durch eine Handlung, die er nicht in Ausübung eines ihm zustehenden Rechtes vornimmt, in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem anderen vorzüglich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ Dieser Erklärung der Regierung traten sämtliche Kommissionsmitglieder bei. Dadurch

erübrigte sich der gestellte Antrag. Nur wurde noch die Nothwendigkeit betont, die Zuständigkeit der Gewerbe gerichte auf Streitigkeiten gegen solche Schwindler auszu dehnen. Die Anträge auf Aufhebung der Gesinde-Ordnungen und Einführung einer reichsgesetzlichen Zwangs-Kranken- und Unfallversicherung des Gesindes wurden bis zur Verathung des Einführungs-gesetzes zurückgestellt. — Aus der weiteren Verathung ist folgendes hervorzuheben. § 809 bestimmt: „Wer eine Frauensperson durch Hinterlist oder unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses zur Bestattung der anseherlichen Bewohnung verleitet, ist ihr zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“ Dieser Paragraph wurde auf Antrag des Abg. Gröber durch Einschaltung des Wortes „Drohung“ verbessert. Lebhaftige Angriffe erhoben die Jagdliebhaber auf die Bestimmungen über Ersatz des Widschadens, soweit derselbe durch Fasan oder Fasan herbeigeführt ist. Diese kühnen von der Regierung unterstützten Angriffe wurden mit knapper Majorität zurückgeschlagen. Ein Antrag unserer Genossen auf Einführung einer unbedingten Gastpflicht der Beamten, sowie ein Verbesserungsantrag des Abg. Gröber zu § 823 Absatz 2, der dieselbe Materie betrifft, wurden leider abgelehnt. Die Debatte brach bei § 823 Absatz 4 ab. Dieser Absatz 4 führt im Gegensatz zur Regierungsvorlage die subsidiäre Gastpflicht des Staats, der Gemeinden u. s. w. für durch ihre Beamten angerichteten Schaden ein. Unsere Genossen beantragten die prinzipiale Gastpflicht des Staats u. s. w. neben der Gastpflicht der Beamten selbst. (Prinzipiale Gastpflicht des Staats heißt: der Staat haftet, ohne daß man zuvor den Beamten zu verklagen hat; subsidiäre Gastpflicht des Staats: der Staat haftet erst, nachdem die Exekution gegen den Beamten fruchtlos ausgefallen ist.) Abg. v. Buchla schlägt Streichung des § 823 Absatz 4 vor und wird von der Regierung, die schon die subsidiäre Gastpflicht des Staats, der Gemeinden u. s. w. für unannehmbar hält, lebhaft unterstützt. Die Debatte wurde bis zur nächsten Sitzung (Sonnabend um 10 Uhr) vertagt.

Lokales.

Die Prekominmission hat nunmehr wieder ihre Thätigkeit begonnen, nachdem ihre im November v. J. erfolgte polizeiliche Auflösung durch das Urtheil in dem bekannten Prozeß über das Vereinsgesetz gerichtlich annullirt worden ist. Die Sitzungen der Kommission finden an jedem ersten Donnerstag im Monat statt; Beschwerden u. s. w., welche den Lokalen oder Annoncentheil des „Vorwärts“ betreffen, sind an eines der nachstehend bezeichneten Mitglieder zu richten:

- Für den 1. Wahlkreis: Herm. Soyta, Lühdenstr. 14 II., Joh. Limm, Alte Jakobstr. 18/19.
- Für den 2. Wahlkreis: Paul Jakob, Eisenstr. 82 II. bei Springer, H. Knäuper, Schöneberg, Goltzstr. 17, Quergebäude III.
- Für den 3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralsstr. 7, IV., August Pohl, Stalherstr. 118, III.
- Für den 4. Wahlkreis: (Für den Osten): W. Schulz, Weidenweg 5, III. (Für den Südosten): Paul Böhm, Goltzstr. 58/5A.
- Für den 5. Wahlkreis: Leopold Piepmann, Straßburgerstr. 12.
- Für den 6. Wahlkreis: Otto Räther, Anklamerstr. 44., Otto Schmidt, Schwebelstr. 22, Seitenflügel IV.

Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft in Treptow zur Verfügung: Dierkerberg, Neue Krug-Allee; Otto's Restaurant „Zum Karpenteich“; Park-Restaurant, Inhaber Jacob, an der Verbindungsbahn; Jorow, Neue Krug-Allee; Schulmeisterstr., Neue Krug-Allee. Sämmtliche anderen Lokale sind für die Arbeiterschaft nicht zu haben. Die Genossen werden ersucht, sich danach zu richten.

Die Arbeiter Schönebergs machen wir darauf aufmerksam, daß am nächsten Montag im Arbeiter-Bildungsverein ein hochinteressanter Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorwardt über die materialistische Geschichtsauffassung stattfindet. Näheres im Infertal der Sonntagsnummer. Der Vorstand.

Dürfen anständige Arbeiter in Gastwirthschaften verkehren? Einen drastischen Beweis vom Wirken der Sozialreform erhielt am gestrigen Freitag ein anständiger Hutarbeiter. Der Arbeiter besand sich mit einer Reihe Kollegen in dem Lokal des Gastwirths Wotens in der Landwehrstraße; vom Gastzimmer aus hat man einen Ausblick auf die im selben Grundstück befindliche Hutfabrik von J. Bambus. Gegen Mittag erschien in dem Lokal, begleitet von zwei Untergebenen, ein Polizeileutnant. Der Mann sah sich eine Weile in der Gaststube um, richtete an einen der Anständigen die Frage, wer er sei, und sprach dann gegen den Hutarbeiter die Drohung aus: „Wenn ich Sie noch einmal in diesem Lokal treffe, verhafte ich Sie auf der Stelle.“ Als diese seltsamen Worte, wie erklärlich, ihre ziemlich erheiternde Wirkung ausgeübt hatten, richtete der Beamte an den betreffenden Arbeiter das Verlangen, ihm zur Revierwache zu folgen. Da der Polizeibeamte keinen Haftbefehl oder sonst eine Legitimation vorlegte, verbat sich nunmehr der Wirth des Lokals entschieden das fernere Wirken des Mannes und forderte ihn unter Hinweis auf den vom Hausfriedensbruch handelnden Paragraphen des Strafgesetzbuches auf, schleunigst die Gastwirthschaft zu verlassen. Hieran lehrte sich der Polizeibeamte aber nicht im geringsten und der Hutarbeiter, der als ordnungsgeliebender Staatsbürger unangenehme Austritte vermeiden wollte, folgte schließlich um des lieben Friedens willen gutwillig dem Beamten, ohne zu wissen, zu welchem Zweck er denn auf der Wache erscheinen solle. Auf dem Polizeibureau begnügte man sich damit, das Nationale des Sifireten festzustellen; nachdem dies geschehen, schob man ihm einen Stahl hin. Der Hutarbeiter sah eine beträchtliche Zeit, ohne zu erfahren, worauf die ganze Geschichte denn eigentlich hinauslaufen sollte. Da zog endlich der Leutnant nach langer, langer Pause seine Uhr und sagte dann zu dem Arbeiter: „So, es ist jetzt 1/4 auf drei; jetzt können Sie, da die Mittagspause vorüber, keinen der aus der Fabrik von Bambus herauskommenden Arbeiter mehr belästigen. Sie können daher gehen.“ Wir sind gespannt, welchen Erfolg die Beschwerde haben wird, die, wie wir vernehmen, sowohl von dem Hutarbeiter, als auch von dem Wirth gegen das Wirken des Polizeileutnants an zuständiger Stelle erhoben werden soll.

Wenn zwei dasselbe thun. In der Nr. 7 der in Berlin erscheinenden „Sattler- und Tapezier-Zeitung“ war von unserem Parteigenossen Börsch ein Artikel über den Streik der Berliner Treibriemen-Arbeiter veröffentlicht worden, der auch auf die Thätigkeit, welche der antisemitische Stadtverordnete Pregel bei diesem Ausstände ausgeübt hatte, einging. Pregel war nämlich Leiter des Ringes der Treibriemen-Fabrikanten. Der Herr wurde als Antisemiten-Hauptling und Judenfeind dargestellt; auch zweifelte Börsch in dem Artikel an der Ehrlichkeit dieses Fabrikanten. Pregel antwortete auf diese Angriffe durch einen Strafantrag, dem der Erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht I, Herr Drescher, auch bereitwillig stattgab. Die „in öffentlichen Interesse“ erhobene Anklage schwebt zur Zeit noch.

Nun hatte die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ in ihrer Nummer 165 gleichfalls eine Notiz über den Streik gebracht, in der es hieß: „Familienväter, die in

mancher Fabrik bis an die 15 Jahre recht trocken saßen, liegen jetzt ohne Arbeit auf der Straße. Und das haben sie nur dem gewissenlosen bezahlten sozialdemokratischen Agitationsgenossen zu danken.“ Diese offenbar von der Unternehmerschaft inspirirte Gemeinheit schien unserm Genossen Börsch danach angethan, die Probe auf das Exempel zu machen. Als Leiter des Streiks der Treibriemenarbeiter stellte er nach dem Muster des Herrn Pregel gegen den verantwortlichen Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ ebenfalls einen Strafantrag wegen Beleidigung. Doch die goldenen Worte unseres Justizministers in Ehren. Von demselben Ersten Staatsanwalt, der es aus Gründen des öffentlichen Interesses für notwendig befunden hatte, sowohl gegen Börsch, wie auch gegen unseren Parteigenossen Sassenbach strafrechtlich wegen Beleidigung einzuschreiben, erfolgte am 3. d. M. an Börsch die Antwort, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ nicht vorgehen werde, weil, so heißt es wörtlich im Amtsstil weiter, „Gründe des öffentlichen Interesses, welche ein diesseitiges Einschreiten rechtfertigen würden, nicht vorliegen“. Börsch hat vom Staatsanwalt erhalten, was er erwartet haben mochte, ein für die Arbeiterschaft werthvolles Dokument über den Stand unserer heutigen Justizpflege.

Die Errichtung einer Volks-Badeanstalt für die Schönhäuser Vorstadt, welche dringend notwendig ist, geht ihrer Verwirklichung entgegen. Dem Magistrat ist es nämlich endlich gelungen, sich ein hierzu geeignetes Grundstück, welches außer einem 5 Meter breiten Zugangstreifen nur aus Hinterland besteht und circa 3840 Quadratmeter groß ist, in der Oberbergerstraße zu sichern und es wird, wenn die Stadtverordneten-Versammlung zu dem Ankauf dieses Grundstücks ihre Zustimmung gegeben hat, mit den Vorbereitungen zum Bau der Badeanstalt vorgegangen werden.

„Hilfsarbeiter, Magistrat und Reichsgericht.“ Ein Aufruf mit dieser Ueberschrift giebt folgende Schilderung von der Lage der hiesigen Hilfsarbeiter: „Bekanntlich beschäftigt der Magistrat über 700 Hilfsarbeiter gegen Diäten. Die Arbeiten dieser Beamten sind dieselben wie die der größten Anzahl der Sekretäre und Assistenten, welche mit Pensionberechtigung lebenslänglich angestellt sind. Die Gehälter der letzteren sind wie folgt normirt: Höchste Gehalt Sekretäre I. Klasse 4800 M., Sekretäre II. Klasse 4000 M., Assistenten 3000 M. Die denselben Dienst verrichtenden Hilfsarbeiter, welche übrigens selbständig mit voller Verantwortlichkeit arbeiten, beziehen nur 1080 M. bis höchstens 1920 M. jährlich und können nach der bisherigen Praxis des Magistrats selbst nach 20 jähriger Dienstzeit gekündigt und nach vier Wochen entlassen werden, ohne daß ihnen ein Anspruch auf Pension zugesagt wird. Die Bureaubetner, welche nur rein mechanische Dienste verrichten, erhalten dagegen bis 2160 M. Gehalt und sind lebenslänglich mit Pensionberechtigung angestellt. Das Reichsgericht erklärt nun diese Maßnahmen des Magistrats für ungesetzlich und bestimmt ganz im Sinne der Städte-Ordnung, daß die Bureaubeamten auf Lebenszeit zu berufen sind; jede vertragsmäßige Abmachung einer Kündigung stehe im Widerspruch mit den Gesetzen und sei infolgedessen rechtswirksam. Dennoch weigert sich der Magistrat beharrlich, den Spruch des höchsten Gerichtshofes anzuerkennen und auszuführen. Es bezogen die Bureau-Hilfsarbeiter bisher ultimo jeden Monats ihre Diäten postnumerando. Neuerdings ist nun durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters dieser Vertrag einseitig aufgehoben und angeordnet worden, daß die Diäten vom 1. bis 20. eines jeden Monats und vom Monate vorher vom 20. bis Ende am 20. des nächsten Monats zu liquidiren und nach weiteren fünf Tagen anzuzahlen sind.“ Im hiesigen Haushalte werde also über 700 Beamten ein Drittel ihres nachträglich zur Auszahlung kommenden Monatsgehältes weitere vier Wochen vorenthalten. „Man berücksichtige nur, was es heißt, einem Familienvater, der nur 100—150 M. monatlich verdient, von diesem Gehalte 33/3 oder 50 M. weitere 4 Wochen einzubehalten. Wenn bei Vorstellungen über diese unnötige Vergewaltigung so zahlreicher Beamten und Familienväter den Petenten nun noch gesagt wird, sie mögen sich Geld pumpen, wenn sie mit den zwei Dritteln ihres bisherigen Einkommens nicht zu wirtschaften vermögen, so giebt dies eine Mißachtung der sozialen Lage dieser Beamten, welche von einem Manne, der an der Spitze einer Haupt- und Residenzstadt steht, geradezu unbegreiflich ist.“

Vom Verkauf tuberkulösen Fleisches. Die Bestimmungen über die Verwertung des zum Verkauf in sterilisirtem Zustande zugelassenen tuberkulösen Fleisches auf dem Schlachthofe bedürfen dringend der Abänderung. Die Polizeibestimmung vom November 1893 läßt die Errichtung von Verkaufsstellen für dieses Fleisch in verschiedenen Theilen der Stadt zu — es hat sich aber gezeigt, daß die vorgeschriebenen Bedingungen nicht immer erfüllt werden. So ist, wie die „Allgem. Fleischer-Zeitung“ mittheilt, in der Filiale in der Wisenstr. 27 auf dem Schilde zwar deutlich angegeben „Verkauf von gedümpftem Fleisch vom Zentralschlachthof“, aus dieser Bezeichnung aber kann kein Käufer entnehmen, daß es sich um ursprünglich beandstandenes, tuberkulöses Fleisch handelt. Nur in ganz kleiner Schrift ist hinzugefügt: „Das hier zum Verkauf kommende Fleisch ist unter polizeilicher Aufsicht gedämpft, so daß es die menschliche Gesundheit nicht schädigt.“ Es muß verlangt werden, daß in all diesen Verkaufsstellen genau und deutlich angegeben ist, welchen Ursprungs und welcher Art das dort zum Verkauf kommende Fleisch ist, so daß jeder Käufer sich überlegen kann, ob er Fleisch solcher Herkunft erwerben will. Aber freilich ist das nur durchführbar, wenn ein Verkaufsverbot dieses Fleisches an Restaurateure, Speisewirthe und Händler eingeführt wird, während jetzt die Restaurateure u. ganze Schinken, Jungen, Kippespeer u. dort kaufen. Das Publikum kann verlangen, daß es im Restaurant gefundes, frisch in die Küche gekommenes Fleisch erhält oder daß es ihm mitgetheilt wird, daß es sterilisirtes, ursprünglich tuberkulöses Fleisch lauft.

Die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft soll beabsichtigen, sobald ihre Unterhandlungen mit dem Magistrat wegen Umwandlung des Pferdebahns-Betriebes in einen elektrischen, erfolgreich beendet, sofort die Ringbahn zu einer elektrischen Linie umzubauen.

Die Dampfergesellschaft „Stern“ hat sich verpflichtet, ihre Dampfer im Bedarfsfalle auch bis nach 12 Uhr nachts von der Ausstellung nach Berlin verkehren zu lassen.

Ein „Kulturbild“ aus dem Militärstaat. Ein völlig kriegsgemäßes Bild entrollt sich jetzt in Spandau und der Umgebung. Es findet eine unansehnliche Bewegung von Truppenmassen statt. Nach der Garde-Infanterie aus Kärnten sind die Garde-Feldartillerie-Regimenter angekommen, um in der Stadt und Umgegend einquartirt zu werden. Eingetroffen oder gleich zum Manöverterrain durchmarschirt sind die Gardepioniere, der Gardetrain, die Aufschiffer-Abtheilung und die Militär-Telegraphenschule, jede Truppe mit vielen Geräthefuhrern. Das Barackenlager in Döberitz hat die erste Garde-Infanteriedivision bezogen. Am Donnerstag ist die Garde-Infanterie mit schweren Geschützen nach dem Manövergelände abgerückt. Das Bivak der gesamten Truppen findet in der Nacht zum Sonnabend bei Hohrbeck statt; Dallgow ist die nächste Eisenbahn-Station.

Fernsprech-Verkehr mit Dänemark. Außer mit den bisher zugelassenen dänischen Orten Kopenhagen und Odense ist vom 1. Juni ab der Fernsprech-Verkehr mit Esbjerg, Rødding, Fredericia, Veile, Horsens, Aarhøus, Svendborg, Faaborg, Aflens, Middelfart, Bogense, Aertensvunde, Nyborg und Rorjör eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt im Verkehr mit Kopenhagen und Rorjör 3 M., mit übrigen dänischen Orten 2,50 M.

Stadtkatzen. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai 17 Familien mit 53 Personen, darunter 43 Säuglinge und 34 Einzelpersonen, zusammen 90 Personen. Am 1. Juni war der Bestand 17 Familien mit 45 Personen, darunter 11 Säuglinge, und 26 Einzelpersonen, zusammen 71 Personen. Das Hof für nächtliche Obdachlose daselbst benutzten im Laufe des Monats Mai 18 119 Personen, und zwar 17 316 Männer, 808 Frauen. Von diesen Personen wurden 7 dem Krankenhaus im Friedrichshain, 84 dem Krankenhaus Moabit, 8 der Charité überwiefen, 298 der Polizei vorgeführt. Von den nächtlichen Obdachlosen sind ferner überwiefen der Krankenstation des Obdachl. 15, der Anstalt Wuhlgarten 8 und der Anstalt Herzberge 1 Person. Gebadet haben 5079 Personen.

Im Zentralverein für Arbeitsnachweis haben sich im letzten Monat 2418 Arbeitsuchende gemeldet, von denen 1593 in Stellung gebracht werden konnten. Davon 1459 Männer und 134 weibliche Personen. Die Zahl der angemeldeten Stellen betrug 1643.

Ein heilloser Geschimpf erhebt sich zur Zeit in anti-femilichem Blätter über das Vorgehen der Postverwaltung in einem Fall von gröblicher Beleidigung, deren sich der hiesige Korrespondent des Londoner Daily Telegraph, J. S. Washford, gegen zwei Beamte des Haupt-Telegraphenamtes schuldig gemacht haben soll. Der Staatssekretär des Reichspostamts, Herr v. Stephan, soll nämlich die Zurücknahme des gegen den Engländer gestellten Strafantrages versprochen haben, nachdem dieser sich angeblich bereit erklärt hat, den verhältnismäßig geringfügigen Betrag von 100 Mark an die Postunterstützungskasse zu zahlen. Dieses Vorgehen des Herrn v. Stephan wird empfindend genannt. Wir finden an sich nichts Tadelnswerthes darin und wünschen nur, daß die Reichs- und Staatsbehörden in Fällen, wo Deutsche sich in den Fingern der Beleidigungsparagraphen verstricken, eine gleich verhältnismäßige Haltung zeigen. Da dies bislang im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte auch nicht entfernt üblich war, und namentlich Herr v. Stephan oft in Angelegenheiten, die nur zu sehr eine Kritik erforderten, mit Beleidigungsstrafen kam, so können wir die Mitteilung von der Inverkehrnahme, die er einem auscheinend ruppigen Ausländer gegenüber geübt haben soll, vorab nur mit sehr großem Zweifel registrieren.

Die Hausführung nach dem Buche „Die Geheimnisse des Zeremonienmeisters“, die wir gestern meldeten, soll erfolgt sein, weil es einen unästhetischen Inhalt hat und Majestätsbeleidigungen enthält. Das in Romanform erschienene Buch ist von Casar Schmidt in Zürich herausgegeben.

Die städtischen Sprengwagen auf dem Tempelhofer Felde. Von Herrn Stadtverordneten August Mentel wird uns mitgeteilt, daß die Kosten für die Besprengung des Tempelhofer Feldes bei Abhaltung von Paraden nicht aus städtischen Mitteln, sondern aus solchen von Seiten der Garnisonverwaltung bezahlt werden. Somit ließe sich ja gegen die Besprengung des Feldes durch städtische Sprengwagen nicht viel einwenden, wenn, was wir hoffen, die Besprengung der Berliner Straßen an Paradedagen keine Einbuße erleidet, und wenn ferner, was wohl schwer anzunehmen, der Fiskus der Kommune ebenfalls in jeder Beziehung helfend zur Seite steht.

Eine Zweigstation des meteorologischen Instituts der Berliner Universität, welches auf dem Telegraphenberg bei Potsdam erbaut ist, ist jetzt am Havelufer auf dem Grundstück des Kommerzienrats Mörike aus Berlin, der Meteorik Konvention, zu wissenschaftlichen Beobachtungswecken errichtet. Diese Zweigstation ist mit dem meteorologischen Institut durch 10 elektrische Leitungen verbunden. Auch auf dem kleinen Ravensberg ist eine Zweigstation erbaut.

Ein Geschäft mit Herrn v. Bleichröder. Eine kostspielige Erwerbung ist für den Staat das Haus Wilhelmstr. 64, das von dem Bankier v. Bleichröder für 1 900 000 M. für das Justizministerium gekauft wurde. Das Haus, in dem Bureauräume eingerichtet werden sollen, erwies sich so baufällig, daß man gleich 50 000 M. für Ausbesserungsarbeiten ausgeben mußte. Trotzdem kann es auch jetzt nur zum Teil benutzt werden, während viele Räume leer stehen, weil sie für den Zweck, dem sie dienen sollten, nicht passen. Um es ganz in Gebrauch nehmen zu können, wird man nochmals eine bedeutende Summe anlegen müssen.

Geschäftliches von einer Unfallsation. Und wird berichtet: Am 26. Mai verunglückte der Rutscher Frh. Amboß; die Verletzungen, die er an Kopf und Arm erlitten hatte, ließen es gerathen erscheinen, ihn in einer Drosche nach der Unfallsation in der Lindowstraße zu bringen. Der dort befindliche Heilgehilfe erkundigte sich zuerst, ob Amboß auch Geld habe, es koste 4 M. und 20 Pf. Ueber diese Geschäftspraxis äußerte der Verletzte in nicht mißzuverstehenden Worten seine Bedenken, worauf der Heilgehilfe dem Hilfesuchenden erwiderte, daß er ihn überhaupt nicht behandle, wenn er noch „tätig“ werde. Die Drosche der Unfallsation wurde daraufhin denn auch mit Dant von dem Verletzten abgelehnt.

Die früher bei hiesigen Rechtsanwälden beschäftigte gewesene Schreiber Reichelt und Schrach wußten, daß die Bureauräume in den Mittagstunden ohne Aufsicht gelassen wurden, und benutzten dies, Einbrüche bei Rechtsanwälden auszuführen. Am 8. d. M. wurden beide auf frischer That betroffen und festgenommen. Eine ganze Anzahl bereits angezeigter gleicher Einbrüche konnte ihnen nachgewiesen werden. In den meisten Fällen war von den Geschädigten der Verdacht, die Einbrüche begangen zu haben, auf das Bureau-Personal gelenkt worden.

Ein Mord und Selbstmord grauenhafter Art ist am 8. Juni in Zoffen verübt worden. Der vor kurzem seines Amtes entsetzte Chauffeur-Auffeher Steinert hat seine Frau durch einen Beilhieb niedergestreckt und ihr dann mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten. Hierauf hat er Hand an sich selbst gelegt; er öffnete sich die Pulsader am linken Arm und brachte sich einen tiefen Schnitt in die Kehle bei. Man fand ihn zwar noch lebend, auf der Leiche seiner Frau liegend, vor, doch ist er Donnerstag Morgen 4 Uhr im Kreis-Krankenhaus ebenfalls verstorben. Ein 4 Jahre alter Sohn des Steinert'schen Ehepaares war Zeuge der Ermordung seiner Mutter gewesen.

Wegen unglücklicher Liebe hat sich die 22 Jahre alte Schneiderin Lucie Schröder in ihrer Wohnung Kohlhörsenstr. 38 durch Gift getödtet. Das arme Mädchen war von ihrem Vätergenossen verlassen worden.

Beim Rasiren hat sich der Gastwirth Kluge aus der Zimmerstraße 22 eine Blutvergiftung zugezogen. Der Mann erkrankte so schwer, daß er eine zeitlang in Lebensgefahr schwebte und nicht transportfähig war. Das Uebel ist jetzt so weit beseitigt, daß Kluge zur völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit ein Krankenhaus hat aufsuchen können.

Der Rittmeister a. D. v. Hünerbein, der vor längerer Zeit von seinem Schwiegervater im Zweikampfe angeschossen wurde, ist in das Krankenhaus, das er kürzlich verlassen hatte, zurückgekehrt. Man will jetzt das Geschos aus dem Bundkanal, in dem es immer noch steckt, durch einen chirurgischen Eingriff entfernen. Dann kann die Schieberei wieder losgehen.

Die Wälderstraße von der Thiergartenstraße bis zur Hausgrenze Nr. 18/19 wird wegen Alkoholverwaltung vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. Juni 1896. Etwas kühleres Wetter mit meistens nur schwachen südwestlichen Winden, veränderlicher Bevölkerung und Bewitterung. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 5. Juni 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarometrisch d. Meeresesp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (90 F.)
Swinemünde	758	SE	3	heiter	20
Hamburg	758	SE	2	wolfig	18
Berlin	758	SE	2	heiter	20
Biesbaden	759	SW	1	wolkenlos	18
München	761	SW	3	wolfig	17
Wien	—	—	—	—	—
Saparanda	762	ND	2	bedeckt	8
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	754	SEW	3	wolfig	16
Aberdeen	756	ND	3	bedeckt	8
Paris	759	W	2	bedeckt	15

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ueber Maschine und Kunsthandwerk sprach am Mittwoch Herr Dr. Vollbehr aus Magdeburg vor etwa 50 bis 60 Personen im Hofsaal des Chemiegebäudes auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung. Der Vortrag gipfelte in der Behauptung, daß das Kunsthandwerk durch die Maschine in keiner Weise gefährdet sei, daß die Maschine keine Gegnerin, sondern eine Förderin der Kunstfertigkeit sei, und daß man es nur froh begrüßen müsse, wenn sie diejenigen Arbeiten, welche sie verrichten könne, dem Menschen abnehme und diesem dadurch die Zeit gebe, sich voll und ganz auf das Individuelle und Persönliche, das eigentlich Kunstmäßige in der Arbeit zu konzentriren. Er wies darauf hin, daß der Geschmack und Kunstsinn unserer Frauen gemäß nicht geringer geworden sei, trotzdem die Maschine ihnen ganz bedeutende Arbeiten, welche früher fast ihre ganze Zeit ausfüllten, wie Spinnen, Weben etc., abgenommen habe; die Maschine habe im Gegentheil als Pionier für das Kunsthandwerk gewirkt, indem sie Sinn für schöne Formen unter Volksklassen verbreite, welche das theure Kunsthandwerk allein nie gewinnen könne; sei der Formensinn einmal geweckt, dann verlangen die Menschen mit der Zeit auch solche, in welchen die Individualität des Verfertigers zum Ausdruck komme, und seien so als Kunden für das Kunsthandwerk gewonnen. Herr Vollbehr meinte, man müsse, um seine Zeit zu verstehen, mit ihr fortschreiten; es sei töricht, die Maschinen zertrümmern zu wollen, weil sie die Menschen schädigen und brotlos machen, sie seien im Gegentheil ihre besten Freunde; er schloß mit der Mahnung an das Kunsthandwerk, die heilsame Thätigkeit der Maschine anzuerkennen und zu benutzen.

Auch wir sind der Meinung, daß es in der Natur der Maschine liegt, die Thätigkeit des Menschen zu erleichtern, ihm Zeit für edlere Beschäftigungen und Ausbildung des Kunstsinnes zu gewähren; daher erwarten wir ja auch von der sozialistischen Gesellschaft ein bisher unerhörtes Aufblühen der Kunst. Gegenwärtig aber dient die Maschine dazu, die Arbeitszeit zu verlängern und das Elend der Menschen zu steigern. Wenn Herr Vollbehr sagt, er verstehe die Klagen des Kunsthandwerks über die Konkurrenz der Maschine nicht, so gesteht er damit ein, daß er die Wirkung der Maschine in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, und damit die Zeit, in der er lebt, absolut nicht versteht. Das ist nicht wunderbar, wenn man sieht, welches Verständnis er für die Vergangenheit hat. Er betrachtete in seinem Vortrag auch frühere Kulturperioden, in welchem es noch keine Maschinenarbeit gab, das griechische Alterthum und das Mittelalter. Gab es da wirklich keine Maschinenarbeit? fragt er. Ein reicher Athener oder ein großer Feudalbaron konnte doch nicht selbst verbrauchen, was seine Sklaven oder Hörigen für ihn schafften; er mußte also auf Vorrath arbeiten lassen. Rostentwürfel herstellen, für welche er dann einen Markt suchte. Was ist das im Wesen anderes als Maschinenarbeit?

Wir glauben zuerst, wir hätten nicht recht gehört. Ganz abgesehen von der unglaublichen Gleichstellung menschlicher Maschinenarbeit mit Maschinenarbeit malt sich im Kopfe des Herrn Vollbehr das Alterthum und das Mittelalter als eine Gesellschaft ab, die hauptsächlich Waaren für fremden Verbrauch produziert; gelegentliches Vorkommen erhebt er zur charakteristischen Eigenschaft dieser ganz anders als die unsrigen gearteten und gehaltenen Zeitverhältnisse. Schon aus dem alten Adam Smith hätte er lernen können, daß eben, weil die großen Abzweigungen fehlten, ein Produzieren für den Verbrauch im großen also unmöglich war, die Reichen ihre Vornehmheit in ganz anderer Weise zeigten und zeigen mußten, als heute, z. B. in verschwenderischer Gastfreundschaft, in einem Weselge zohlfloher Diener etc. Aber wir wollen uns nicht zu weit verlieren. Bei Auffassung des geschichtlichen Verlaufs ist es nur natürlich, wenn Herr V. sagt: Und als die Maschine nun wirklich auftrat, da revolutionirte sie nicht, da schaffte sie nicht wesentlich Neues, sondern baute das Vorhandene nur aus. Wir sind überzeugt, daß das Kunsthandwerk trotz der Mahnungen des Herrn V. in der kapitalistischen Gesellschaft fortfahren wird, aber die erlösende und vernichtende Konkurrenz der Maschine zu klagen, und mit recht; erst dem Sozialismus wird es vorbehalten sein, die Maschine ausschließlich zum Segen der Menschheit anzuwenden und damit auch eine neue Blüthe der Kunst heraufzuführen.

Die Eisenbahnbureaucratie und die Gewerbe-Ausstellung. Von den so genial verfaulerten Ausnahmehinrichtungen, unter denen das Eisenbahnministerium auswärtigen Arbeitern den Besuch der Gewerbe-Ausstellung angeblich erleichtern will, haben wir berichtet: Eine erhebliche Ermäßigung der Eisenbahnfahrtpreise zum Besuch der Gewerbe-Ausstellung will diesem Vorhaben gegenüber der Abg. Broemel durch Interpretation des Eisenbahnministers im Abgeordnetenhaus herbeiführen. Der Herr macht folgende Vorschläge: Es sollen in fortgesetzter Folge ganze Sonderzüge dritter Klasse nach Berlin laufen, für welche der Fahrpreis nur einen Pfennig pro Kilometer betragen soll. Diese mögen dann immerhin Arbeiterzüge heißen, allein sie müssen allen Kreisen der Bevölkerung ohne Beschränkung und ohne Vorprüfung zugänglich sein. Die Ausstellung der Stadt Berlin zum Beispiel biete Lehrern und städtischen Beamten eine Hälfte von Belegungsstellen, wie sie ihn sonst sich nicht verschaffen könnten. Der Lehrer mit seinen kleinen Mitteln habe dasselbe Interesse wie der gewerbliche Arbeiter, für einen Pfennig pro Kilometer nach Berlin zu fahren. Die Eisenbahnverwaltung würde hierbei stets vollbesetzte Sonderzüge und damit einen finanziellen Erfolg haben. Als Beleg könnten die einfachen Fahrkarten vierter Klasse, die dem Preis für Hin- und Rückfahrt entsprächen, Verwendung finden, wenn sie durch einen Stempel für die Rückfahrt gültig gemacht würden. Damit würde allen Wünschen ohne besondere Vorschriften und Umständen entgegengekommen. Wenigstens aber sollte jeder Arbeiter, der sich an der Stationskasse als solcher ausweist, ohne weiteres ein billiges Billet erhalten. — Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die Eisenbahnbureaucratie für so was nicht zu haben ist.

Erhebungen über die Placirungs- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den gastwirthschaftlichen Betrieben der Berliner Gewerbe-Ausstellung werden zur Zeit von der in der Versammlung vom 12. Mai gewählten Fünfer-Kommission vorgenommen. Der zu diesem Zweck vertheilte Fragebogen bezieht sich auf Köche, Kellerer und Restauranten und enthält 10 Fragen, durch welche die Zahl der Angestellten, der Name des Placiers, die Höhe der gezahlten Vermittelungs-

gebühren, die Zahl der von auswärts herangezogenen Arbeitskräfte, die Höhe des Gehalts, die Höhe der Abgaben für Disposition, Bruch, Kostüme u. dergl. festgestellt werden soll. Außerdem wird Auskunft verlangt, ob Kost gewährt wird, wie dieselbe beschaffen ist, ob Strafgehalt erhoben, in welcher Höhe und zu welchem Zweck dieselben verwandt werden. Des weiteren wird gefragt, wieviel Entlassungen seit Eröffnung der Ausstellung bisher stattgefunden haben. Die Kommission beabsichtigt, daß auf diese Weise gewonnene Material zusammenzustellen und zu veröffentlichen, um das Publikum auf die ungeheure Ausbeutung, der die Gastwirthsgehilfen in der Berliner Gewerbe-Ausstellung seitens der Gastwirthe und seitens der Stellenvermittler unterworfen sind, aufmerksam zu machen. Bedauerlicherweise stoßen, wie uns mitgeteilt wird, diejenigen Personen, welche sich der Mühe unterziehen, das Material zu sammeln, auf verschiedene Schwierigkeiten, da ein Theil der Arbeiter den Werth einer solchen Statistik noch nicht begriffen hat.

Etwas Erheiterndes von der „Volksernährung“. Ausstellung, die bisher so viel Widerwärtiges geboten hat, möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten. In der für Herrn Abraham's Unternehmen geschriebenen, schon von uns erwähnten Broschüre über „Volksernährung“ wurden, wie bekannt, die „billigen“ Lieferanten aufgezählt und empfohlen. Der Anpreisung der aus einer Stettiner Zichorienfabrik bezogenen „Kaffeeurrogate“ wird eine statistische Notiz über den starken Verbrauch von Zichorie angefügt, und es wird dazu bemerkt: „Daraus (!) erhebt man, daß diese Surrogate bei unserer Bevölkerung einer Beliebtheit (?) sich erfreuen, so daß deren Anwendung bei uns begründet erscheint.“ Herr Abraham, der Volksernährer, ist, wie man sieht, ein entgegenkommender Mann. Es ist pure Liebenswürdigkeit, wenn er den Kaffee durch Zichorie ersetzt. Wir hätten nun nur noch die eine Bitte, daß Herr A. auch mittheilt, in welchem Verhältnis er Kaffee und Zichorie mischt. Wir haben uns, offen gestanden, allerlei Gedanken darüber gemacht, als wir seinen „Kaffee“ kosteten.

Die unglückselige elektrische Hundbahn hat Donnerstag Mittag ohne vorherige Ankündigung abermals ihren Betrieb wieder unterbrechen müssen, weil — infolge eines Defektes an der Maschine — der Strom ausgeschaltet wurde. Sämmtliche Wagen blieben auf der Strecke liegen, und der größte Theil der Passagiere zog es nach länger als halbstündigem Warten vor, den Weg zu Fuß zurückzulegen.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater folgt als Novität „Vergnügte Pfilzlerwochen“ von Frh. Brentano und Julius Keller, dann als Lustspiel „Ein Schritt vom Wege“ von Ernst Wichert und die Satire von Eisa v. Schabesky „Die Frauenfrage“. Vier Wochen — von Mitte Juli bis Mitte August — spielt das Schiller-Theater außer Abonnement.

„Der Sonnenaufgang“, sozial. Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann, welches bereits über 300 Mal mit dem größten Erfolge am National-Theater in Scene ging, erlebt heute seine Wiederaufnahme; die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Griep und Arco, sowie der Herren Schäfer, Bruch, Wächter und Wach.

Nach dem Muster der Berliner Urania soll jetzt auch in Budapest eine Anstalt eingerichtet werden. Die Anregung dazu gab der bekannte Astronom an der Budapester Universität, Prof. v. Kovesligethy, der sich an den Direktor der Berliner Urania, Herrn Dr. Meyer, gewandt hat, mit der Bitte, ihm alle die Publikationen zur Verfügung zu stellen, die auf die Einrichtung und Leitung der Berliner Urania Bezug haben. Herr Dr. Meyer hat, wie man uns mittheilt, sich hierzu gern bereit erklärt. Die Kosten zur Errichtung des Budapester Instituts sollen aus privaten Mitteln bestritten werden, doch hat der ungarische Kultusminister die Zusage gemacht, unter irgend einer Form materielle zu unterstützen.

Adolf Sonnenhal und Ludwig Martinelli haben in diesen Tagen in Wien ihr 40 jähriges Jubiläum begangen. Sonnenhal ist bekanntlich im Hofburg-Theater, Martinelli am Deutschen Volkstheater thätig.

Der große italienische Poldendarssteller Ernesto Rossi ist am 4. Juni, 67 Jahre alt, in Pescara gestorben.

Gerichts-Beilage.

Aller Voraussicht nach wird sich die Strafsache gegen den Dr. Frh. Friedmann in aller Kürze abwickeln. Wie wir hören, ist ihm die Anklage bereits zugegangen und da die Sache selbst recht einfach liegt und ein großer Zeugenapparat nicht in Bewegung gesetzt zu werden braucht, so ist es nicht unmöglich, daß der ganze „Fall Friedmann“ in zwei bis drei Wochen beendet sein kann.

Der Kaufmann Siegfried Cohn, der in der Bellealliancestraße ein Handschuh- und Kravattengeschäft betreibt, war f. Z. vom hiesigen Schöffengericht zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden; weil er sich an einer seiner Verkäuferinnen in schamloser Weise vergrißen hatte. Er hatte gegen das schöffengerichtliche Erkenntniß die Berufung eingelegt. Die gestern vor der 6. Strafkammer unter Anschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete damit, daß die Strafe auf zwei Monate Gefängnis ermäßigt wurde.

Um den Tischlerstreik in Brandenburg, der noch verschiedentlich die Gerichte beschäftigt wird, handelte es sich auch in einer Verhandlung am 3. d. M. vor der Strafkammer in Potsdam. Im Januar war bei dem Bauunternehmer Scheffler in Brandenburg ein Streik der Tischler ausgebrochen. In einer dieserhalb abgehaltenen Volksversammlung wurde Scheffler scharf angegriffen, von dem Schlosser Bredow aber vertheidigt. Hierüber erbittert, soll der bis dahin ebenfalls bei Scheffler beschäftigte Speichert den Bredow „Lump, Plunder, Vagabund“ genannt haben. Er wurde deshalb von dem Schöffengericht in Brandenburg zu einem Monat Gefängnis verurtheilt, indem das Gericht die Beweggründe Speichert's zur Beleidigung als besonders verwerflicher Natur bezeichnete. Speichert legte hiergegen Berufung ein und wurde von der Strafkammer in Potsdam vom Rechtsanwält Dr. Heinemann aus Berlin vertreten. In der Hauptverhandlung standen sich Speichert und Bredow wieder in außerordentlich feindseliger Weise gegenüber. Speichert bestritt seine Schuld. Das Gericht glaubte jedoch dem Bredow, folgte aber den Ausführungen des Vertheidigers wenigstens insoweit, daß es anstatt der Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 30 M. als ausreichende Sühne ansah.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Odenburg wurde am 3. Juni unter großem Andrang des Publikums ein sensationeller Fall verhandelt. Der oberste Beamte des odenburgischen Post- und Jagdwesens, Oberpostmeister Otto, eine bisher im ganzen Lande hochangesehene Persönlichkeit, war angeklagt, seit dem Jahre 1884 die Hof- und Staatskasse fortgesetzt betrogen zu haben, indem er für gemachte Dienstreisen, Beschäftigungen u. s. w. sich aus beiden Kassen die Väter und Reisegelder auszahlen ließ, desgleichen für vorgedachte Reisen, Auslagen u. s. w. Beträge von den Kassen erhob. Es wurden ihm im ganzen 157 Fälle zur Last gelegt. Die Verhandlung, die gegen sechs Stunden währte, ergab die Schuld des Angeklagten, und er wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre Gefängnis verurtheilt und ihm die Fähigkeit zur Beleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer

von fünf Jahren aberkannt; der Antrag der Staatsanwaltschaft auf sofortige Verhaftung wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Der Verurtheilte, der nahezu 70 Jahre alt ist, war bei Vernehmung des Urtheils vollständig gebrochen.

Vermischtes.

Die russische Preknebelung und die Moskauer Blutweiche. Von den russischen Preknebeln, die bekanntlich noch weit unter denen des Deutschen Reiches stehen, geben die Berichte, welche die Blätter im Knutenlande anlässlich der Moskauer Katastrophe bringen, ein interessantes Zeugnis. Nach einer recht plätschlichen Plauderei über die Krönungsfeier wird in der „St. Petersburger Zeitung“ der folgende Bericht aufgeführt: Es ist in der That heute Morgen schlimm genug hergegangen in dem ungeheuren Gedränge. Mein Diener hatte mir schon, bevor ich ausfuhr, mitgeteilt, daß viele Menschen schwer verletzt, auch eine seiner persönlichen Bekannten, irgend eine Prasslowja Zwanowna, andere gar todgedrückt worden seien. Es klang das gerade nicht sehr ermutigend, aber aufrichtig gestanden, ich glaubte ihm nicht. Ich kenne ja als alter Journalist die hundertjährige Fama mit ihren aufgeblasenen Waden und ihrer ewigen Uebertreibungsluft. Aber als ich mich dem Festschauplatze näherte, drängten sich drei Feuerwehrawagen durch die Menschenmasse, die keine Spritzen oder Sonnen führten, sondern eine mit Lindenbaumzweigen zugelegte Last, die mich in unbestimmten Formen an geschlachtetes Vieh erinnerte, ohne daß ich etwas Böses dabei dachte. Erst beim dritten Wagen, wo sich die Matten durch die Stütze verschoben hatten, sah ich plötzlich ein rohbestumpftes Frauenbein hervorstechen. Da wurde mir erst klar, was für eine Last dort fortgebracht wurde: Opfer sinnloser Eier derer, die die Vorderleute zerdrückt und zerquetscht und ersticht hatten. Ich will die Zahlen nicht nennen, von denen man spricht, zweifelsohne in maßloser Uebertreibung. Eins ist zweifellos, es ist ein großes Unglück geschehen, vermutlich durch nicht ausreichende administrative Vorsicht bei der Verteilung der Geschenke. Und das ist tief zu bedauern; denn es wirft einen Schatten auf einen Tag der Freude und der Lust. Gerichte mag ich nicht wiedergeben, ich erzähle nur, was ich mit eigenen Augen gesehen habe. Es ist allerdings fast unermesslich, daß es bei

solchen Volksmassen, wie sie hier versammelt sind, wenn sie erst durch einen allmächtigen Zrieb in Bewegung gerathen, auch Verlegungen vorkommen. — Das ist alles! Dafür enthält dieselbe Nummer der „St. Petersburger Zeitung“ eine offizielle Beschreibung darüber, wie glänzend es bei dem Tagungsvergnügen zugegangen, das am Abend des Unglückstages in der französischen Hofstadt in Gegenwart des neugekrönten Kaiserpaars stattfand.

Ahtwardt giebt in New-York ein Antisemitentblattchen heraus, will aber den Schriftstern die tarifmäßigen Löhne nicht bezahlen, weshalb die zuständige Gewerkschaft, die deutsche „Typographia Nr. 7“, die Druckerei sperrete. Ein deutscher Veteranenbund in New-York soll sich geweigert haben, den berühmten Mann als Mitglied aufzunehmen.

Ueber einen Hauseinsturz in Stettin berichtet die „Neue Stettiner Zeitung“: Unter dumpfen Geräusche stürzte am Mittwoch Nachmittag der Seitenflügel des dem Kaufmann Köpke gehörigen Hauses Friedrichsstraße 1, in dessen drei Stockwerken sich Schlaf- und Antikabzimer der Herrschaften und Badezimmer befanden, zusammen. Nur das Dach des Gebäudes blieb infolge seiner festen Verbindung mit dem Vordergebäude hängen. Schon im Laufe des Vormittags wurde in dem Gebäude ein unheimliches Knistern vernommen, auch bemerkt, daß sich Riß von den Decken löste und ein Riß in der Mauer entstand. Die bei dem Neubau beschäftigten Maurer und beim Ausschachten des Nebengrundstücks thätigen Arbeiter waren nach einer Meldung zur Zeit der Katastrophe gerade bei der Vesper, nach einer anderen wurden sie von dem Polizei, der gewisse verdächtige Anzeichen gemerkt, fortgeschickt. Unsehbar waren ohne besonders glücklichen Zufall einige von ihnen unter den Trümmern begraben worden.

Zur Geschichte des Achtstundentages erwähnt das „Journal des Debats“, daß vor 303 Jahren König Philipp II. von Spanien in den Verwaltungsbefehlen, die er an den Vizekönig von Indien richtete, folgendes aufnehmen ließ:

„Alle bei Festungsarbeiten und in Fabriken beschäftigten Arbeiter sollen täglich acht Stunden arbeiten, vier am Morgen und vier am Nachmittag. Die Stunden sollen von den Ingenieuren auf die zuträglichste Tageszeit verlegt werden, um die

Arbeiter vor dem Sonnenbrand zu schützen und ihnen zu ermöglichen, auf die Erhaltung ihrer Gesundheit zu achten, ohne dabei ihre Pflichten zu vernachlässigen.“

Ein Jubiläum im Jubeljahr von Deutschlands Einigung, das seine besondere Bedeutung gewinnt, wenn man weiß, daß die Einrichtungen vor 1870 in Deutschland vollständig abgekommen waren, hat gestern der Scharfrichter Reindel aus Magdeburg begangen. Der Mann vollzog nämlich gestern die 150. Hinrichtung; das Jubiläumsoffer war der Raubmörder Dehlmann, der von Reindel in Braunschweig gelöst wurde.

Aus der Rheinspalz wird über schwere Gewitter und Hagelschläge berichtet, die am Mittwoch und Donnerstag großen Schaden angerichtet haben.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus St. Goar meldet, sind infolge wolkenbruchartigen Regens in der vorletzten Nacht bedeutende Vergrutschungen vorgekommen. Strecken der linksrheinischen Bahn bei St. Goar und der rechtsrheinischen Bahn zwischen St. Goardshausen und Kestert sind berast mit Schuttmassen überschwenmt, daß dieselben voraussichtlich für einen Tag gesperrt und für diese Zeit Umfahrungen eingeführt werden wird.

In den letzten Tagen sind über Antwerpen und Umgebung mehrere heftige Gewitter niedergegangen. Sieben Personen sind vom Blitz erschlagen worden.

Aus Lemberg wird berichtet, daß in der Nacht zum 4. d. M. die Stadt Valigrod zur Hälfte niedergebrannt ist. Die Lösungsarbeiten wurden durch den herrschenden Sturm stark beeinträchtigt. — Fast gleichzeitig entstand auch in der Stadt Kossow eine Feuersbrunst, welcher 40 Wohnhäuser zum Opfer fielen. In beiden Fällen scheint Brandstiftung vorzuliegen.

Aus Smyrna wird gemeldet: Die Tochter eines hiesigen amerikanischen Kaufmanns wurde am hellen Tage auf offener Straße von Räubern angefallen, geknebelt und entführt, um von den Eltern ein hohes Lösegeld zu erpressen. Die schnell herbeigerufenen Polizei fand das Mädchen in Burnowa, einem bekannten Räuberneste, in äußerst verwahten Zustande und konnte dasselbe erst nach heftigen Kämpfen befreien, wobei es auf beiden Seiten einige Tote und Verwundete gab. Mehrere Räuber wurden verhaftet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. Juni.
Opernhaus. Der Freischütz.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Zar und Zimmermann.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts-traum.
Deutsches Theater. Die Weber.
Festung-Theater. Balduin.
Berliner Theater. König Detrich.
Neues Theater. Tata-Loto.
Kesselt-Theater. Hals über Kopf.
Der neue Gangmed.
Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Schiller-Theater. Natalie.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Salle-Alliance-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
National-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater Alt-Berlin.
(Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)
Jeden Nachmittag 8 1/2 u. 5 1/2 Uhr:
Märkisches Ringelstechen.
Entritt 60 Pf., Parter 1 M., Loge 2 M.
Abends 7 1/2 Uhr.
Die schwere Noth.
An mein Volk. Ringelstechen.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 8 Uhr: Abendlicher Jagd u. Weutezug.
Nachmittags 6 Uhr:
Aufzug zum Ringelstechen.
Drei Musikkorps.
Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin.
Volksbelustigungen. Seiltänzer.
Bauberei u. Fergarten. Diorama u. c.
Entritt: 25 Pfg.
Donnerstag 50 Pf.
Passpartouts à 4 Mk.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Vor Sonnenaufgang.
Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Regie: Erich Schäfer.
National-Theatergarten.
Gr. Konzert.
Spezialitäten I. Rangos.
Theaterküche.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Das wunderbare Juni-Programm.
Erna Rolla die muß man sehen.
Prof. Matutta, Illusion. Rajad-Trio.
Nelli u. Albert. Rappmann, Duett. Geschw. Trancy, Trapez u. c.
Entrée 80 Pf.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Natalie.**
(Natalie: Frau Clara Meyer a. G.)
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der zerbrochene Krug. Die jüdischen Verwandten.**

KAIRO von 7 Uhr abends ohne Gewerbeausstellungs-Billet zugänglich.
KAIRO von 10 Uhr vorm. geöffnet.
I. Eingang: Ausst.-Bahnh., **II. Eing.:** Köpnick, Landstr.
KAIRO Waffensamm. d. Chodiwo; Samml. d. Egypt. Behörden, Schwert des Mehomet-All.
KAIRO Salon bedeutender **Orientaler.**
KAIRO Riesen-Arena mit Monstre-Aufführungen v. 500 Pers. m. Pferd., Dromedaren etc.
KAIRO Leibkapelle d. Chodiwo 60 Mann in Uniform, 3 Hauskapellen.
KAIRO Arena: Beduinenkämpfe und Reiter-Fantasias um 5 und 8 1/2 Uhr nachm.
KAIRO Cheops-Pyramide mit Königsgräbern.
KAIRO Entree 50 Pf. Eütetag (Dienstag) 1 Mk.
KAIRO Dauerkarten: Erwachsene 15 Mark, Kinder 8 Mark, im Bureau Kairo und bei C. Stangen, Mohrenstrasse 10.

Viktoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Täglich (außer Sonnabend):
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Anfang Wochentags präzise 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkaufsbillets für die Wochentage à 40 Pf. u. Familienbillets à 1 Mark. Siehe Plakate! Jeden Sonntag und Donnerstag nach der Soiree: Tanzkränzchen. Bei schönem Wetter im Garten, bei schlechtem Wetter im Saal.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Im Saal: **Gr. Ball.**
Das Königreich der Weiber. Operette in 3 Bildern von Willibrod. Julius Ernst, Liedersänger. Franziska Wünsch, Kostüm-Soubrette. Willi Rauschel, Gesangs-Humorist. Janka Rosl, Opernsängerin. Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 55. Male:
Das flotte Berlin.
Große Aufführung: Gesangsposse in 8 Akten v. E. Treptow u. E. Jacobson, Kuplets u. Quodlibets v. G. Wdrh. Musik v. G. Steffens.
2. Akt: **Alt-Berlin.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen Im prachtvollen Garten, Leipzigerstrasse, am Dönhofsplatz.
Täglich:
Norddeutsche Sänger
Stürmische Heiterkeit bei **Alle fünf Barrisons**
Anfang Wochentags 8 Uhr, Entree 30 Pf., refer. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr, Entree 50 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal Sonntags durchweg 50 Pf. Vereine erhalten Vorzugspreise.
Zur Abhaltung von Sommerfesten Saal und Garten bestens empfohlen. Kulanteste Bedingungen.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. **Eintritt 50 Pf.**
Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/52, Lehr. Stadtbahn. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. **Eintritt 50 Pf.**

Sensationellster Erfolg der Saison.
Kiralfys „Orient“
im **OLYMPIA-Riesentheater.**
Alexanderstrasse, Ecke Magazinstrasse.
Heute und folgende Tage
2 Vorstellungen, nachmittags 5-7 Uhr, abends 9-11 Uhr
Grösstes Schaustück der Welt.
Feenhafte Wasserschauspiele, Grossartige Scenerien.
Ca. 1000 mitwirkende Personen.
Im Olympia-Theater zu London über 500 Mal ohne Unterbrechung gegeben.
Beginn des Garten-Konzerts 4 Uhr.
Der Vorverkauf ohne Aufgeld findet an der Theaterkasse vormittags von 10-11 Uhr und nachmittags von 3 Uhr an statt. Ausserdem sind Billets im Invalidendank zu haben.
Preise der Plätze von 0,50 M. bis 5,10 M. aufwärts.
Für die Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder auf sämtlichen Plätzen die halben Preise!
Der „Orient“ übertrifft alles bisher Dagewesene. Von Publikum und Presse einstimmig anerkannt.

Schweizer Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert-Theatervorstellung.
Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.
Im großen Saal während und nach der Vorstellung **Ball.** freier Damentanz. **Entree 30 Pf.**
Billets à 25 Pf. sind vorher in den Handlungen zu haben.

Passage-Panopticum.
Trotz **Wahrheit!**
Ein afrikanischer **Harem**
mit echten Bauchtänzerinnen.

Castan's Panopticum.
165 Friedrichstrasse 165.
Das Bärenweib
phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Gllck.
Die Spree-Amazone
u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins.
Die Spree-Amazone
und Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Die Spree-Amazone.
u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Teilh. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödlen bei Bestellung unsonst.
Gudrel, Panikerplatz 2, Gfasserstr. 12

Milchkübel,
Kannen, Salton, Doximal- u. Tafelwagen **Jordan,**
Kleine Markus-Straße Nr. 28.
Schankgeschäft für Parteigenossen, billige Miete, Garten, 2 Zimmer, viele Vereine und Zehlfellen, nachweisbar sichere und gute Erntenz. sofort für 3000 M. veräußert. Nur zahlungsfähigen Selbstkäufern näheres 20695 F. Mündt, Zig-Fabr., Schleifstr. 9.

Möbel u. Polsterwaren,
reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [49925*
Berlin SW., Glücker-Straße 14.

Künstl. Fä h u e.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Bereinszimmer mehrere Tage frei. Plick, Simeonstr. 23.*
Kostenfreie
ärztliche Behandlung Minderbemittelter. Tägl. 8-5 Uhr. Neue Königstr. 22, 1.
Angel-Kahn mit Segel ist z. vert. Ritter, Johannist. 3, Durg. 11.

Schöne Schlafstelle zu vermieten. Bahmannstr. 85, v. IV. Wwe. Gofniack.

Arbeitsmarkt.
Klavierarbeiter.
Der Streik der Berliner Klavier-, Klavatur- und Piano-Mechaniker dauert unverändert fort, wir ersuchen die Kollegen und verwandten Berufsgenossen, die Tischler, den Jung fernzuhalten.
286/7 Die Lohnkommission.

Achtung, Parquetbodenleger!
Folgende Geschäfte haben unseren Tarif nicht bewilligt: Ende, Kochstr. 50/51; Rosenfeld u. Cie., Mohrenstr. 11; Bendix Söhne, Androssstr. 32, und Vater, Steglitz, Schützenstr. 43. Zugang ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Gesucht!
wird von einer leistungsfähigen Kleiderfabrik ein tüchtiger Vertreter für Lindenwalde und Umgegend. Bewerber wollen ihre Adressen in der Expedition dieser Zeitung unter **Kl.-F.** niederlegen. 2082b

Tüchtige Mechaniker
bei hohem Verdienst mit verlangt. Aktien-Gesellschaft **Mir & Genest.**
Flotte Einleifer werden bei höchsten Berliner Löhnen sofort verlangt. Norddeutsche Filzschuhwaren-Fabrik Paul Ernst, Sonnenburg bei Gützin.
Tücht. Verfilberer auf walte Ranten verl. Wustlauerstr. 29. D. Bergemann.
Arbeiterinnen auf Kostüme gesucht. 20606 Stern, Alte Jakobstr. 53.
Tücht. Barockergolder u. Mattierer findet bei 27 M. Lohn dauernde Beschäftigung. C. Barthels, Goldleistenb.

Soziale Rechtspflege.

Für Vierfahrer und andere Wagenführer, die neben ihrer Thätigkeit als Kutscher zugleich die des Kassiers ausüben haben, ist ein Unfallprozess von großer Wichtigkeit, der vom Reichs-Versicherungsamte dieser Tage erledigt wurde. Der Fahrer Polley zu Berlin zog sich im Lokale des Gastwirths Hillerscheidt, Inselstraße, am 30. März 1895 gegen 11 Uhr nachts dadurch eine Beinverletzung zu, daß er plötzlich ausrutschte und zu Boden fiel. Ein Anspruch desselben auf Unfallrente, den er damit begründete, daß er sich zur Unfallzeit im Interesse des Brauereibetriebes seines Arbeitgebers in H'schen Lokale aufgehalten habe, wurde von der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft abgewiesen. Der Sektionsvorstand stützte sich auf die polizeiliche Unfalluntersuchung, die als wahrscheinlich ergeben hatte, daß Polley infolge eines Stoßes anlässlich eines Streites zwischen Herrn und Frau Hillerscheidt zu Boden kam. Er nahm an, daß hierbei jedes Betriebsinteresse ausgeschlossen sei, wenn auch Polley sich nur bei dem Gastwirth aufgehalten habe, um für den Brauereibetrieb Radon Gelder einzulassen. Das Schiedsgericht erkannte auf die Berufung des Klägers ebenfalls zu seinen Ungunsten, worauf dieser beim Reichs-Versicherungsamte Rekurs einlegte. Letzterer erhob nochmals Beweis und stellte fest, daß der Kläger auf ausdrückliches Verlangen des Hillerscheidt erst spät abends sich in der Kneipe eingefunden und dann noch längere Zeit auf dessen Wunsch gewartet hatte, bevor er das im Auftrage seines Arbeitgebers einzuziehende Geld erhielt. Ferner hielt aber das Gericht für erwiesen, daß Polley nach Empfang des fraglichen Betrages sich nicht gleich entfernte, sondern noch einige Minuten im Lokale verweilte, dazu durch die Absicht des Wirthes veranlaßt, ihn trotz der späten Stunde noch zu begleiten. Als Kläger dann gehen wollte, glitt er nach der Aussage eines Zeugen ohne erkennbare Ursache aus und erlitt einen Knöchelbruch. Auch das Rekursgericht wies die Forderung des Klägers zurück. Das Kassiren sei sehr wohl eine Vertriebshandlung gewesen, diese hätte indessen mit dem Einstecken des Geldes ihren Abschluß erreicht gehabt. Der weitere Aufenthalt im Lokale habe in keinerlei Beziehung zum Brauereibetriebe gestanden, Kläger hätte vielmehr, als der Unfall passirte, sich nur aus persönlichen Gründen noch im Lokale befunden, und das sei ausschlaggebend.

Gerichts-Beilage.

Die Vertheilung der Verantwortlichkeit unter mehrere Redakteure behandelt ein Erkenntnis des Reichsgerichts, welches heute in der Prozesssache gegen den Redakteur Karl Thiel in Harburg gefällt wurde. In unserem Parteiorgan, dem „Volksblatt für Harburg“, war die Berufschrift in einem Prozesse gegen einen Kolonialwaarenhändler in Lüneburg veröffentlicht worden, bevor die Berufsungsverhandlung stattgefunden hatte. Daran waren Erörterungen über Vereine und Vereinsrechte geknüpft worden. Es lag ein Vergehen gegen § 17 des Preßgesetzes vor. Das Landgericht Stade, welches am 8. April in dieser Sache verhandelte, hat den Redakteur Thiel zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Nun war die betreffende Zeitungsummer von mehreren Redakteuren verantwortlich gezeichnet worden. Verantwortlich für die Rubriken „Politik“, „Festsetzung“ und „Beimilchtes“ war Thiel, für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung aber Heinrich Kaufmann. Die inkriminierte Notiz hatte nicht in einer der drei besonders genannten Rubriken gestanden, sondern in dem übrigen Theile. Das Landgericht hatte aber nur Thiel zur Verantwortung gezogen, weil die Notiz wegen des Inhaltes als politische angesehen wurde. — Auf die Revision Thiel's hob das Reichsgericht im Einverständnis mit dem Rechtsanwalt das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es komme bei der Vertheilung der Verantwortlichkeit (§ 7, 2 Preßgesetz) nicht nur auf den Inhalt an, sondern auf Form und Inhalt. Die Rubriken seien hier anscheinend in erkennbarer Weise abgegrenzt. Dann komme es nicht auf den Inhalt an, sondern auf den Platz, wo die inkriminierte Notiz stand. Als verantwortlich müsse dann auch derjenige Redakteur angesehen werden, der für die betr. Rubrik zeichnet habe.

Die Veröffentlichung der Anklageschrift. Eine für die Presse bedeutungsvolle Entscheidung fällt am 4. Juni der erste Strafsenat des Reichsgerichts in einem Prozesse gegen den Rechtsanwalt Reinhold Schrapf aus Zwidaun. Derselbe ist am 5. März vom Landgericht Hof von der Anklage aus § 17 des Preßgesetzes freigesprochen worden. Dieser Paragraph befiehlt, daß die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden dürfen, als bis sie in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Rechtsanwalt Schrapf war in Zwidaun in einen Verleumdungsprozess verwickelt und hatte, bevor über die vom Staatsanwalt gegen das landgerichtliche Urtheil eingelegte Revision vom Reichsgerichte entschieden worden war, in einem Hofen Blatte einen Artikel veröffentlicht, in welchem ein Satz aus der Anklageschrift hineingeschoben war. Er behauptete, er sei sich nicht bewußt gewesen, die Anklageschrift ganz oder theilweise wiederzugeben. Das Landgericht konnte nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß in der Zwidauner Verhandlung gegen den Angeklagten jene Stelle der Anklageschrift nicht nur dem Sinne nach kundgegeben sei, und sprach deshalb frei. Der Reichsanwalt hielt die Revision des Staatsanwalts nicht für begründet. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Aufhebung des Urtheils und verwies die Sache an das Landgericht Hof zurück. Die Gründe lauteten: Da für die Anklageschrift jetzt besondere Bestimmungen nicht mehr bestehen, so ist es in allen übrigen Schriftstücken gleichzustellen, bezüglich derselben ist in § 17 des Preßgesetzes heißt, daß sie nur dann veröffentlicht werden dürfen, wenn sie in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Nun ist nicht ausgeschlossen, daß auch eine Anklageschrift unter Umständen — etwa zur Ergänzung des Eröffnungsbeschlusses oder aus sonstigen Gründen — in legaler, prozessmäßiger Weise, sei es vom Vorsitzenden oder vom Gericht oder mit Erlaubnis des Gerichts in der Hauptverhandlung kund gegeben werden kann. Das dies im vorliegenden Falle geschehen sei, ist aus dem Urtheil nicht zu ersehen. Ist aber diese Kundgebung im gesetzlichen Sinne nicht erfolgt, dann dürfte die Veröffentlichung nur dann erfolgen, wenn das Verfahren geschlossen war, was nicht der Fall war. Deshalb muß die Auffassung des Landgerichts, daß die Anklageschrift in der Hauptverhandlung „kundgegeben“ worden sei, als auf Rechtsirrtum beruhend bezeichnet werden.

Wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und Verleumdung eines Rechtsanwalts hatten sich gestern der Schneider Weichau und der Rechtskonsulent Krenke vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der erste Angeklagte hatte gegen seine Ehefrau einen Ehescheidungsprozess angestrengt, in welchem Rechtsanwalt Dr. Gabriel die Frau

vertrat. Besonders heftige Kämpfe wurden um die Alimentationspflicht geführt, die der Angeklagte Weichau bestritt. Der Prozess wurde zu seinem Ungunsten entschieden. Er erstattete alsdann gegen eine in diesem Prozess gegen ihn aufgetretene Zeugin die Strafanzeige wegen Meineides und als er auch hiermit kein Glück hatte, ließ er sich von dem Rechtskonsulenten Krenke sowohl eine Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft, als auch eine Eingabe an die Anwaltskammer anfertigen und beschuldigte darin den Rechtsanwalt Dr. G. neben anderen Dingen auch dahin, daß er im Interesse seiner Klienten Zeugen „gedungen“ habe. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Rechtsanwalt in keiner Beziehung gegen seine Amtspflicht gehandelt hätte, gleichzeitig konnten aber auch die Angeklagten nachweisen, daß sie sich bei ihren Eingaben auf die Mittheilung einer dritten Person gestützt hätten. Der Gerichtshof war deshalb mit dem Rechtsanwalt Morris darin einig, daß die Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung fallen müsse, er hielt aber den Ausdruck „Zeugen gedungen“ für eine schwere Verleumdung des Rechtsanwalts und verurtheilte den Angeklagten Weichau zu einem Monat, den schon mehrfach vorbestraften Krenke zu drei Monaten Gefängnis.

Die „Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft“ theilt mit: Heute stand vor der Nichtigkeits-Abtheilung des kaiserlichen Patentamts Termin in der Nichtigkeits- und Jurisdictionssache von Seiten der Firmen: Continental-Gasglühlicht Aktiengesellschaft, Meteor, vorm. Kroll, Berger u. Co. und F. Buhle, Aktiengesellschaft für Metall-Industrie gegen das der „Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft“ gehörige Brenner-Patent 43 991 (Pintsch-Patent) an. Die Kläger Aktiengesellschaft Meteor und Buhle wurden mit ihren Nichtigkeits- und Jurisdiction-Anträgen kostenpflichtig abgewiesen und das Brenner-Patent der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft für zu recht bestehend erkannt.

Der verhaftete ehemalige Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank, Hermann Friedmann, ein Vetter des Dr. Frey Friedmann, wird in der im Juli stattfindenden letzten Schwurgericht-Tagung vor den Gerichtserien abgeurtheilt werden. Er ist am 8. Februar in Ost genommen worden und wird beschuldigt, außer Kraft gesetzte Aktien der Potsdamer Straßenbahn unter Verletzung des betr. Vermerks veräußert zu haben.

Wegen der Metalldiebstähle in der kgl. Artilleriewerkstatt haben zwei daran theilhabende Personen bereits ihre Strafe erhalten. Es sind dies der Klempner Bauer in Berlin und der Arbeiter Gabriel in Spandau, die sich vorgestern deshalb vor dem Schöffengericht zu verantworten hatten. Ersterer wurde zu 4 Wochen, der andere zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt. Beide waren über 20 Jahre hindurch in der Fabrik beschäftigt und haben nun ihre Stellungen dafelbst eingebüßt. Die anderen in dieser Sache verhafteten Personen sind, wie es heißt, erheblich schwerer bestraft und werden, sobald die Untersuchung abgeschlossen sein wird, der Strafkammer überwiesen.

Der preussische Gendarm und die Rechtsprechung. Eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht II mußte gestern vertagt werden, weil ein als Zeuge geladener Gendarm angezeigt hatte, er sei bis Ende Juni zur Dienstleistung in der Gewerbe-Ausstellung kommandirt und daher „unabkömmlich“.

In dem Strafverfahren gegen den amerikanischen Rennfahrer Thomas Kneeb ist zum 4. Juli d. J. vorm. 9 Uhr Termin zur Hauptverhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I anberaumt worden.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Klempner, die am 3. Juni bei Cohn, Deuthstraße, tagte, beschäftigte sich mit dem Thema: „Wie erhalten wir das im Frühjahr Ertrungene aufrecht?“ Nach dem Referat des Vertrauensmannes der Berliner Metallarbeiter, Mäther, ist die neunstündige Arbeitszeit bei den Klempnern zum Theil durch die häufigen Ueberstunden, die gemacht werden, wieder illusorisch. Ebenso wie der Zuschlag von 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden nicht selten verweigert wird, ist von den Unternehmern wiederholt versucht worden, und sogar theilweise mit Erfolg, den Stundenlohn von 45 Pf. zu reduzieren. Um genau festzustellen, inwieweit eine Minderung in den Verhältnissen stattgefunden hat, will man zunächst eine Statistik ausnehmen und dann, wenn sich die Nothwendigkeit ergibt, die geeigneten Schritte unternehmen. Zunächst sei aber darauf zu achten, daß die Werksstätten-Vertrauensmänner eine intensivere Agitation entfalten. Weiter forderte der Redner auf, den Beschluß, wöchentlich 50 Pf. zur Unterhaltung der Gemeinregeln abzuliefern, hochzuhalten, um bei der Krasprobe, welche das Unternehmertum beabsichtigt, in jeder Weise gerüstet zu sein. In der darauffolgenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten, allseitig bekräftigt und verschiedentlich der Indifferenzismus, der einen großen Theil der Klempner noch beherzigt, bedauert. Eine Resolution, worin die Verammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten erklärt und als einziges Mittel, das im Frühjahr Ertrungene festzuhalten, den Zusammenschluß in der Organisation erblickt, fand einstimmige Annahme.

Eine öffentliche Versammlung der Kaufschmiede und Schlosser tagte am 4. Juni bei Meier, Müllerstraße. Das Thema war wieder: Wie stellen sich die Schlosser und Kaufschmiede zum Neunstündentag. Das Referat hatte der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter O. Mäther übernommen, der in seinen Ausführungen auf die Schäden der langen Arbeitszeit in sanitärer und sittlicher Beziehung hinwies und bezeugend auf die große Zahl der Arbeitslosen und die hieraus resultirenden niedrigen Löhne, die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit eingehend begründete. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine kurze Diskussion, in der zum Anschluß an die Organisation und zur regen Agitation aufgefordert wurde, um die Durchführung des Neunstündentages zu ermöglichen. Außerdem wurden verschiedene Mißstände von einigen Werksstätten kritisiert und von mehreren Rednern auf das Verwerfliche der Ueberstundenarbeit hingewiesen. Nachdem noch aufgefordert worden war, in allen Werksstätten Vertrauensmänner zu wählen und Werksstättenversammlungen einzuberufen, um die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit eingehend zu diskutieren, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, pro Woche 50 Pf. an den Agitations- und Unterstützungsfonds zu entrichten; erne eine rege Agitation, in allen Werksstätten für den Neunstündentag zu entfalten, damit möglichst noch in diesem Jahre eine diesbezügliche Forderung an die Unternehmer gestellt werden kann.“

Die Angestellten der Privatpost, welche sich seit Donnerstag im Streik befinden, hielten am Freitag Vormittag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Etwa 500 Personen füllten den Saal von Vohly bis auf den letzten Platz. Zunächst machte Schumann den Vorschlag, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Dies Verfahren habe den Vortheil, daß

dadurch die ekkenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Privatpost amtlich bekannt würden und infolge dessen die öffentliche Meinung zweifellos auf die Seite der Angestellten treten werde. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Ueber die gegenwärtige Situation der Bewegung berichtete Kähler: Nachdem sich die Direktion anfangs entschieden ablehnend gegen Verhandlungen mit der Kommission verhielt, weil sie die Befugnis derselben zur Vertretung der Angestellten bestritt, sei es den Bemühungen der Kommission gelungen, eine Unterredung mit Direktionsmitgliedern zu erlangen. Dieselben erklärten sich bereit, Donnerstag nachmittags 2 Uhr mit der Kommission zu unterhandeln, welche der Einladung folgte. Die Verhandlung der Kommissionsmitglieder seitens der Direktion sei jedoch eine unwürdige gewesen, daß man es für notwendig hielt, die Verhandlungen abbrechen. Die Angestellten könnten mit aller Ruhe dem weiteren Verlauf der Dinge entgegensehen. Zwar habe sich eine Anzahl von Streikbrechern gefunden, doch werde es der Direktion nicht möglich sein, mit diesen ungeübten Arbeitkräften den Betrieb aufrecht zu erhalten. Daß die Direktion derselben Ansicht sei, beweiße, daß sie nun ihre Angestellten zu einer Versammlung behufs Unterhandlung eingeladen habe. Da aber nicht einer der Angestellten dieser Einladung Folge geleistet habe, so schlug der Redner vor, daß auch die hier Anwesenden die von der Direktion einberufene Versammlung nicht besuchen sollten. Der Vorschlag wurde angenommen und ein Votum an die Direktion gefaßt, mit einem Schreiben des Inhalts, daß die Angestellten zu Unterhandlungen bereit seien und zu diesem Zweck dem Erscheinen der Direktion im Versammlungslokale bei Vohly bis 1/2 11 Uhr entgegenzusehen. Der Votum kam nach einer halben Stunde zurück mit dem Bescheid, daß die Direktion die Angestellten ersuche, sofort nach der Wasserthorstraße zu kommen, um mit ihnen zu unterhandeln. Diese Antwort wurde mit Heiterkeit aufgenommen und auf Vorschlag Kähler's beschlossen: Da es unmöglich ist, mit 3-400 Personen erfolgreich zu verhandeln, so ist nach wie vor die Kommission ermächtigt, die Verhandlungen im Namen der Angestellten zu führen, wozu sie jederzeit bereit ist. Dieser Beschluß wurde sofort der Direktion telephonisch mitgeteilt, worauf die Antwort erfolgte, daß die Direktion auf ihrem Standpunkt beharre, und die Angestellten erwarte. Sie sei allenfalls bereit, mit einer Kommission zu unterhandeln, die aber nur aus Angestellten, die noch bei der Gesellschaft in Arbeit stehen, zusammengesetzt sein dürfe. Die beiden Kommissionsmitglieder Schumann und Kähler lehne sie unter allen Umständen ab. Wenn die Angestellten nicht diese beiden Mitglieder fallen ließen, dann verzichte die Direktion auf weitere Unterhandlungen. Die Versammlung beschloß dagegen, die Kommission in der bisherigen Zusammensetzung bestehen zu lassen und unter keinen Umständen auf ihre Vertreter Kähler und Schumann zu verzichten. Am Sonntag Vormittag findet wieder eine Versammlung der Angestellten bei Vohly statt.

In einer öffentlichen Arbeiterversammlung, die am Donnerstag im Louisenstädtischen Konzerthaus tagte, wurde zuerst der Rechenschaftsbericht über die verlassene Lohnbewegung erstattet, an den sich eine ziemlich erregte Debatte knüpfte. Nikolai beanstandete namens der Revisoren einen Aufgabeposten von 63 M., davon kommen je 27 M. auf die Lohnkommissionsmitglieder Link und Böbling, die denselben für ihre Thätigkeit in der ersten Streikwoche zu unrecht gezahlt worden sein sollen. Die gleiche Befolgung der übrigen 3 Lohnkommissionsmitglieder für die erste Woche wird seitens der Revisoren nicht beanstandet, da diese ihre Arbeit bei Meistern die bewilligt haben, im Interesse der Kommissionsarbeiten niederlegen mußten, was bei den beiden erwähnten nach Ansicht der Revisoren nicht der Fall war. Mit sehr scharfen Worten bezeichnete Nikolai das Verhalten Link's, der ferner als Kommissionsmitglied einen Betrag von 9 M. erhob für zwei Tage, an denen er beim Meister in Arbeit stand. Diese Handlung wurde auch von anderer Seite scharf getadelt, während man bezüglich des anderen Punktes der Meinung war, daß für die erste Woche entweder kein Kommissionsmitglied, oder aber alle gleichmäßig besoldet werden müßten, umfomehr, als auch Link und Böbling behaupteten — und andere Kollegen bekräftigten es —, daß auch sie der Kommissionsarbeiten wegen ihre Berufsarbeit aufgeben mußten. Nach sehr langer Debatte, in der auch mancherlei persönliche Angelegenheiten zur Sprache kamen, wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung erklärt die Befolgung sämmtlicher Lohnkommissionsmitglieder für die erste Streikwoche als gerechtfertigt, tadelt aber ganz entschieden den Kollegen Link dafür, daß er sich als Lohnkommissionsmitglied zwei Tage bezahlen ließ, an denen er seiner Berufsarbeit oblag.“ Link erklärte, daß er den zuviel erhaltenen Betrag sofort zurückzahlen werde und damit die Sache für erledigt halte. — Die Versammlung erklärte ihre Sympathie für den Londoner Kongress, beschloß aber, denselben der hohen Kosten wegen nicht zu besuchen. Nach kurzer Debatte wurden als Kandidaten für die Gewerbegerichtswohl Schmal und Nowusch ausgestellt. Da das Mandat der Lohnkommission erloschen ist, wurde zur Leitung der Agitation Kollege Jakobei gewählt.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-10 Uhr: Sächsisch-Schule, Waldemarstr. 14: Redeüberlegung. (Zur wichtigsten Sache für die Arbeit des öffentlichen Lebens. Lehre vom Aufbau eines Rotations-) Herr (Lehrer) Schuch. — Nordische Schule, Müllerstr. 179: Nationalökonomie. (Allgemeine Nationalökonomie. Ueber den gesellschaftlichen Arbeit. Die verschiedenen Produktionsformen. Das charakteristische der kapitalistischen Produktionsform. Theorien zur Erklärung des Kapitalismus, die Klassen der Nationalökonomie. Marx' Fortführung und Kritik: Verth, Mehrwert, Zirkulation des Kapitals, Profit, Handelsgeheim, Grundrente. Die Tendenzen der freien Konkurrenz und der Umanisationskampf der Arbeiterklasse. Die ökonomische Theorie von Marx in ihrem Verhältnis zur materialistischen Geschichtsauffassung.) Herr Dr. Konrad Schmidt. — Die Schulräume sind zur Veranugung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Allgemeines Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (S. S. 23) Hamburg, Pitale Berlin 3. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 7. Juni, Sonntag 10 Uhr bei Wied, Siemensstr. 17, Tagesordnung: 1. Rollenbericht. 2. Bericht der Delegirten von der Generalversammlung. 3. Uebersicht der gesamten Ortsverwaltung. 4. Geschäftsbericht.

Verein der Maschinen-, Heizer und Gerüstbauern Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 6 Uhr, in der Oranienstraße 31, Versammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 7. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Rute, Jüdenstr. 36: Sitzung.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Pilske Berlin 1. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 8. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreestr. 26. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Gewerkschaftskongress. 2. Geschäftsbericht.

Lehrer der Holz- und Bretterträger, sowie der Bretterträger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Juni 1896, vorm. 10 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung Müllerstr. 7.

Privat-Strateregesellschaft „Bornsdorfer“. Sonntag, den 7. Juni, nachmittags, bei Besfahr, Jüdenstr. 6, 1 Tr., Sitzung. Gähne willkommen.

Hilfswerker-Verband. Sonntag, 7. Juni, mittags 12 Uhr, in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 48, Vereinsversammlung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Palaststr. 3. Alle Werbungen im Vereinskalender sind zu richten an: Arbeiter-Korrespondenz, Wanteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Kameradschaft Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Engel, Kottbuscherdamm 72. Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: Hermann Jahn, Schöndorfer Allee 177 a.

Achtung! Metallarbeiter.

Montag, 8. Juni, abends präz. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Joël, Andreasstr. 21:

Öffentl. Versammlung der Metallarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter. Referent Kollege Litfin.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Besonders werden hiermit die Kollegen der Firmen Dr. Meyer, Holzmarktstraße, G. Solm's (Inh. Bernhard Harz), Holzmarktstraße 50, G. Lärm, Andreasstr., Brückmann, Mittag, Rarger, Stein, Julius Pintsch, Andreasstr. 72-73 eingeladen.
- Kollegen, die Versammlung kann direkt von der Werkstat aus von jedem Arbeiter besucht werden. Es ist Ehrenpflicht aller, pünktlich zu erscheinen.
- Der Vertrauensmann: Ab. Seyne, Langestr. 75, v. 3 Tr.
- NB. Die Inhaber der Formerkisten Nr. 161, 162, 163, 164, 166, 167 werden hiermit aufgefordert, dieselben abzurechnen. 282/15

Maurer!

Große öffentl. General-Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

Sonntag, den 7. Juni ex., vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg-Strasse 22.

Tages-Ordnung:

1. Endgiltige Beschlussfassung über die Frage: Erzieht man am Montag den 8. Juni für den Neunhunderttag auf den Bauten, wo noch 10 Stunden gearbeitet wird, ein?
 2. Bekanntmachungen. 140/4
- Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Glaser!

Große öffentliche Versammlung

Sonntag, 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Volk, Alte Jakob-Strasse Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lohnforderungen denken die Glasergehilfen im Herbst zu stellen? 2. Wahl der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. 79/10
- Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung der ausgesperrten Hutarbeiter u. Arbeiterinnen

am Sonntag, 7. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Lips (Brauerei Friedrichshain).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Das moderne Arbeiterrecht“.
 2. Bericht über die gegenwärtige Lage des Streiks.
 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 88/11
- Die Lohnkommission.

Verband der Möbelpolierer.

Montag Abend 8 Uhr bei Kranz, Bad-Strasse Nr. 12: Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Händel über: „Platonischer und archaischer Kommunismus“.
 2. Der Streik bei Fuß, Blumenstr. 30, und wer tritt die Arbeiterrechte mit Füßen? 3. Das Verhalten des Möbelpolierers Ferdinand Volk. 4. Verschiedenes.
- Außer Volk sind noch Mint, Graubaum und Krüger, welche jezt bei Fuß die Polierarbeit verrichten, hiermit eingeladen. 290/5

Zimmerer!

Den Mitgliedern des Verbandes deutscher Zimmerleute (Zahlstelle Berlin) zur Kenntnis, daß unsere Monats-Versammlung erst am 21. Juni stattfindet und nicht, wie im „Zimmerer“ steht, am 14. Juni.

Den Mitgliedern der Bezirks-Zahlstelle Nr. 2 theilt Unterzeichneter mit, daß laut Vorstandsbeschluss Kamerad Siegmund, Reichenbergerstr. 81, Quergebäude 3 Tr., bis zur Genesung des Kamerad Bachmann als Bezirks-Lassierer eingeseht ist. 285/1 Der Vorstand.

Gürtler!

Montag, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Henke's Salon, Mannstr. 27: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der gegenwärtige Stand der Aussperrung, mit besonderer Berücksichtigung der Situation in den Werkstätten von Frister und Schäffer u. Dehmann. Referent Otto Mähler. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kandidaten zu den Gewerboerichtswahlen. 4. Verschiedenes.
- Der Bedeutung der Tagesordnung entsprechend, werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.
- Der Vertrauensmann der Gürtler: R. Heinrich, Wienerstr. 61. 282/16

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“. Mitglieder-Versammlung. Dienstag, den 9. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr, in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. Nr. 48-50.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. - Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. 239/1 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann Richard Henning nach schweren Leiden am Donnerstag, den 4. Juni, verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Jungs-Gemeinde aus statt. Die trauernde Wittwe
Emilie Henning geb. Schunke.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Elisabeth Basemann nach schwerem Leiden am 3. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofs zu Wilmersdorf aus statt. Um stillen Beileid bitten
20665 Die Hinterbliebenen.

Dankagung.
Für die so außerordentlich zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meiner Frau Christiane, geb. Hindenberg, sowie für den hochherzigen Opfermuth der Frauen und Genossinnen im Gefolge, für die so reiche Blumenspende, für die uns so tief zu Herzen gehenden, vom Kollegen Gutheit am Grabe gewidmeten Worte, insbesondere den Meistern und Kollegen der Firma Brodny u. Seidel für Theilnahme und Kranzspende, allen sagen wir unseren aufrichtigen Dank. 2067b
Georg Endrikatis nebst Kindern.

Dankagung.
Für die überaus vielen Beweise inniger Theilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, des Zeitungspediteurs Max Kirich, ist es mir nicht möglich, jedem einzelnen meinen Dank auszusprechen, deshalb sage ich auf diesem Wege allen Freunden, Kollegen u. Parteigenossen, insbesondere dem Herrn Theodor Meyer für seine mich erschütternde Ansprache meinen tiefgeföhnten Dank.
Ww. Emilie Kirich, Ritterstr. 107, 2061b nebst Verwandten.

Bekanntmachung
der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Lackierer.
Außerordentliche General-Versammlung
am Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1895 und Bericht der Revisoren.
2. Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Vorstandsmittglied (Arbeitnehmer).
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer sind hiermit eingeladen.
Wir geben ferner hiermit den Mitgliedern bekannt, daß die ärztliche Behandlung vom 8. Juni d. J. wieder von den Mitgliedern des Vereins der freigewählten Kassenärzte stattfindet, da die Verfügung des Magistrats vom 20. Dezember v. J. vom Ober-Präsidenten aufgehoben worden ist.
104/18 Der Vorstand.
J. A.: Herm. Ränge, Vorsitzender.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinzetten.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Hosenfabrik
Einzelverkauf
Alexander-Str. 38 a,
1. links, am Alexanderplatz, unterhält großes Lager zu Engros-Preisen in Herren-Hosen, Durschen-Hosen, einzelne Schul- u. Knaben-Hosen für jedes Alter und giebt Ficklappen gratis.

Günstiger Möbel-Anverkauf
wegen Räumung des Ladens zum Selbstkostenpreise.
Fr. Anna Wildberger, Fiedlerstraße 31 (Moabit).

Neu und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzcke, gegründet 1872, Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor, 5015E.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 5023L.
S. F. Pinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Bergsagen.
Berlins und Umgegend.
189/19
Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, in der Oranienstraße 51: **Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Boltz, Alte Jakobstr. 75:
Mitgliedschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Woyl über: „Hypnotismus“. 2. Das graphische Kartell. 3. Mitgliedschaftsangelegenheiten. 26/9
Es ersucht um zahlreichen Besuch
Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 13. Juni 1896:
Grosses Sommernachts-Fest
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenhaide 108-114.
Grosses Konzert.
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Brillant-Laud- und Wasser-Feuerwerk.
In beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang nachmittags 4 Uhr.
Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt.
Billets inkl. Tanz 3 30 Pf. sind bei den Werkstat-Vertrauensmännern, bei den Kassieren, in sämtlichen Zahlstellen, sowie auf dem Arbeitsnachweis, Annenstr. 59, zu haben. [293/7] Der Vorstand.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hanskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. - Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Tiere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
H. Jmbs.

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl. 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.

Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Heute, Sonnabend, vorm. 10 Uhr: Eröffnung.
Restaurant, großer schattiger Garten.
Festäle und Vereinszimmer jeder Größe.

Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen. **Grünau.** Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen.
Gastwirthschaft G. Tindenhayn, Friedrichstraße 2.
Garten - Kegelhahn - Kleiner Saal mit Piano - Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Gesangvereins. - Speisen und Getränke in bekannter Güte. Gr. Weisses 20 Pf. 1/10 Böttow Versand 15 Pf.

Restaur. Spree-Schloss
Bes.: Ernst Brüning.
Friedrichshagen, Seestr. 23.
Erstes Wasser-Local Friedrichshagens mit Dampf-Antegetellen, großem schattigen Garten, Saal, Kegelhahn, Bairisch Bier Seidel 10 Pf., Berliner Weisse 20 Pf., Ruberboote 1 bis 3 Personen Stunde 50 Pf. 2126E

Sänger's Ruh
Gust. Jansel
Beelighof (Wannsee)
in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee sowie Wannsee zu erreichen.
Großer schattiger Garten, Kaffeeküche, Kegelhahn u. s. w. Vorzögl. Speisen und Getränke. 5056E
Große verdeckte Hallen u. Saal für Vereine und Gesellschaften stehen zur Verfügung. Bei größeren Partien Preisermäßigung.
Carl Ulrich, Buffetier.
Das Lokal Zehlendorf, Zeltowerstraße 23, steht zur Verfügung; auch können Familien Kaffee lochen. 1919b Herrn. Warnke.

Mart. Berndt's Würstchenbe
empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendessen. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: ff. Eisbein. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bitten Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstraßen- Ecke.
Weiß- und Bairisch-Bier-Local v. A. Günther, Frankfurter Allee 18. Vereinszimmer mit Piano, 60 Pfg. fassend, zu vergeben. 5185E

Charlottenburg. 1268b
Hugsburgerstr. 78, jeden Sonntag von 4 Uhr nachmittags ab: Musikalische Unterhaltung. W. Bredlow.

Paster's
Gesellschafts-Säle
Neue Königstrasse 7.
Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5013L.

Charlottenburg.
Empfehle allen Freunden und Bekannten das Bierlocal „Zur alten Linde“. Schattiger Vorgarten. Leibnizstr. 3, i. V.: Rötiger.



Die Weinbauzeit hat sich sehr frühzeitig angesetzt, so daß die Lesezeit vorwiegend von uns allein fabricierten Halbs, Halb und Halb, Mampe mit Pomeranzen zum Verkauf kommen.

Die sehr gute Qualität, die wir zum Verkauf anbieten, ist durch die sehr gute Arbeit der Arbeiter in unserer Fabrik zu erklären. Die Qualität ist durch die sehr gute Arbeit der Arbeiter in unserer Fabrik zu erklären.

Carl Mampe
Alleiniger Fabrikant des echten "Halb und Halb" Mampe mit Pomeranzen.
Berlin, N. Veteranenstrasse 24.
Bez. 2219

Auszug
aus dem Gesetz zum
Schutz d. Warenbezeichnung
vom 12. Mai 1894.

§ 14.
Wer wesentlich oder aus grober Fahrlässigkeit Waren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen mit dem Namen oder der Firma eines Anderen oder mit einem nach Massgabe dieses Gesetzes geschützten Waren Zeichen widerrechtlich versieht oder dergleichen widerrechtlich gekennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.

§ 15.
Wer zum Zweck der Täuschung in Handel und Verkehr Waren oder deren Verpackung oder Umhüllung, oder Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen oder dergleichen mit einer Ausstattung welche innerhalb bedingter Verhältnisse als Kennzeichen gleichartiger Waren eines Anderen gilt, ohne dessen Genehmigung versieht, oder wer zu dem gleichen Zwecke dergleichen gekennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet und wird mit Geldstrafe von einhundert bis dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Nur jeden Sonnabend fabelhaft billiger

Stiefel-Tag!

Heute, Sonnabend, den 6. Juni, verkaufen wir sowohl allerbeste Halbschuhe für Herren in braunem oder schwarzem Leder als auch sehr haltbare u. doch elegant gearbeitete Herren-Zugstiefel mit Besatz oder in ein. Stück, sowie auch allerbeste Damen-Zugstiefel in garantiert echt. Kalbleder, Besatz, statt 9-10 M. **6⁸⁰**

Hugo Rosenfeld & Co.,
Berlin C., Stechbahn 1. „Rothes Schloss“.

Boeken erhalten:

Die Sommer-Ausgabe des Arbeiter-Verkehrs-Almanach für Berlin und Umgegend. Da beigefügt durch alle Quartale Buchhandlung, Schreibmaterialien, Zeitungs-Abonnements, sowie vom Verleger Hans Baake, Berlin S., Gips-Platz 10.

Billigste Gelegenheit
einer vorzüglichen Beköstigung
in der Gewerbe-Ausstellung
Brauerei - Ausschank

der
Brauerei Pichelsdorf
im Vergnügungspark (vom Eingang rechts geradezu).

Diners bestehend aus: Suppe, Fisch oder Fleisch, -
Graten mit Kompot und Salat,
Eis - Butter und Käse - von 1-4 Uhr
zu **0,80 Pfennig.**

Reichhaltige Speisekarte zu sehr billigen Preisen.
Vorzügl. helles u. dunkles Pichelsdorfer Lagerbier
à Glas 15 Pf.
Musik der eigenen Matrosen - Kapelle.
Abends glänzendes Belichtung.
Raum für 6000 Personen. — Entree frei. —

Cigarren, Cigaretten
Rauch-, Kau- und Schnupftabake

empfiehlt äußerst preiswerth
Willy Kahmann, Kommandantenstr. 22,
in nächster Nähe der „Arminhallen“ (Nr. 20)
früher Angestellter der Akt.-Ges. Schäffer & Walcker.
Bitte höflichst, sich beim Einkauf auf diese Annonce zu beziehen.

Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider
Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Für Kranke!
Echt Cognac
Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50-5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.

Volks-Badeanstalt Rixdorf.
Canner Chaussee. A. Stelzenburg.

Empfehle den geehrten Bewohnern von Rixdorf und Umgegend meine renovirte Badeanstalt für Herren u. Damen mit Schwimmbassin. Billige Abonnements u. Ausbildung f. Schwimmschüler. Schöner Aufenthalt im schattigen Garten. 4 gute Kegelbahnen u. sonstige Volksbelustigungen. Kaffeeklohe. Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Spezialitäten u. Theatervorstellung, im Saal: Gr. Ball. Vereinen steht mein Lokal unentgeltlich zur Verfügung.

Martin Meyerstein
Magazin für elegante Herren-Moden
Berlin W., Friedrichstr. 72, zwischen Tauben- und Jägerstrasse.
Fertige Anzüge in ersten Qualitäten und bester Arbeit von 30 Mark an.
Anfertigung nach Maass stellt sich 6 Mark theurer.
Die Firma besteht seit 1848.
Ich bitte, um Verwechslungen zu verhüten, genau auf meine Firma zu achten. 5286L*

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,
echten alten Nordhäuser Liter Nr. 1, — 1/2 L. R. 0,50
extra alte Waare 1,40, 0,70
echten alten Korbrandwein (besten Ertrag f. Cognac) Bl. Nr. 1,50, 1/2 Bl. Nr. 0,80

Möbel-Ausverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbeldepot, Neue Köpenickerstrasse 55, sollen ca. 200 Wohnungsgeräthe, verleihten gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitspreise ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beantragen ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark, Kommoden, Küchenspend 12, Aufbaum-Kleiderständer, Bettstühle 20 Mark, Tischstühle 25, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Sophas 15, Säulenspenden, Kleiderständer, hochlegant 50, Trümeaux mit Säulen und Kristallglas 60, Herrenschreibtische, Büchergarnituren 60 Mark, Kanoelsofhas 75 Mark, Stempdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Auslieferungspolster lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb. 4681L*

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in der eigenen Niederlage
Bellealliancestr. 98/99
und
Rosenthalerstr. 63/64
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstrasse 10. Köln a. Rh., Eigelstein 68.
" Dachauerstrasse 83. Bremen, Faulenstrasse 75.
Frankfurt a. M., Liebfrauen- Hannover, Klagesmarkt 7a.
berg 26. Hamburg, Weststrasse 8a.
Düsseldorf, Bismarckstrasse 91. Leipzig, Reiterstrasse 87.
Braunschweig, Böbe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 5228L*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.
Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Herren-Hüte 65 Pf.
Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 50511L*
Barnimstr. 4/5,
Eröffnet bis 10 Uhr abends auch Sonntags.
Kastanien-Allee 101.

Eine Uhr

repariren und reinigen (außer Bruch) 1 M. 25 Pf. Neue Feder 1 M. Prima Uhrglas 20, Zeiger 5 u. 10 Pf., Uhrschlüssel 5 Pf. Jedem Arbeiter, der sein Geld sauer verdienen muß, biete ich für billiges Geld Gelegenheit, seine Uhr in Stand zu setzen. 2056b M. Döyner, Rixdorf, Berlinerstr. 56.

M. J. Hahio,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und Verwertung. 5014L*
Kath. Aushunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.
Gründergeschäft mit Rolle zu verkaufen Christinenstr. 41. 2016b*

Einladung zum Abonnement

für das

Theater des Westens.

Auf dem ca. 1000 Quadratruhen umfassenden Grundstück

Kantstrasse 8 bis 12

hat Herr Baumeister **Bernhard Schring** nach eigenen Plänen und Entwürfen ein

neues Schauspielhaus

errichtet, welches am **1. Oktober dieses Jahres** seiner Bestimmung übergeben werden soll. So recht eigentlich im Mittelpunkt jenes vornehmsten Stadttheils gelegen, den man als den

Westen Berlins

bezeichnet (trotzdem er auch städtliche Parthien von **Charlottenburg** und **Schöneberg** in sich schliesst), wird das neue Haus mit Recht den Namen

Theater des Westens

führen.

Das Theater liegt **zwei Minuten entfernt vom Bahnhof „Zoologischer Garten“** und vom Bahnhofs Savigny-Platz. In unmittelbarer Nähe führen zahlreiche Dampf- und Pferdebahn- und Omnibus-Linien u. s. w. zu ihm — es ist vom Mittelpunkte Berlins sowohl, wie von den Vororten aus genau so bequem zu erreichen, wie jedes andere Theater der Hauptstadt. Halteplätze für Droschken I. und II. Klasse sind vorgesehen. Der Weg vom Stadtbahnhof zum Theater wird elektrisch beleuchtet werden.

Der Ruf des Erbauers bürgt dafür, dass sich geläuterter Geschmack, ausgesuchter Comfort mit praktischer Anlage in dem Neubau vereinigen werden. Ueber dem

Parquet,

das 528 überaus bequeme Sitzplätze aufweist — neben 16 Plätzen in zwei Orchesterlogen, 48 Plätzen in gegenüber der Bühne angeordneten **Parquetlogen**, sowie je sechs Plätzen in zwei unmittelbar neben dem Orchester gelegenen „Horren-Logen“ — steigen die drei Ränge auf. Im

ersten Range

gibt es ausser zwei grossen, je 9 Plätze enthaltenden **Fremdenlogen** rechts und links, je fünf kleinere

Logen

mit zusammen 64 Plätzen; ferner eine an der Rangbrüstung gelegene

Balkonreihe

von 60 Plätzen. Den Mittelgrund des ersten Ranges füllen sechs Sitzreihen mit zusammen 177 Plätzen aus. Unmittelbar hinter den letzteren — auf die Kantstrasse hinaus blickend — befindet sich das

prächtige Foyer,

30 Meter lang, 10 Meter breit und 11 Meter hoch — ein Erholungsraum, wie ihn in dieser Schönheit kein Berliner Theater besitzt. Hier wird in den Pausen die

Zwischen-Akts - Musik

ausgeführt werden. Eine grossartige Treppenanlage führt vom Foyer aus direkt in den

Sommergarten.

Mit **grossartigem Baumbestand**, mit Terrassen, Fontainen und Bildwerken geschmückt und ca. **2000 Sitzplätze** enthaltend, ist dies eine Anlage, die dem früher so beliebten **Kroll'schen Etablissement** nichts nachgeben wird.

Der zweite Rang

weist ausser einer Vorderreihe mit 70 Plätzen in Seiten- und Mittelreihen zusammen 120 Sitzplätze auf, während sich im **dritten Range** 400 Sitzplätze und 140 Stehplätze befinden. Vier bequeme Treppen führen zu diesen beiden Rängen, für welche je ein besonderer Erfrischungsraum vorhanden ist.

Lüftung und Heizung des Hauses erfolgen durch ein kombiniertes System von expandirter und komprimierter Luft. Die **splendide Beleuchtung** geschieht durch eine eigene, von der **Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft** errichtete Station. In Haus und Bühne zusammen genommen werden rund 5000 Glühlampen, vor dem Hause 25 Bogenlampen und in den vier Erkerkuppeln des Vorderbaues 8 Scheinwerfer funktionieren.

Die **Bühnen-Einrichtung** ist dem Ingenieur **C. Kortüm** übertragen worden. Zur Herstellung der **Dekorationen** wurden die vornehmsten Maler-Ateliers herangezogen — das Bühnenbild wird ganz und gar dem schönen Rahmen entsprechen.

Für die künstlerische Leitung ist

Herr Direktor Fritz Witte-Wild

dauernd gewonnen worden. Dieser feinsinnige Inszenator, der sieben Jahre hindurch das **Breslauer Lobe-Theater** leitete, und zwar mit stetig steigendem künstlerischem Erfolge, hat eben erst Gelegenheit gehabt, an **provisorischer Stelle**, mit dem Personal einer **Sommerbühne**, der Berliner Kritik wie dem Publikum glänzende Proben seiner Regie-Kunst zu geben. Es ist nicht zu bezweifeln, dass bald unsere besten Autoren ihm ihre Werke zur Erstaufführung anvertrauen werden, zumal eine Reihe erprobter Regiekräfte ihm zur Seite stehen. Es mögen hier nur genannt sein: **Emil Drach**, der vormalige Leiter des Dresdener Hof-schauspiels; der erfolgsgekrönte Führer des „Münchener Ensembles“, **Max Hofpaur**; **Ferdinand Bonn** vom Wiener Hofburg-Theater; **Willy Rohland**, langjährig unter Witte-Wild Regisseur am Breslauer Lobe-Theater — vorher am Stadt-Theater in Leipzig — u. a. m.

Das Darsteller-Personal,

zu dem in erster Reihe die Vorgenannten zählen, umfasst Namen von gutem Klange: **Ernst Pittschau** vom Deutschen Theater, **Bernhard Vorwerk** vom Lessing-Theater, **Alfred Halm**, **Julius Ries**, **Gustav Koher**, **Max Löwe** u. s. w. u. s. w.; von Damen

Nuscha Butze, **Auguste Wilbrandt-Baudius**, **Maria Barkany**, **Martha Hachmann-Zipser**, **Leona Bergère**, **Margar. Rupricht**, **Marie Immisch**, **Clara Wenck**, **Stefanie Salta**, **Ella Gabri**, **Georgine Sobieska**, **Grethe Gallus**, **Margarethe Albrecht**, nebst reichem jugendlichem Nachwuchs.

Der **Spielplan** unserer Bühne wird dem eines

vornehmen Theaters ersten Ranges

mit Ausschluss der Oper entsprechen. Er wird vor allem erprobte und der Mühe lohnende Werke aus der **klassischen Dramen-Literatur**, daneben das **moderne Schau- und Lustspiel**, jedoch auch das **Volksstück**, die **Posse** und das **Liederspiel** umfassen. Von älteren Erzeugnissen der modernen Dramatik haben wir uns eine Reihe bewährter, in unseren Rahmen passende Stücke gesichert. Zur Aufführung angenommen ist ferner eine grössere Anzahl von

Novitäten,

darunter Werke von François **Coppée**, G. von **Oppteda**, Alexander Baron von **Roberts**, Axel **Delmar**, Friedr. **Gustav Triesch**, Paul M. **Potter** (Trilby), Dr. O. **Girndt**, Holger **Drachmann**, Rud. von **Gottschall**, Heinrich **Stobitzer**, Felice **Cavalotti** u. a. m.

Die Spielzeit am Theater des Westens

beginnt mit dem **ersten Oktober dieses Jahres** und währt bis zum **30. Juni 1897**. Für diese neun Monate eröffnen wir hiermit ein

Abonnement

auf je **40** beziehungsweise je **20 Vorstellungen** und zwar zunächst für jeden (ersten oder zweiten)

Montag und Freitag.

Die **Abonnements sind unpersönlich**, d. h. sie können von Jedermann benutzt werden, der im Besitz der betreffenden Tageskarte sich befindet.

Der Abonnent erhält die ihm zustehenden 40 (oder 20) Originalbillets, so dass ein Umtauschen an der Kasse nicht notwendig ist. Die Billets sind zusammengeheftet und perforirt; sie können einzeln losgetrennt werden.

Ein **volles**, aus **40** Billets bestehendes Abonnement berechtigt zum Besuch des Theaters je einer **Montags- oder Freitags-Vorstellung** in jeder Woche. **Halbe** Abonnements (20 Billets umfassend) gelten für jeden zweiten Montag oder Freitag.

Das Theater des Westens

wird den Schwerpunkt seiner Wirksamkeit auf ein

lebhaftes Wechselrepertoire

legen. Es darf deshalb den Abonnenten zugesichert werden, dass es an Mannigfaltigkeit im Spielplan nicht fehlen wird.

Preise der Plätze:

Fremdenlogen	M. 9,—	I. Rang	M. 4,50
Orchesterlogen	„ 7,50	II. Rang-Balkon (I. R.)	„ 2,50
Herrnlogen	„ 7,50	II. Rang	„ 2,—
I. Rang-Logen	„ 6,—	III. Rang-Balkon (I. R.)	„ 1,50
Parquetlogen	„ 4,50	III. Rang	„ 1,—
I. Rang-Balkon	„ 6,—	Parterre	„ 1,—
Parquet 1.—7. Reihe	„ 4,50	III. Rang-Stehplatz	„ —,60
Parquet 8.—19. Reihe	„ 3,—		

Aufgeld wird nicht erhoben.

Von diesen Preisen, soweit sie das **Parquet**, die **Logen**, den **I. und II. Rang** betreffen, bewilligen wir für Abonnements

33 $\frac{1}{3}$ pCt. Rabatt,

so dass zum Beispiel ein 40 Vorstellungen umfassendes Parquet-Abonnement (Nominalpreis 120 Mark) sich auf 80 (achtzig) Mark stellt.

Der Abonnementsbetrag ist zur Hälfte in der Zeit vom 1. bis 15. September, der Rest in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember d. J. zu zahlen.

Bestellungen auf Abonnements bittet man an das Bureau

Kantstrasse 158 II.,

zu richten, woselbst auch Pläne zur Auswahl der Plätze ausliegen und in den Stunden von 8—10 und von 5—6 Uhr weitere Auskunft bereitwilligst erteilt wird.

Theater des Westens

Die Direktion.